

Crim.

192

Æn

Crim. 192 ^{xp}

Ortleff

STAATS- UND GESELLSCHAFTS-
VERTRETUNG

IM

STRAFVERFAHREN

ZUR UMGESTALTUNG DES STRAFVERFAHRENS
IM KONSTITUTIONELLEN STAATE

VON

DR. H. ORTLOFF

TÜBINGEN 1892
VERLAG DER H. LAUPP'SCHEN BUCHHANDLUNG

STAATS- UND EISELSCHEIDT

VERTRUNG

STRAßENHAUSEN

STRAßENHAUSEN

STRAßENHAUSEN



DRUCK VON H. LAUPP JR. IN TUBINGEN.

VORWORT.

Das thatsächliche Bestehen eines Unterschiedes zwischen Staat und Gesellschaft, den die allgemeine Staatslehre erst in diesem Jahrhundert zur Anerkennung gebracht hat, besonders seit *R. v. Mohl* und *v. Held* in Deutschland, *Ahrens* und *L. v. Stein* in Oesterreich neben die Staats- auch eine Gesellschaftslehre als Wissenschaft gestellt hatten, hat sich mit der unaufhaltbaren Entwicklung des konstitutionellen Gedankens in dem Repräsentativsystem der modernen Staatsgestaltung zum »Rechtsstaat« (*Bähr* und *v. Gneist*) in einer immer mehr sich ausprägenden Schärfe gezeigt und tritt mit der Ausbreitung der internationalen Beziehungen der weit über die örtlichen und dynastischen Staatsgrenzen sich erstreckenden Verbände und Kreise der Gesellschaft, sowie innerhalb eines Staates mit der Erweiterung der Selbstverwaltung und Autonomie in den inner- und ausserpolitischen Verbänden des Verkehrslebens, welche den Staat nur als notwendiges Mittel der Ordnungserhaltung zu betrachten und mit der Regierung unter einer verfassungsmässigen Staatsgewalt zu identifizieren sich gewöhnen, immer greifbarer hervor. Das Kriterium der Vertretung der im Kampfe des Lebens um das Bestehen einer Ordnung sich widerstrebenden Machtverhältnisse und Selbständigkeitsbemühungen ist eine aus dem Stadium kompromissweiser Begrenzung der Thätigkeitskreise hervortretende Regelung der sich nach einer höheren Gerechtigkeitsidee die Wage haltenden Berechtigungen und Verpflichtungen der Staats- und Gesellschaftsvertreter zu festen und erzwingbaren Autoritätssätzen in organischen Verfassungsbestimmungen. Mit der Ausbildung des Staats- und Gesellschaftsorganismus im konstitutionellen Rechtsstaat nähern sich die Gegensätze der Sonderinteressen in der Ausgleichung der Machtsphären ihrer Vertreter und die Kluft zwischen Staatsgewalt oder Regierung und Staatsbürgern oder Regierten (Staat und Gesellschaft) wird durch die verfassungsmässige Umgrenzung der Freiheits-

und Thätigkeitsbereiche mehr und mehr überbrückt und ausgefüllt zur Erreichung der höchsten Ziele eines menschlichen Zusammenlebens nach weltökonomischen, teleologischen Bestimmungen der Schöpfung, deren richtige Erkenntnis die besondere Aufgabe der Wissenschaft ist und bleibt. Immer und immer weiter drehen sich die Bemühungen der lebensordnenden Kräfte und Kreise um eine *a u s g l e i c h e n d e* O r d n u n g der Macht- und Freiheitsbestrebungen nach der *R e c h t s i d e e* in der verfassungsmässigen Begrenzung; so auch besonders in der Organisation der Gerichtsverfassung und des Strafverfahrens, in welchem es sich stets um die Einhaltung der Grenzen der staatlichen Zwangsgewalt gegenüber den Gesamt- und Einzelrechten der Gesellschaft im ganzen handelt in Anknüpfung an den einzelnen Strafrechtsfall. In den Reformbestrebungen für eine gerechte, besonders ausgleichende und repräsentative Organisation des Strafverfahrens verschiedener Staaten, namentlich aber Deutschlands und Oesterreichs, hat sich die konstitutionelle Idee seit den vierziger Jahren dieses Jahrhunderts nur teilweise und vorübergehend durchzukämpfen versucht, sie ist aber namentlich durch die Nachbildung der Staatsanwaltschaft nach französischem Muster von dem darin versteckten Absolutismus erheblich zurückgedrängt worden — ein Opfer in den Kompromissen, welches auch nicht im Entferntesten durch die Scheinerweiterung der Verteidigungsbefugnisse ausgeglichen werden konnte!

Die im Strafverfahren notwendig und logisch hervortretenden Machtverhältnisse bedürften ebenfalls und vor allem anderen einer *Ausgleichung* und *Umgestaltung* zu öffentlichen *R e c h t s v e r h ä l t n i s s e n* im Prozesse und zwar im Geiste und in Konsequenz der Repräsentativverfassung durch eine logisch-organische Ordnung der Staats- und Gesellschaftsvertretung im Streit um das Bestehen und die Erhaltung der durch die Strafgesetze geschützten Rechtsordnung, wobei es sich stets um eine *Machterweiterung* der Staats- und Gesellschaftsbefugnisse in *thesi* handelt, wozu der einzelne Fall die Veranlassung bietet.

Welche Bedeutung die Unterscheidung von Staat und Gesellschaft für das Strafverfahren hat, ist in einer für den »Gerichtssaal« bestimmten Abhandlung darzuthun versucht worden; dort wird die Vereinigung von Staat und Gesellschaft im Strafrecht und im Strafprozess, ferner das Bestehen eines Strafprozess-Rechtsverhältnisses und die Notwendigkeit der Parteivertretung im Straf-

prozess nachgewiesen. Aus technischen Gründen musste jene Abhandlung über: »Staat und Gesellschaft in der Strafrechtspflege« von der hier veröffentlichten Arbeit, obschon sie grundlegend für diese ist, leider losgetrennt werden; sie bildete mit dieser einen Teil einer umfangreicheren Arbeit: »Der konstitutionelle Rechtsstaat im Strafverfahren«, welche wegen der auch hier wie anderwärts schwer empfundenen Schwierigkeiten des Verlagsbuchhandels in einzelne kleinere Abteilungen zerlegt werden musste. Der Schluss war die hiermit veröffentlichte, für einen weiteren, als bloss juristischen, Leserkreis bestimmte Darlegung einer Verwirklichung des konstitutionellen Gedankens auch in der Funktionenverteilung an die im Strafverfahren notwendig thätigen Organe in der »Staats- und Gesellschaftsvertretung«.

INHALT.

	Seite.
A. Das Anklageamt	1— 18
B. Das Verteidigungsamt	18— 54
C. Verbindung von Anklage- und Verteidigungsamt in der »öffentlichen Anwaltschaft«	54— 78
D. Das Strafrichteramt	78—106
E. Das Strafvollstreckungsamt	106—114

INHALT

1. Einleitung	1
2. Die Entwicklung der Kunst	15
3. Die Kunst der Gegenwart	35
4. Die Kunst der Zukunft	55
5. Die Kunst der Vergangenheit	75
6. Die Kunst der Gegenwart	95
7. Die Kunst der Zukunft	115
8. Die Kunst der Vergangenheit	135
9. Die Kunst der Gegenwart	155
10. Die Kunst der Zukunft	175
11. Die Kunst der Vergangenheit	195
12. Die Kunst der Gegenwart	215
13. Die Kunst der Zukunft	235
14. Die Kunst der Vergangenheit	255
15. Die Kunst der Gegenwart	275
16. Die Kunst der Zukunft	295
17. Die Kunst der Vergangenheit	315
18. Die Kunst der Gegenwart	335
19. Die Kunst der Zukunft	355
20. Die Kunst der Vergangenheit	375
21. Die Kunst der Gegenwart	395
22. Die Kunst der Zukunft	415
23. Die Kunst der Vergangenheit	435
24. Die Kunst der Gegenwart	455
25. Die Kunst der Zukunft	475
26. Die Kunst der Vergangenheit	495
27. Die Kunst der Gegenwart	515
28. Die Kunst der Zukunft	535
29. Die Kunst der Vergangenheit	555
30. Die Kunst der Gegenwart	575
31. Die Kunst der Zukunft	595
32. Die Kunst der Vergangenheit	615
33. Die Kunst der Gegenwart	635
34. Die Kunst der Zukunft	655
35. Die Kunst der Vergangenheit	675
36. Die Kunst der Gegenwart	695
37. Die Kunst der Zukunft	715
38. Die Kunst der Vergangenheit	735
39. Die Kunst der Gegenwart	755
40. Die Kunst der Zukunft	775
41. Die Kunst der Vergangenheit	795
42. Die Kunst der Gegenwart	815
43. Die Kunst der Zukunft	835
44. Die Kunst der Vergangenheit	855
45. Die Kunst der Gegenwart	875
46. Die Kunst der Zukunft	895
47. Die Kunst der Vergangenheit	915
48. Die Kunst der Gegenwart	935
49. Die Kunst der Zukunft	955
50. Die Kunst der Vergangenheit	975
51. Die Kunst der Gegenwart	995
52. Die Kunst der Zukunft	1015
53. Die Kunst der Vergangenheit	1035
54. Die Kunst der Gegenwart	1055
55. Die Kunst der Zukunft	1075
56. Die Kunst der Vergangenheit	1095
57. Die Kunst der Gegenwart	1115
58. Die Kunst der Zukunft	1135
59. Die Kunst der Vergangenheit	1155
60. Die Kunst der Gegenwart	1175
61. Die Kunst der Zukunft	1195
62. Die Kunst der Vergangenheit	1215
63. Die Kunst der Gegenwart	1235
64. Die Kunst der Zukunft	1255
65. Die Kunst der Vergangenheit	1275
66. Die Kunst der Gegenwart	1295
67. Die Kunst der Zukunft	1315
68. Die Kunst der Vergangenheit	1335
69. Die Kunst der Gegenwart	1355
70. Die Kunst der Zukunft	1375
71. Die Kunst der Vergangenheit	1395
72. Die Kunst der Gegenwart	1415
73. Die Kunst der Zukunft	1435
74. Die Kunst der Vergangenheit	1455
75. Die Kunst der Gegenwart	1475
76. Die Kunst der Zukunft	1495
77. Die Kunst der Vergangenheit	1515
78. Die Kunst der Gegenwart	1535
79. Die Kunst der Zukunft	1555
80. Die Kunst der Vergangenheit	1575
81. Die Kunst der Gegenwart	1595
82. Die Kunst der Zukunft	1615
83. Die Kunst der Vergangenheit	1635
84. Die Kunst der Gegenwart	1655
85. Die Kunst der Zukunft	1675
86. Die Kunst der Vergangenheit	1695
87. Die Kunst der Gegenwart	1715
88. Die Kunst der Zukunft	1735
89. Die Kunst der Vergangenheit	1755
90. Die Kunst der Gegenwart	1775
91. Die Kunst der Zukunft	1795
92. Die Kunst der Vergangenheit	1815
93. Die Kunst der Gegenwart	1835
94. Die Kunst der Zukunft	1855
95. Die Kunst der Vergangenheit	1875
96. Die Kunst der Gegenwart	1895
97. Die Kunst der Zukunft	1915
98. Die Kunst der Vergangenheit	1935
99. Die Kunst der Gegenwart	1955
100. Die Kunst der Zukunft	1975

Staats- und Gesellschafts-Vertretung im Strafverfahren.

A. Das Anklageamt.

Die Einführung des »Anklageprozesses« im Jahre 1848 ff. war zum grösseren Teil eine etwas überstürzte und insofern eine mit der deutschrechtlichen Entwicklung des Strafprozesses nicht in Kontinuität stehende, als an das durch den Untersuchungsprozess zurückgedrängte Anklageverfahren, das Klagen von Amtswegen in dem sogen. processus mixtus durch die noch in einzelnen Staaten bestehenden Fiskale und an die alten Schöffengerichte nicht wieder angeknüpft wurde, d. h. an die dort zugrunde liegenden deutschrechtlichen Auffassungen, welche in den Territorialstaaten, in denen der Rechtsstaat schon eine gewisse Entwicklung erlangt hatte, wie *Gneist* nachgewiesen hat, sich in jenem Prozesse offenbarten. Dort waren die landesherrlichen Fiskale, wie die Reichskammergerichts- und Reichshofrats-Fiskale, im Strafverfahren als blosse Rechtsvertreter der Strafrechtspflicht mit der Durchführung der Strafansprüche vor den Gerichten, vor welchen sie das Anklageamt zu führen hatten bis zur Vollstreckung der Strafurteile, betraut. Mit den noch bis in dieses Jahrhundert herein thätig gewesenen H e s s e n - D a r m s t ä d t i s c h e n und H e s s e n - K a s s e l'schen Fiskalen und ihrem Anklageamt, wie es nach den beiden Prozessordnungen von 1726 und 1748 eingerichtet war, um »die Notdurft accusando zu wahren«, ebenso mit dem noch bis in dieses Jahrhundert in M e c k l e n b u r g bestandenen Fiskalat, könnten beispielsweise auch heute noch die Funktionen der Staatsanwaltschaft mit den zeitgemässen prozessualen Machterweiterungen, wie sie diese hat, ausgeübt werden, nachdem die schwerfälligen Formen jenes »fiskalischen Strafprozesses« gefallen sind, der im Grunde nichts anderes war, als der neuere Strafprozess, nämlich ein Officialverfahren in der Form des kontradiktorischen Untersuchungsprozesses, ein Verfahren mit Funktionenvertretung neben und unter den von Amtswegen handelnden Gerichten durch einen

Staatskläger und einen Verteidiger¹⁾). Die Einführung des französisch-rheinischen Strafverfahrens mit der napoleonischen Herrschaft brachte auch das dieses ganz beherrschende Institut der Staatsanwaltschaft in die Rheingegend und von da an datiert ihre Verbreitung unter geringen Modifikationen in Deutschland²⁾), und auch

1) Vergl. *Bopp* in der Zeitschr. f. deutsches Strafverfahren II, S. 316 ff.; des Verf. Abhandlung: »Die öffentliche Anklage in Deutschland« in Bd. XVI, S. 254—316 u. 346—410 der Zeitschr. f. deutsches Recht (1856) und die Monographie: »Der fiskalische Strafprozess oder ein Officialverfahren in der Form des kontradiktorischen Untersuchungsprozesses« Leipzig 1859. In Mecklenburg war durch V.O. vom 1. Februar 1856 eine Art fiskalischer Strafprozess erneuert worden.

2) *Frey*, die Staatsanwaltschaft, v. *Daniels*, Grundsätze des rheinischen und französischen Strafverfahrens u. a. m. Vielfach wird die Einrichtung der Staatsanwaltschaft Schottlands gepriesen, z. B. von *Mittermaier*, *Glaser* u. a. m., deren Ansehen dort mit den politischen und sozialen Zuständen zusammenhängt. Auf der Verantwortlichkeit der Kronanwälte vor dem Parlament und der öffentlichen Meinung beruht ihr Ansehen; der Lord-Advokat als ihr Leiter muss gewärtig sein, wegen der Ausübung seines öffentlichen Anklageamtes im Parlament sich schweren Rügen auszusetzen; der schottische Kronanwalt weiss, dass er auf keine Wirksamkeit rechnen kann, wenn er mit der durch die Freiheit der Presse geschützten öffentlichen Meinung in Widerspruch gerät; daher erhebt er, wenn er erheblichen Zweifel an der Durchführbarkeit einer Anklage hegt, eine solche nicht, woraus sich die geringe Anzahl von Lossprechungen von grundlosen Anklagen erklärt. Der Kronanwalt ist aber auch keine politische Figur, hat keine Aufsicht über Beamte, keine politische Wirksamkeit und Abhängigkeit und auch keinen Vorzug vor dem Verteidiger, denn er ist nur öffentlicher Ankläger zur Erhaltung der Rechtsordnung. Der Lord-Advokat ist zwar Mittelsperson zwischen dem Ministerium und der Kronanwaltschaft, welcher über öffentliche Einrichtungen und Gesetzesvorschläge im Parlament seine Stimme abgibt, aber er wirkt nicht auf die Gerichte ein; er allein prüft die Voruntersuchungsakten, ob und in welchem Masse Anklage bei dem Kriminalgericht zu erheben sei, und ohne alle Mitwirkung eines Gerichts oder einer Grossen Jury, wie dies in England geschieht, bringt er die Anklage vor das Gericht oder lässt sie fallen. Seine Stellvertreter entnimmt er aus der Zahl der Advokaten für die Besorgung der Geschäfte bei den circuits, während die bei den Sherifgerichten und den Polizeimagistraten aus der Zahl der Advokaten ernannt und für einzelne Geschäfte besonders bezahlten procurator fiscal vom Richter bestellt werden. An einen solchen procurator fiscal gelangen die Anzeigen und er kann die Materialien der Voruntersuchung sammeln, muss sich aber wegen jeder Untersuchungshandlung an den Richter wenden. Das Eigentümliche ist bei der ganzen Einrichtung der schottischen Kronanwaltschaft, dass das öffentliche Vertrauen zu ihr die Verfügung über die öffentliche Klage dem Lord-Advokat überlässt. *Mittermaier*, das englisch-schottische und nord-amerikanische Strafverfahren, und Gesetzgebung und Rechtsübung über Strafverfahren, S. 150. Schottland hat vermöge des Eindringens des römischen Rechts eine ganz andere Rechtsentwicklung gehabt als England und von seinem späteren parlamentarischen Regiment hing auch die Gestaltung der Kronanwaltschaft ab, deren

in Preussen verschwand damit der sog. fiskalische Untersuchungsprozess und in anderen Staaten die letzte Spur eines altdeutschen Anklageprozesses mit der Klage von Amtswegen. Es ist schon oft, auch von vielen anderen Schriftstellern, darauf hingewiesen worden, dass die Entlehnung der Organisation der Staatsklägerschaft aus dem schottischen Strafprozess sich weit mehr den deutschen Auffassungen hätte anpassen lassen als die aus dem französischen Verfahren. In Frankreich waren die *gens du roi* und das napoleonische *ministère public* auf ganz anderen politischen Unterlagen erwachsen und eine offenbar politische Behörde, eine *Polizeimacht* in der Hand des Ministeriums, welche ausser dem Anklageamt im Strafverfahren besonders das politische und Rechtskontrolamt zu führen hatte und vermöge des letzteren auch in Zivilprozessen nicht bloss als *partie principale*, sondern auch als *partie jointe* einzutreten hatte, wenn sie glaubte, zur Erhaltung der Rechtsgeltung als Gesetzeswächter einschreiten zu sollen. Diese Idee der Rechts- und Schutzkontrolle hatte in Deutschland für den Doktrinarismus etwas so Bestechendes, dass sie besonders als grundlegend für die Nachbildung der französischen Staatsbehörde in den Vordergrund gedrängt wurde, besonders von Schriftstellern, welche den staatsanwaltschaftlichen Beruf sich erwählt hatten; so hat z. B. im Gerichtssaal *Schwarze*, der sonst sich mehr und mehr im Verlaufe der Zeit von den Gefahren der Umgestaltung der Staatsanwaltschaft in eine Verwaltungsbehörde für die Unabhängigkeit der Strafrechtspflege überzeugt hat, noch im Jahr 1859 darzulegen unternommen, gegen des Verfassers Ausführung, nur zum Zwecke der Organisierung der Parteithätigkeit neben dem Gericht und zur Reinerhaltung des Richteramtes habe eine Uebertragung der Anklageform, d. i. der Vertretung der Parteiinteressen, auf das Officialverfahren stattgefunden¹⁾, dass die Uebertragung der Strafverfolgung auf einen besonderen Beamten nur aus praktischen Gründen im Interesse der Gerechtigkeit und zum Schutze des Bezichtigten stattgefunden habe und aus diesem Gesichtspunkte die Verweisung der Staatsanwaltschaft auf eine kontradiktorische Parteirolle unzulässig sei. Hieran hat die herrschende Meinung festgehalten bis auf den heutigen Tag, obschon

Uebernahme nach Deutschland zwar mehrfach empfohlen, aber nicht durchweg der deutschen Rechts- und Staatsentwicklung anzupassen ist.

1) Des Verfassers Buch: »Das Strafverfahren in seinen leitenden Grundsätzen und Hauptformen«, Jena 1858.

die unwiderlegliche Logik des thatsächlichen Prozessverhältnisses und die tägliche Erfahrung zeigt, dass jene Begründung auf einem psychologischen Irrtum beruht, auf einer Täuschung in der Ausführbarkeit auch des Schutzes der Beschuldigten, gegen und über welche die Strafverfolgung von der Staatsanwaltschaft verhängt und betrieben wird. Das Anklage- und Strafverfolgungsamt kann unmöglich das Verteidigungsamt, in dem allein ein ausreichender Schutz der Beschuldigten zu finden ist, mit umfassen im Prozessbetriebe, weil beide Thätigkeiten antagonistische, sich ausschliessende sind; der obligatorische Standpunkt des einen kann sich nicht mit dem widerstrebenden des anderen verbinden, sowenig wie Schuld und Nichtschuld, Be- und Entlastungsbeweis, Strafschärfung und Strafminderung sich, ausser in der darüber stehenden richterlichen Abwägung und Beurteilung, mit einander im Prozessbetrieb vereinigen lassen. Die notwendige Vertretung dieser sich ausschliessenden Gegensätze liegt in der Natur des Strafverfahrens ebenso sehr wie in der des Zivilprozesses und daher ist es ein unlogisches und übermenschliches Ansinnen an einen Staatsanwalt, dass er ausser der Strafverfolgung auch dem Schutze des von ihm Verfolgten, von dessen Schuld er bei seiner Thätigkeit ausgeht, gerecht werde¹⁾. Nur der Mangel einer ausreichenden Vertretung der Rechte eines Beschuldigten konnte dazu führen, auch dem Staatsanwalt wenigstens die sog. materielle Verteidigung mit anzusinnen, und das war es allein, was eine greifbare Lücke ausfüllen sollte, aber zu der unseligen Täuschung verführte, der Staatsanwalt könne und solle im Interesse der Gerechtigkeit allein handeln und daher ungeachtet seiner Angriffsthätigkeit auch dafür sorgen, dass dem von ihm Angegriffenen nicht Unrecht geschehe, was doch nur heissen konnte, von dem An-

1) In der Justizkommission des Reichstags vertrat der Referent *v. Schwarze* auch diesen Standpunkt, indem er daran zweifelte, dass der Staatsanwalt und Verteidiger auf dasselbe Niveau der Befugnisse gestellt werden könnten; aber im Gefühl, dass die staatsanwaltliche Uebermacht die Gleichheit der Rechtsuchenden vor Gericht verletze, wollte er der Staatsanwaltschaft als einer im Dienste der Gerechtigkeit stehenden Behörde, nicht die Möglichkeit entziehen, auch im Interesse des Beschuldigten thätig zu sein. Man sieht hieraus, dass das Vorhandensein einer Lücke in der Rechtsvertretung des Beschuldigten stillschweigend anerkannt und auszufüllen versucht wurde. Dagegen, gegen einen so »idealen Staatsanwalt« remonstrierte der ehemalige hannöversche Kronanwalt Dr. *Windthorst*, da eine solche Aufgabe über das Mass des menschlichen Könnens hinausgehe. Staatsanwälte, die dies bestreiten möchten, befinden sich in einer psychischen Selbsttäuschung.

greifer selbst — nicht aber von den Gerichten. Die Phrase von dem idealen Beruf der Staatsanwaltschaft auch als Rechtsvertreter des Beschuldigten ist von unerhörter Tragweite gewesen und hat die darunter verborgene Uebermacht der Staatsanwaltschaft mit einem Nimbus umgeben, der vor einer ferneren ernsthaften Kritik zerfallen muss, in den sich aber in der That noch viele Staatsanwälte in Wohlgefallen hineinwiegen. Es gilt, das Klageamt der Staatsanwaltschaft von unorganischen Beimischungen zu reinigen, wie es mit dem Richteramt geschehen ist durch Abnahme von Sonderthätigkeiten, die besondere Organe oder Träger verlangen, es mithin nicht nur von der Verpflichtung zu befreien, auch zum Schutze der Strafverfolgten thätig zu werden, sondern auch von Befugnissen, die nur dem Richteramt angehören, vor allen Dingen aber von politischen und verwaltenden Nebenaufgaben, wie der Kontrolle über die Rechtspflege. Alle die ausserhalb der zur Führung des Klageamtes notwendigen und zweckmässigen Befugnisse (Rechte wie Verpflichtungen) stehenden, von der französischen Staatsanwaltschaft entlehnten Attribute sind der ursprünglichen Umgestaltung des Untersuchungsprozesses in den »Anklageprozess« fremd und antinational gewesen, da in der That nur eine Vertretung der Sonderinteressen vor dem Gericht, eine Organisation des Strafprozesses beabsichtigt war — und zwar der Strafverfolgung durch eine Staatsklägerschaft, nicht durch eine Regierungsklägerschaft, die Wiederherstellung der dem früheren Rechtsstaat der deutschen Territorien im Reiche angehörigen »Klage von Amtswegen« und ihr gegenüber einer ausreichenden Verteidigung, welche nur dann in Parallele mit dem Anklageamt ausreichend erscheint, wenn ein öffentliches oder staatliches Verteidigungsamt gegenüber gestellt wird, wovon im folgenden Abschnitt gehandelt werden soll.

Die Wiederaufnahme des Anklageamtes in den deutschen Strafprozess erfolgte nicht aus politischen Gründen, etwa zur Verstärkung der Regierung oder Verwaltung im Staate, sondern lediglich aus prozessualischen Gründen, um eine naturgemässe Trennung der sich bekämpfenden Thätigkeiten vom Richteramt herbeizuführen und diese besonderen Vertretern zu übertragen. Die allgemeinen Motive zur österreichischen St.P.O. vom 23. Mai 1873 haben dies klar ausgeführt, dass die Forderung, den Strafprozess in ein »Anklageverfahren« zu verwandeln, nicht deshalb erhoben wurde, weil man gefunden, es sei in dem älteren Ver-

fahren nicht genügend für die Verfolgung der Verbrecher gesorgt gewesen, sondern vielmehr, weil man nötig fand, die bürgerliche Freiheit gegen die Gefahren zu schützen, welche ihr aus jener unnatürlichen Vereinigung entgegengesetzter Geschäfte in der Hand des Richters erwachsen; die Einführung der Staatsanwaltschaft sei offenbar, obschon die Strafverfolgung dadurch an Energie gewinne, als Vorbedingung für die Befreiung des Richters aus jener Doppelstellung betrachtet worden¹⁾. Wer die Reformbewegung seit den vierziger Jahren dieses Jahrhunderts aufmerksam mitverfolgt hat, wird bestätigen müssen, dass die vorstehende Schilderung zutreffend ist. Dass aber die Vertretung der vor Gericht sich bekämpfenden Interessen nur dann in einem Rechtsverhältnis geordnet sein könne, wenn sie eine mit möglichst gleichen Befugnissen ausgerüstete sei und vor einem unparteiischen Gerichte ihre Ansprüche gewürdet und entschieden erhalte nur nach dem Willen des Gesetzes, das war eine notwendige Konsequenz des konstitutionellen Rechtsstaates, einer repräsentativen Organisation desjenigen Verfahrens, welches um die Autorität der Strafgesetze sich zwischen Staat und Gesellschaft durch ihre Vertreter, das Klage- und Verteidigungsamt, über die Unterwerfung des vermeintlichen Gesetzesübertreters unter den staatlichen Strafwang eingeleitet und durchgeführt werden muss — womöglich in jedem Falle. Wie fremdartig die über dieses Anklageamt hinausgehenden Attribute der französischen Staatsanwaltschaft dem angeführten Organisationsbedürfnis waren, das wurde zwar vielfach erkannt und betont, indessen die Uebernahme der meisten erfolgte von den Regierungen recht wohl, von den Volksvertretern sehr wenig, gewürdigt und so ist es gekommen, dass das Anklageamt, welches in den Hauptverhandlungen am greif-

1) *Glaser*, Handbuch I, S. 218 bestätigte, dass das moderne Strafrecht auf dem Gedanken beruhe, die Verfolgung der strafbaren Handlungen sei Recht und Pflicht der Staatsgewalt und andererseits beruhe der heutige Strafprozess auf der Sondernung der staatlichen Aufgabe der Strafverfolgung von dem Richteramt, welches letztere zwar ebenfalls eine staatliche Aufgabe erfülle, aber mehr ein nur mittelbares Attribut der Staatsgewalt darstelle, da sich letztere auf die Herstellung eines nach allen Seiten, auch ihr selbst gegenüber unabhängigen Gerichtes beschränke. Vergl. des Verfassers Abhandlungen in der Kritischen Vierteljahrsschrift XIII (1871), S. 466 ff.: »Kritik der Organisation des Hauptverfahrens im Strafprozess« u. XIV, S. 55—104, S. 90—205: »Kritik der Organisation des Vorverfahrens im Strafprozess«. Vgl. auch Motive zur deutschen St.P.O. S. 87 und 95.

barsten hervortritt, als die Hauptfunktion der Staatsanwälte erschien, ihre sonstige Thätigkeit im Vorverfahren und in der Vollstreckungsinstanz in ihrem tieferen Zusammenhang mit der Verwaltung und der Beeinflussung der Strafrechtspflege ziemlich ganz der öffentlichen Meinung verborgen blieb.

Dass mit der der Staatsanwaltschaft überlassenen Vorbereitung der öffentlichen Klage, welche naturgemäss in das Gebiet des Anklageamtes fällt, eine Entlastung der Gerichte verbunden war, empfahl sich von selbst, umsomehr als damit die wichtige Frage über die sogen. Initiative der Strafverfolgung der Beantwortung der Gerichte entzogen und in die Hand der besonderen Behörde gelegt wurde, welche nur in wenigen Einzelstaaten eine aus Richtern gebildete Justizbehörde, in den meisten gleich von vornherein zu einer Regierungsbehörde neben den Gerichten gemacht wurde. Diesen Gesichtspunkt haben auch die Motive zu § 123 des Entwurfes des Gerichtsverfassungsgesetzes ganz besonders hervorgekehrt; hiernach sei verschieden von dem Berufe der Staatsanwaltschaft, innerhalb der gerichtlichen Untersuchung auf die Bestrafung des Schuldigen hinzuwirken, die Aufgabe, welche in der Schlussfassung darüber, ob in dem einzelnen Falle öffentliche Klage zu erheben sei (*»Handhabung des Rechts der Strafverfolgung«*), bestehe¹⁾; gerade hierin liege einer

1) Staatsanwalt Dr. *Damme* in Nr. 18 des Deutschen Wochenblattes, Jahrgang II, meint sogar, dass hierin sich der erheblichste Teil der staatsanwaltlichen Thätigkeit »hinter den Kulissen« abspiele, ohne öffentlich bemerkt zu werden, nämlich mit Prüfung der »kriminalistischen Würdigkeit der Anzeigen«; der Staatsanwalt sei nicht Partei in eigenem Namen, sondern Partei im Namen des Staates und seiner Rechtsordnung und wie ein ehrenhafter Privatanwalt nicht jede Sache ohne weiteres zur Vertretung übernehmen werde, so verfare der Anwalt des Staates, indem er einen Teil der Strafanzeigen von der Schwelle seines Amtes weise, wenn er erkenne, dass es sich um eine That, welche vielleicht moralisch verwerflich, aber nicht strafrechtlich verfolgbar, oder um eine sonst für die Strafjustiz aussichtslose Sache oder um Beleidigungen und Körperverletzungen handle, für deren Verfolgung ein öffentliches Interesse nicht erkennbar sei. Wo es jedoch nicht auf den ersten Blick erkennbar sei, dass eine Anzeige für das praktische Strafrecht wertlos sei, da sei der Staatsanwalt durch das Gesetz verpflichtet, ohne Ansehen der Sache und Person das Ermittlungsverfahren einzuleiten, um den Sachverhalt zu erforschen. Aus der Statistik der 92 preussischen Staatsanwaltschaften berichtet Dr. *Damme*, dass im Gesamtdurchschnitte der fünf Jahre 1883—87 der sechste Teil aller Anzeigen oder $16\frac{2}{3}$ Prozent ohne weiteres Verfahren abgewiesen, von den zum Vorverfahren gelangten Strafsachen durch freie Entschliessung der Staatsanwaltschaft $33\frac{1}{2}$ Prozent eingestellt worden sind, so dass mithin die volle Hälfte der zur Anzeige gebrachten Sachen überhaupt nicht zur Entscheidung der Gerichte kamen. »Da nun das Er-

der wesentlichsten Vorteile, welchen die Einrichtung der Staatsanwaltschaft biete, in der Möglichkeit, ohne gerichtliches Verfahren die Grundlosigkeit einer Denunziation oder eines angeregten Verdachtes zu erkennen und also ergebnislose Untersuchungen zu vermeiden, und insofern falle ihr im Stadium der Ermittlung eine ganz andere Rolle zu als die einer Partei. Diese letztere Schlussfolgerung ist nicht richtig, weil jeder Kläger, dem die Parteieigenschaft nicht abgestritten zu werden vermag, dadurch, dass er den Klagestoff sichtet und den nicht durchführbaren zurücklegt, den durchführbaren aber weiter bearbeitet, nicht sein Klageamt ver-

mittelungsverfahren einen viel grösseren Aufwand an Zeit und Arbeitskraft verlangt, als die mündlichen Verhandlungen, so ist der Schluss berechtigt, dass der grössere Teil der Leistungen der Staatsanwaltschaft sich überhaupt der öffentlichen Kenntnis und somit der öffentlichen Beurteilung entzieht.« Das letztere gilt übrigens auch von der Thätigkeit der Staatsanwaltschaft als Vollzugs-, insonderheit Strafvollstreckungsbehörde. Inbezug auf das Ermittlungsverfahren ist freilich die Ausdehnung der staatsanwaltlichen Thätigkeit sehr verschieden, je nachdem der einzelne Staatsanwalt die Grenze in § 177 St.P.O. mehr oder weniger einhält oder etwas darin sucht, soviel und solange wie möglich, die gerichtliche Voruntersuchung zu umgehen und meistens, wo diese nicht obligatorisch ist, die Anklage gleich unmittelbar erheben will, oder im Gegenteil es sich mit den Vorermittelungen bequem macht und, sofern nur ein Beschuldigter vorhanden ist, ohne weitere Prüfung der Begründetheit einer Anzeige die öffentliche Klage erhebt. Schliesslich ist Dr. *Damme* aber mit dem Gesetz insofern nicht zufrieden, als es ein unterschiedsloses Strafverfolgungsprinzip in seiner kahlen Allgemeinheit aufstelle, was das Verständnis für das Amt des Staatsanwalts erschwere; er wünscht seiner Behörde die Machtvollkommenheit, vor Einleitung eines jeden Verfahrens prüfen zu dürfen, ob in der That auch das Interesse des Staates sein Einschreiten erheische; aber dabei kann er nicht verhehlen, dass das Legalitätsprinzip, das er mit dem Opportunitätsprinzip vertauschen möchte, die »Sicherheit einer formalen Gleichheit in der Behandlung aller an die Staatsanwaltschaften gelangten Strafanzeigen« erreichen helfe. Wenn von dieser Umgestaltung Dr. *Damme* noch »mehr Würde und Vornehmheit« für die Staatsanwaltschaft erwartet, so würde damit sicher dem Institut keine grössere nationale Volkstümlichkeit verschafft, wenn es sich noch mehr als jetzt der Willkür der Oberleitung preisgegeben, anstatt der strengen und gleichmässigen Gesetzesanwendung anvertraut sehen müsste. Den Grund der Abneigung auch »ehrenwerter Juristen« fand *Mittermaier*, den Dr. *Damme* zum Schluss seiner Abhandlung anführt, in der übertriebenen polizeilichen und einseitigen, allzu aggressiven Thätigkeit einzelner Beamten der Staatsanwaltschaft, vor der zu warnen sich auch schon ein preussischer Justizminister veranlasst sah. *Gneist* in den Vier Fragen S. 78 hatte aus eigener Anschauung wohl recht, wenn er sagte: »Die Staatsanwaltschaft selbst täuscht sich leicht über die Dauer des wohlverdienten Vertrauens, welches sie in ruhigen Zeiten durch eine pflichtgetreue Amtserfüllung gewinnt. In den schweren Zeiten der Verfassungskonflikte hört dies Vertrauen auf, und die streitenden Teile denken nur an die Abhängigkeit, in welcher der Staatsanwalt von der zeitigen Ministerverwaltung steht.«

liert, sondern nichtsdestoweniger Kläger bleibt und als solcher und Prozesspartei dann auftritt, sobald er eine bestimmte Person als Beschuldigten und künftigen Prozessgegner durch das Gericht in Anspruch nimmt.

Das ganze Gebiet der Entdeckung und Ermittlung der Verbrechen ist ein polizeiliches im Dienste der Strafrechtspflege und zunächst in der Hand und unter Leitung des Klageamtes zur Vorbereitung der Klage; daher ist die sogen. gerichtliche Polizei sehr wohl in der Hand der Staatsanwaltschaft zu konzentrieren und dann auch den Gerichten bez. Einzelrichtern zur Untersuchungsführung und Beweisführung als unterstützende Zwangsgewalt zur Verfügung gestellt worden¹⁾. Soll eine Ebenmässigkeit in der Machtverteilung stattfinden, so müsste die gerichtliche Polizei in gleicher Weise dem Verteidigungs- wie dem Klageamt zur Verfügung gestellt werden. Dass aber diese polizeiliche Thätigkeit der Staatsanwaltschaft nur eine vorbereitende und die Führung des Klageamtes vermittelnde ist, liegt auf der Hand und es war daher nicht gerechtfertigt, sie als charakteristische und Hauptthätigkeit in den Vordergrund zu stellen, wie von *Gneist* und *Hänel* in dem Reichstag bei der Schaffung der Strafprozessordnung geschehen ist. Wenn bei der ersten Beratung des Gerichtsverfassungsgesetzes im Plenum des Reichstages der Abgeordnete *Reichensperger-Crefeld* die Staatsanwaltschaft in den alten preussischen Provinzen mit der Bemerkung charakterisierte: »Ist es da nicht notwendige Folge, dass der richterliche, juristische Charakter, wenn ich so sagen darf, mehr und mehr aus ihr verschwindet, dass allmählich der Polizeikommissar sich heraus- und durcharbeitet, ja dass derselbe endlich Herr über den Mann wird« — *Hahn*, Materialien I, S. 244 — so ist diese Schilderung ebenfalls in jenem Sinne geschehen, um die Gefahr der Einseitigkeit der Strafverfolgung zu zeigen für die Stellung der Justizbehörde.

Soll die Staatsanwaltschaft, deren Hauptamt das der öffentlichen Klageführung im Strafprozess ist, sich in geschichtlicher und deutsch-nationaler Kontinuität an die Vergangenheit und die Entwicklung des konstitutionellen Rechtsstaates anschliessen, so dass eine vom Gleichgewicht der im Verfahren notwendigen Thätigkeiten des Angriffs und der Abwehr neben den Gerichten

1) Vergl. des Verf. Lehrbuch der Kriminalpolizei, Leipzig 1881, § 2.

beherrschte Organisation Platz greift, so wird sie selbst in eine grössere Unabhängigkeit von allen der Gesetzesvollziehung fremden Einflüssen zu setzen und als O r g a n d e r R e c h t s p f l e g e von der Verwaltung zu befreien und ähnlich den Richtern nur unter die A u t o r i t ä t d e r G e s e t z e zu stellen sein, also, wie wiederholt angedeutet wurde, reine Justizbehörde werden müssen, die zwar in sich gegliedert in einem Unterordnungsverhältnis von Vorgesetzten in dienstlicher Beziehung steht, aber als Ganzes mit der Gerichtsorganisation parallel laufend in sich abschliesst in den Oberstaatsanwälten, vollständig unabhängig von aller Regierungslitung, wenn auch unter der Aufsicht des Justizministeriums. In der Behandlung der einzelnen Sachen sollte aber auch dem einzelnen Beamten ein freies Ermessen und eine Selbständigkeit der Beurteilung gelassen werden, wie den Richtern, so dass nur der Vorgesetzte in allgemeinen dienstlichen Angelegenheiten, wohin auch die einheitliche Gesetzesanwendung und Auslegung gehört, Weisungen erteilen dürfte, welche der untergeordnete Beamte zu beachten hat, vorbehältlich jedoch der Befugnis, wie sie in der Braunschweigischen St.P.O. anerkannt war, einem Ueberzeugungszwang durch Anzeige der Unmöglichkeit der Unterwerfung bei dem Vorgesetzten sich nicht unterwerfen zu müssen.

Die V e r p f l i c h t u n g a u f d a s G e s e t z u n d d a s R e c h t s g e w i s s e n des Beamten muss die G a r a n t i e geben, dass das Legalitätsprinzip eingehalten werde und damit wird eine sicherere Dienst- und Pflichttreue bei dem einzelnen Beamten erreicht, als durch das System der Furcht vor einer Verantwortlichkeit, welche jetzt das ganze Denken und Thun der auch wie andere Verwaltungsbeamte wider ihren Willen »aus dienstlichen Rücksichten« versetzbaren Staatsanwälte beherrscht mit allen Konsequenzen der oft mehr persönlichen als sachlichen Rücksichtnahmen. Durch vieles Regieren von oben werden die Staatsanwaltsbeamten moralisch und juristisch, besonders aber geschäftlich, in eine peinliche Unsicherheit und Unselbständigkeit versetzt, indem sie immer an die Reihe der Vorgesetzten bis zum Justizministerium denken, ob auch jede ihrer Handlung den Beifall eines jeden derselben haben möchte, da sie von jedem eine Kritik und Zurechtweisung zu erwarten haben. Die Aengstlichkeit steigert sich besonders bei wenig selbständig angelegten und unsicheren Naturen so, dass sie bei jeder Bedenklichkeit eine Weisung von dem Vorgesetzten nachsuchen möchten und, wenn sie damit zu

oft kommen in Berichterstattungen und Anfragen, die Antwort zu gewärtigen haben, es sei ihre Sache, selbst Entschliessung zu fassen. Von der Auffassung der Stellung der einzelnen Beamten bei den Vorgesetzten hängt hierbei sehr viel ab; je mehr der Vorgesetzte autokratischer Stimmung und Hierarch ist, desto mehr wird er auf Durchsetzung seiner Ansichten auch bei dem Untergeordneten bestehen und dann kann die Stellung des letzteren eine möglicherweise geradezu verzweifelte werden, wenn er überzeugungsfest, an praktischer Anschauung und Beurteilung der Sach- und Rechtslage des Einzelfalles, die dem Vorgesetzten nie so beiwohnen kann mangels der Unmittelbarkeit, vollends dem letzteren sich überlegen weiss, namentlich aber wenn er von charakterfester Anlage ist. Wenn auch Vorstellungen an den Vorgesetzten gerichtet werden, so läuft aber einem unbeugsamen und herrischen Charakter gegenüber der Untergeordnete Gefahr, in Wiederholungsfällen die anfänglich schonend erscheinenden Empfehlungen in Weisungen, dann Androhungen und Massregelungen verwandelt zu sehen, die bis zur Versetzung in ein anderes Amt übergehen, und, da er der Schwächere ist, muss er der Macht weichen vielleicht ungeachtet dessen, dass er im Rechte war oder zu sein glaubte. So sehr erfahrungsmässig die Staatsanwaltslaufbahn als eine rasche zum Vorrücken zu höheren Stellen betrachtet wird, ist sie unter den bisherigen Verhältnissen nur den fügsamen, auf ihre Ueberzeugung nicht pochenden, und weniger selbständigen Naturen sympathisch und im Volke mehr gefürchtet als geachtet — eine Erscheinung des mehr zum Absolutismus als zum Konstitutionalismus hinneigenden Staates!

Unzweifelhaft würde das Ansehen der Staatsanwaltschaft erhöht werden, damit aber auch das der Gerichte und der ganzen Strafrechtspflege, wenn sie zu einer reinen Justizbehörde umgestaltet und nicht halb über oder neben die Gerichte, sondern im Prozess selbst diesen untergeordnet würde bei der Führung des Anklageamtes¹⁾. Das Vertrauen zu den Gerichten würde

1) Das war die frühere süddeutsche Auffassung, welche nach den seit 1879 gemachten Erfahrungen wieder durchzudringen versucht und auch weitere Verbreitung verdient, nachdem auch anderwärts die fernere Unhaltbarkeit der neueren Organisation des Strafverfahrens erkannt worden ist. So führt *Hugo Meyer*, die Parteien im Strafprozess, 1890, aus, dass die Thätigkeit der Strafverfolgung einen wesentlichen Teil der Rechtspflege auf dem Gebiet des Strafrechts bilde und nicht von den Funktionen der Gerichtsbarkeit getrennt werden könne; daher müsse grundsätzlich der Staatsanwalt ein Mitglied des Gerichts sein wie

sich verstärken, wenn die Gesellschaft weiss, dass sie nicht von der Justizverwaltung beeinflusst werden können, weil die Staatsanwaltschaft von dieser unabhängig dasteht, wenn sie weiss, dass

in früheren Gesetzen und auch im württembergischen Strafgesetze. In Württemberg besonders scheint man die Notwendigkeit der Lostrennung der Staatsanwaltschaft von der Verwaltung und ihre Zurückführung auf die *Gerichtsbarkheit* mehrfach zu betonen; so auch *G. Pfizer*, *Recht oder Willkür* S. 41 will aus der Mitte der Landgerichtsmitglieder auf Zeit die Staatsanwälte bestellt wissen, wie es z. B. früher auch in Baden und Bayern der Fall war. *Meyers* Ausführungen verdienen hier eine eingehendere Beachtung, insofern er den »Begriff der Parteien im Strafprozess« anders als die bisherige herrschende Meinung konstruiert. Nach dieser solle ein Streit zwischen dem Staat einerseits und dem Beschuldigten andererseits bestehen, wobei dem Staatsanwalt seinem Namen nach die Vertretung des Staates zufalle und der Verteidiger als Rechtsbeistand des Beschuldigten erscheine; diese Auffassung aber sei grundsätzlich falsch, indem zwei so unebenbürtige Gegner sich in einem Prozess um die Freiheit und Leben unmöglich einander gegenüber gestellt werden könnten. Vielmehr müsse ein Anklageprozess grundsätzlich in die dreifache Thätigkeit der Strafverfolgung und Verteidigung als *amtliche Thätigkeiten* vor dem entscheidenden Gericht, welches die dritte staatliche Funktion ausübe, zerlegt werden in dem Prozess, den der Staat mit sich selbst führe wie wenn zwei Verwaltungszweige mit einander in Gegnerschaft träten. *Meyer* will jene Thätigkeiten des Angriffs der Regierung auf den Beschuldigten und die seiner Verteidigung als die zweier aussergerichtlichen Organe in gerichtliche, von der Gerichtsbarkheit abstammende umgewandelt sehen; daher müsse grundsätzlich der Staatsanwalt ein Mitglied des Gerichts sein, wie z. B. nach den früheren württembergischen Strafprozessgesetzen, grundsätzlich wie jeder andere richterliche Beamte geschützt, aber widerruflich mit der Funktion als Staatsanwalt betraut, bez. mit der Erhebung und Durchführung der Anklage, während die jetzige Staatsanwaltschaft nur eine einheitlich organisierte Polizeibehörde sein solle. Das Legalitätsprinzip sei allein massgebend und die Vorschrift, dass der Staatsanwalt gleichmässige Rücksicht auf das Interesse der Verteidigung wie auf das der Verfolgung zu nehmen habe, sei ebenso verwirrend wie nachteilig, wenn die Organe der Anklage und der Verteidigung als zwei staatlich geordnete Gegner mit gleichmässigen Befugnissen sich gegenüberständen. Grundsätzlich müsse in allen Arten von Strafprozessen, so oft und sobald ein öffentlicher Ankläger auftrete, von Amtswegen auch ein Verteidiger aufgestellt werden, schon für das Vorverfahren und nicht erst wenn das Verfahren sich gegen eine bestimmte Person richte, sondern schon wenn überhaupt prozessuale Ermittlungen stattfänden; und grundsätzlich müsste auch der Verteidiger aus der Zahl der Gerichtsmitglieder selber, unter Vorbehalt der freien Nebenwahl eines Verteidigers seitens des Beschuldigten, genommen werden, welcher unabhängig von allen Weisungen des Beschuldigten zur Vorkehrung alles dessen zu verpflichten wäre, was sich nach der Sachlage selbst als notwendig oder zweckmässig für die Erreichung der Ziele der Verteidigung darstelle. *Meyer* kommt auf einem anderen Wege zu der Forderung auch der Verstaatlichung der Verteidigung gegenüber der Anklage, indem er von der Gerichtsbarkheit ausgeht, und die Rechtspflege thätigkeit für die Realisierung der Strafgesetze lediglich an richterliche Beamte verteilt wissen will; die

diese nur unter dem Gesetzeswillen, der das Produkt des Gesamtwillens von Staat und Gesellschaft ist, steht und nur diesen gleichmässig und ohne Rücksicht auf Sonderinteressen zur Herrschaft zu bringen verpflichtet und demgemäss bemüht ist. Dann sieht die Gesellschaft in der Staatsanwaltschaft nicht die Regierungsvertretung wie jetzt, sondern auch ihre Repräsentantin, die »öffentliche Anwaltschaft« zur Führung des Staatsklageamtes!

Ist jedoch einmal das Anklageamt zu der geforderten Unabhängigkeit gelangt, dann ist es auch unbedenklich, ihm aus prozessualischen Gründen zu überlassen, »dass nicht bloss um des Prinzipes willen ein Verfahren eingeleitet und fortgesetzt wird oder Massregeln ergriffen werden, welche den Zwecken der Strafrechtspflege eine Förderung überhaupt nicht versprechen«, und unterbleiben darf, »wo ein positiver Erfolg nicht schlechthin ausgeschlossen erscheint, sondern nur mehr oder weniger unwahrscheinlich ist«, so dass es mithin auf seine Gewissenspflicht hin das Vertrauen geniessen darf, nach freier, bester Ueberzeugung folgende von *Heinze* in *Goltdammers Archiv* Bd. 24 (1870), S. 276

von ihm gezogenen Folgerungen für die Stellung des Beschuldigten im Strafverfahren und die für dessen Abteilungen gezogenen sind nun freilich sehr abweichende, indem der Beschuldigte weniger als Prozesssubjekt als vielmehr als Beweismittel (auch gegen sich?) auftreten soll und die gerichtlichen Nebenorgane (Ankläger und Verteidiger) vorzugsweise den angesammelten Prozessstoff dem Strafgericht vorlegen sollen, worüber das Gericht grundsätzlich frei verfügen soll, indem auch die Erhebung der Anklage grundsätzlich genommen eine gerichtliche Funktion sein müsse und nach der richtigen Auffassung der Parteien (in *Meyers* Sinn) diesen kein unbeschränktes Recht der Beweismittelbeziehung zur Hauptverhandlung verstattet werden könne, auf jeden Fall das Gericht ein Ermessen über die Erheblichkeit und eine diskretionäre Gewalt haben müsse; den Parteien als gerichtlichen Organen habe aber in erster Linie die Beteiligung an der Beweiserhebung in der Hauptverhandlung zuzustehen und in der Rechtsmittelinstanz müsse eine durchweg gleiche Anfechtbarkeit des Urteils im Interesse der einen wie der anderen Seite für die schliessliche Feststellung der Wahrheit sorgen, aber die Vollstreckung der Strafurteile dürfe nur von dem Gericht, welches ein solches gesprochen habe, erfolgen. Auf diese Grundzüge will *Meyer* den sehr reformbedürftigen Strafprozess der Zukunft aufgerichtet wissen. Es galt ihm, nur theoretisch solche aufzustellen und es ist nicht zu leugnen, dass der Gedanke der Verstaatlichung der Verteidigung und der Entziehung der Staatsklägerschaft aus dem Machtbereich der Regierung seine zweifellose Berechtigung hat, aber diese vorzugsweise aus anderen theoretischen und praktischen Ausgangspunkten als diejenigen *Meyers* sind, zu entlehnen sein dürfte. Immerhin ersieht man daraus wieder einen Beleg mehr, dass mit der jetzigen Vertretung der Parteiinteressen ein organischer Strafprozess nicht weiter bestehen kann.

aufgestellten Regeln beobachtet zu haben¹⁾: 1. Verpflichtung, alles aufzubieten, um alle der Strafgewalt des Staates unterworfenen Verbrechen und deren Thäter zu ermitteln; 2. Verpflichtung, alles daranzusetzen, um alle Erkenntnismittel, durch deren Benützung Aufschluss über erhebliche Thatsachen erlangt werden kann, ausfindig zu machen; 3. Verpflichtung, in jedem Fall, in welchem hiernach das Strafrecht des Staates begründet erscheint, Verfolgung eintreten zu lassen²⁾ — dies alles nur soweit die sog. Initiative in Frage steht. Im übrigen wird auch das Vertrauen dem Anklageamt zur Seite stehen, dass es sich in der ganzen Durchführung seiner Aufgabe von der Legalität unter Berücksichtigung prozessualer Zweckmässigkeit allein leiten lasse, unter Befolgung der innerhalb der Gesetzmässigkeit sich haltenden Weisungen der Vorgesetzten, welche die Freiheit der Ueberzeugung des untergeordneten Beamten inbezug auf die Thatsachenbeurteilung anzuerkennen verpflichtet sein sollten.

Abgesehen von der staatsrechtlichen Gewähr für die Erfüllung der unzweifelhaften Pflicht der Staatsgewalt zur Vollziehung des Strafgesetzes im Sinne des Legalitätsprinzips bedarf es immerhin noch einer prozessrechtlichen Gewähr für den Fall des Unterbleibens der staatlichen Initiative, einer Ergänzung des sog. Anklagemonopols der Staatsanwaltschaft durch Zulassung der subsidiären Privat- oder Popularklage anstatt der öffentlichen oder Staatsklage. Es wird damit die rechtliche Möglichkeit gewährt, und zwar vollständiger als in §§ 169—175 der deutschen St.P.O., eine Lücke in der Strafverfolgung, welche von einem Kreise oder auch nur einzelnen Mitglied der Gesellschaft begehrt wird, durch seinen Eintritt in die Stelle des Staatsklägers auszufüllen. Eine solche Lücke wird auch trotz der ausnahmslosen Verpflichtung der Staatsanwaltschaft, dem Legalitätsprinzip zu genügen, bemerkbar bleiben und man wird gegenüber der geforderten Unabhängigkeit der Staatsanwaltschaft als einer Justizbehörde den Grund der Unterlassung einer anderwärts für durchführbar gehaltenen Klage nirgends anders als in der unantastbaren Ueber-

1) In dem bekannten hervorragenden Aufsatz: »Dispositions- und Officialprinzip, Verhandlungs- und Untersuchungsform, insbesondere im Strafprozess«.

2) Die Zusammenstellung der von den Verfechtern des Legalitätsprinzips anerkannten Erwägungen von Ausnahmen ist von *Glaser* in der *Strafrechtspflege* IV, 29 ff. und »Kleine Schriften« S. 542 ff., auch *Handbuch I*, S. 223, von *Sundelin* im *Gerichtssaal* 1852, S. 355 ff., *Mayer*, *Handbuch des österreich. Strafprozesses* II zu § 30 St.P.O. Bem. 11 u. 12 aufgeführt.

zeugung von der Nichtdurchführbarkeit suchen im vollen Vertrauen auf die unbeeinflusste Gewissenspflichterfüllung, nicht in einer höheren Weisung, für die ein gesetzlicher Raum nicht mehr ist so wenig wie für einen Richter. Ebensowenig wird man dann von Tendenzprozessen oder forcierten Klagen auf höhere Leitung reden können. Jedenfalls aber kann die Staatsanwaltschaft umso mehr im ersteren Falle des Vertrauens in der Gesellschaft wie im Staatsorganismus sich versichert halten, dass sie ihre volle Pflicht erfüllt habe, wenn selten oder gar nicht in den Fällen der Unterlassung der Klage von dem Gesellschaftsrecht der subsidiären Privatklage Gebrauch gemacht wird; mindestens aber liegt in deren gesetzlicher Zulassung eine Verstärkung des Legalitätsprinzips nicht nur in sofern, als die Pflichterfüllung seitens der Staatsanwaltschaft moralisch durch die Möglichkeit der Erhebung der subsidiären Privatklage gesicherter ist als ohne das Bewusstsein hiervon, sondern auch insofern, als jedenfalls dem Vorwurf der Verletzung des Legalitätsprinzips durch Nichtausübung des staatlichen Klageamtes der Einwand gegenüber begründet ist, es könne die Gesellschaft von dem Rechte der subsidiären Klageerhebung Gebrauch machen, und wenn sie dies nicht hat thun wollen oder können, dass dann dem Legalitätsprinzip formell jedenfalls genügt worden sei.

Durch die für die Neugestaltung der Staatsanwaltschaft geforderte Stellung als einer in der »öffentlichen Anwaltschaft« einzureihenden Justizbehörde neben der Verteidigerschaft und durch die prozessualische Unterordnung unter die Gerichte werden allerdings mancherlei Folgen bedingt in der Stellung der Staatsanwälte zu den Gerichten und gegenüber dem Verteidigungsamt, worüber ein Weiteres später zu bemerken sein wird. Hier ist nur hervorzuheben, dass das Anklageamt wie das Verteidigungsamt seine abgegrenzte obligatorische Parteistellung in möglichster Reinheit, also frei von heterogenen, der Strafverfolgung ihrem Begriffe nach fremdartigen Funktionen, hergestellt wird, dass mithin der Verteidigung überlassen bleibe, was ihr begriffsmässig zufällt, und ebenso dem Richter allein verbleibe, was ihm gebührt als dem Leiter des Prozesses, welcher von den Parteivertretern in ihrem einseitigen Interesse unterstützt wird. Es hat demnach jede der Staatsanwaltschaft bisher aufgebürdete, aber erklärlich wenig geförderte Fürsorge für die Rechtsvertretung des nicht mit einem Verteidiger versehenen Beschuldigten, die sogen. Sorge auch für

die materielle Verteidigung, welche zu den schwersten Pflichterfüllungskonflikten führte, auch die Rechtsmitteleinwendung zugunsten der Beschuldigten, wegzufallen und wird die Staatsanwaltschaft nur die Vertretung der Strafverfolgung vor dem Gesetze als einer Staatspflicht mit den bisherigen, in einzelnen Beziehungen zu beschränkenden, Befugnissen, welche mit dem Verteidigungsamt gleichheitlich und parallel zu verteilen wären, zu besorgen haben — unter Ersuchen um die Rechtshilfe der Gerichte oder mit dem Rechte der Antragstellung vor dem mit der Prozessleitung befassten Gerichte, sowie unter dem Nachsuchen bez. der Auftragserteilung an die Polizeiorgane, welche in der Kriminalpolizei unter der Leitung der Justizverwaltung zur Verfügung der »öffentlichen Anwaltschaft« zu stellen wären, wobei allerdings die Staatsanwaltschaft die verwaltende Leitung der »gerichtlichen Polizei« als Prärogative in Anspruch zu nehmen hätte, da ihr vorzugsweise die zur energischen Betreibung des sog. ersten Angriffes nötigen Mittel und Mächte unterstellt sein müssten, — wodurch die von *Gneist* mehrfach in Wort und Schriften in den Vordergrund geschobene »Beweglichkeit der Polizei« erheblich vermehrt wird. Immer aber und überall soll der Staatsanwalt nur soweit seinen Parteistandpunkt wahren, als es das Gesetz und seine Gewissenspflicht gestattet; denn er ist nicht von vornherein und nicht notwendig, wie *Glaser*, Handbuch des Strafprozesses I, S. 241 richtig bemerkt, Gegner eines bestimmten Beschuldigten, sondern er ist zur Enthüllung dunkeler Thaten berufen und zur Verfolgung offener, um sie als »strafbare Handlungen« unter Klage zu nehmen, oft noch im Unklaren über die Person des Beschuldigten; er soll auch nach der Klageerhebung gegen einen solchen Gegner dieses nur mit dem Vorbehalte sein, dass er seine Haltung ändert, sobald er sich davon überzeugt, es könne dem Beschuldigten Unrecht geschehen. Der obligatorische Standpunkt der Strafverfolgung kann nur solange eingehalten werden, als er sich gegenüber dem Gesetz und dem berechtigten favor defensionis sowie einer unbefangenen, frei blickenden Beurteilung des Für und Wider rechtfertigen lässt. Nicht das Verlangen, mit einer Klage durchzudringen, was ein unerlaubtes Einwirken des Subjektivismus wäre, sondern das Bestreben, nicht einen Beschuldigten wider wirkliche Verschuldung oder sein Verdienst zu verfolgen, muss den staatlichen Kläger beseelen, da das Gesetz nur von dieser Voraussetzung ausgeht. Ueberall

also die Legalität ist Handlungsprinzip und dieses führt den Amtskläger notwendig an erster Stelle auf die Berücksichtigung und Prüfung der Zuverlässigkeit der Belastungen und zwar im Vergleich zu den Entlastungen, weshalb die Vorschrift in § 158, Abs. 2 der deutschen St.P.O. nur als ein erster Ausfluss des Legalitätsprinzips für das Strafklageamt zu betrachten ist. Der Staat will nur Schuldige zur Verantwortung gezogen wissen und das bedeutet die Negative für das Strafamt, dass auch nur unschuldig Scheinende ausser Verfolgung gelassen werden, bis oder sobald der Anschein sich in Wahrscheinlichkeit der Schuld verwandelt. Während die Verteidigung vermöge ihres obligatorischen Standpunktes von der Voraussicht der Unschuld vorbehaltlich der Möglichkeit des Gegenteils auszugehen hat, geht die Staatsanwaltschaft umgekehrt von der Voraussetzung der Schuld aus, jedoch unter Vorbehalt, dass sich auch die Unschuld des Bezichtigten herausstellen könne. Wird aber die Staatsanwaltschaft eine Anklagebehörde des Staates und unabhängig in der Geschäftsführung des einzelnen Falles, dann fallen die Befürchtungen weg, denen *v. Holtzendorff* in dem Buche über die Umgestaltung der Staatsanwaltschaft, 1865, S. 55 ff. Ausdruck gegeben hatte, dass die Einseitigkeit und Voreingenommenheit der ständigen Anklagebehörde sich zunächst in der Neigung bekunde, die Grenzen des Strafgesetzes immer weiter auszudehnen, das Gebiet des freien persönlichen Handelns immer weiter einzuengen, neue Anwendungen des Gesetzes zu entdecken, die natürliche Grenze des lediglich Unsittlichen zum Vortelle des Widerrechtlichen um den sie trennenden Rasenstein zu verengern, und dass aus dem Paragraphen des Strafgesetzes schliesslich eine Brechstange gegen die individuelle Freiheit werden könne. Es gibt für das Strafklageamt dann keine Rücksicht mehr auf die Erlangung des Beifalles oder die Vermeidung des Missfallens bez. ihrer nur dem Gesetzeswillen folgenden Thätigkeit seitens ihrer Vorgesetzten und die Objektivität in der Ausübung der Strafrechtspflege erlangt eine Sicherung, welche ihr bei der jetzigen Abhängigkeit, zumal in Zeiten eines gesteigerten Subjektivismus, nicht selten zu fehlen scheint und welche die erste Bedingung auch der Freiheit der Gerichte vor gefährlichen Einwirkungen sein wird. Wenn auch bei der heutigen Stellung und Organisation seitens der obersten Justizverwaltung auf Wahrung der möglichsten Unabhängigkeit der Staatsanwaltschaft gehalten wird, so liegt doch im Gesetze

stets die Möglichkeit gegeben, dass es auch einmal anders sein könnte, und damit ist das Vertrauen nicht bloss bei den Beamten der Staatsanwaltschaft auf ihre Sicherheit ein schwankendes, sondern auch im Publikum ein stets in das Gegenteil sich verwandelndes, wenn in einzelnen Fällen höhere Weisungen im Spiele zu sein auch nur s c h e i n e n. Im Rechtsstaat soll auch ein solcher Schein durch gesetzliche Vorkehrungen vermieden werden — und zwar durch organisatorische Einrichtungen und Abgrenzungen der Thätigkeitskreise im Strafprozess. — Wenn in der neueren Organisation der Staatsanwaltschaft neben dem Anklageamt ihr auch eine teilweise Rechtskontrolle und die Vollziehung richterlicher Entscheidungen, namentlich der Strafvollstreckung, mit übertragen worden ist, auch eine Erweiterung ihrer Funktionen mehr und mehr angestrebt wird¹⁾, so berühren diese Nebenämter das Hauptamt der staatlichen Strafverfolgung im organischen Zusammenhang mit dem Rechtsstaat weniger.

B. Das Verteidigungsamt.

In Anknüpfung an das vom Verfasser anderwärts über die »Parteivertretung im Strafprozess« bereits Vorgetragene ist nunmehr auf den Schwerpunkt in der Gravitation der Thätigkeiten der Parteivertretung näher einzugehen. Das bislang in den Gesetzen der konstitutionellen Rechtsstaaten noch fehlende Gleichgewicht der neben und vor den Gerichten im Strafprozess mitwirkenden Kräfte ist herzustellen durch eine relativ gleiche Verteilung der Rechte und Pflichten der Mitwirkenden zur Erreichung der Zwecke des Strafverfahrens. Die Erreichung der möglichsten Legalität oder der Gesetzesherrschaft gerade auf diesem Gebiete kann nur unter der Voraussetzung möglich werden, dass dieselben Mittel und Wege, welche dem Vertreter des Angriffes oder der Strafverfolgung offen stehen, auch dem Vertreter der Abwehr oder der Verteidigung im Gesetze eingeräumt werden, natürlich nur je nach der Eigenart der zu

1) Bekanntlich vertritt die Staatsanwaltschaft im Deutschen Reiche das im Staat verkörperte allgemeine Interesse in Ehe- und Entmündigungsprozessen und im ehrengerichtlichen Verfahren gegen Rechtsanwälte. Im Konkursverfahren auch durch die Staatsanwaltschaft das »öffentliche Interesse« wahren zu lassen, empfiehlt *Friedr. Oettker*, Konkursrechtliche Grundbegriffe, 1891, in der Einleitung. Uebrigens hat nach § 85 der österreichischen St.P.O. das Konkursgericht die Staatsanwaltschaft von einer Eröffnung oder Nichteröffnung eines Konkurses in Kenntnis zu setzen.

lösenden Aufgabe. Eine repräsentative Organisation bietet jedoch die jetzt bestehende Einrichtung der Verteidigung im Strafprozess im Vergleich mit der Staatsanwaltschaft keineswegs. In der Geschichte des neueren Strafverfahrens tritt mit der Anerkennung des Beschuldigten als eines Prozesssubjekts die überall zugestandene Notwendigkeit hervor, demselben auch Befugnisse zu seiner Abwehrthätigkeit gesetzlich einzuräumen, welche als unentbehrlich schon im Untersuchungsprozess erschienen. Eine Erweiterung der prozessualischen Schutzmittel, um die es sich ja gegen Angriffe auf die höchsten Lebens- und Rechtsgüter handelt, wurde mit der Einführung des sog. Anklagerichters des kontradiktorischen Untersuchungsprozesses angestrebt und in mehr oder weniger umfangreichem Masse in den Gesetzen gewährt; entschieden aber ungenügend ist der staatsrechtliche und prozessuale Schutz des Beschuldigten noch im Vorverfahren und in der Rechtsmittel-Instanz, auch weiter des Verurteilten im Strafvollstreckungsverfahren¹⁾. Die Konzessionen, welche in dieser Richtung auch von der deutschen Reichsgesetzgebung gemacht worden sind, erweisen sich nur als solche und in unzureichendem Masse, weil man sich vor der offenen Bekennung zum Parteistand der

1) Im Vorverfahren gestattete schon die Beiziehung eines Wahlverteidigers auf eigene Kosten die oldenburg. St.P.O. Art. 173, die sächs. St.P.O. Art. 38a, die württemberg. St.P.O. Art. 212, am liberalsten die braunschweig. St.P.O. § 7 (bei jedem Verhör des Beschuldigten durfte der Verteidiger anwesend sein), während der Strafprozessentwurf für Bayern von 1870 den Rückschritt machen wollte, den Verteidiger vom Vorverfahren ganz auszuschliessen, weil, wie die Motive dazu bemerkten, die Verteidigung in der Voruntersuchung ein fremdes Element sei, welches ohne Nutzen, teilweise aber von Schaden sein würde! Die Motive zum deutschen Entwurf I dagegen bezeichneten es als eine Forderung der Gerechtigkeit, dass vom Anbeginn des Verfahrens, gleichwie dem auf Ueberführung des Beschuldigten gerichteten Angriff des Klägers, so auch der Verteidigung des Beschuldigten freie Bewegung zu gestatten sei. Wenn auch in einzelnen Fällen die Verteidigung im Vorverfahren hinderlich sein könne, so würde sie in vielen Fällen doch der Wahrheitsermittelung förderlich sein und die Verweisung schuldloser Personen vor das erkennende Gericht verhindern; ganz besonders aber sei eine Mitwirkung eines Verteidigers wichtig, wenn Beweisaufnahmen stattfänden, welche sich in der Hauptverhandlung nicht wiederholen liessen, wie bei Augenscheinseinnahmen und Vernehmung von Zeugen, die voraussichtlich in der Hauptverhandlung nicht erscheinen könnten. Ausserdem fanden jene Motive eine Garantie in der Zulassung der Verteidigung im Vorverfahren für den Schutz des Beschädigten angesichts des Wegfalls der Berufung, die ja als ein Schutzmittel im Strafprozess gelte, nach dessen Beseitigung desto grössere Garantien in die erste Instanz zu verlegen seien.

Staatsanwaltschaft gegenüber einem bezichtigten Staatsunterthan scheute und in letzterem weniger einen noch nicht endgiltig Schuldigen, der bis zur Verurteilung noch unter dem Schutze der Gesetze steht, als vielmehr einen bereits für mehr oder weniger schuldig Befundenen betrachtete und den Massstab der Behandlung wirklich Verdächtiger auch auf die nur vorerst Bezichtigten anwenden zu dürfen vermeinte, während doch die Schutzmittel darauf vorzugsweise zu erstrecken sind, dass nicht auch Unschuldige dem Strafprozesszwang unterworfen werden. Die tägliche Erfahrung, dass dies aber — leider oft unvermeidlich — der Fall ist, wovon die zahlreichen Einstellungen des Vorermittlungsverfahrens, die Setzungen ausser Verfolgung durch Richterspruch und vollends die endlichen Freisprüche oder gar solche nach Wiederaufnahme des Verfahrens zu Gunsten schon Verurteilter und Bestrafter Zeugnis ablegen, mahnt immermehr dazu, dass der Staat Schutzmittel schaffe, welche ausreichender sind als die bisherigen, die nur belegen, wie das Rechtsbedürfnis vorhanden, aber noch lange nicht befriedigt ist.

So wohlthätig und notwendig die Einrichtung des Anklageamtes ist, so kann nicht vermieden werden, dass diese staatsrechtliche und prozessuale Macht auch zur Uebermacht da werden kann, wo ihm keine Gegenmacht die Wagschale halten kann in dem nicht wegzustreitenden Antagonismus des Strafprozesses. Das ist ja auch überall erkannt, aber das Mittel, den fehlenden Schutz den Beschuldigten zu verschaffen, war ein theils nicht ausreichendes, theils sogar verfehltes. Gerade im Vorverfahren des Strafprozesses, wo der Beschuldigte wegen der grundlegenden Bedeutung desselben für das Ende desselben dem überlegenen Berufskläger gegenüber fast rechtlos, wenigstens meist hilflos dasteht und noch mehr so dastehen würde, wenn nicht der Richter sich berufen fühlte, ihm den ihm vom Gesetz zugedachten Rechtsschutz wenigstens zu zeigen, wenn nicht jenem dazu zu verhelfen, tritt der Mangel einer Rechtsvertretung oder eines Rechtsbeistandes am fühlbarsten zutage. Denn wenn auch dem Beschuldigten verstattet ist, im Vorverfahren schon von Anfang desselben sich einen Verteidiger zu erwählen oder beiordnen zu lassen, so kennen die meisten Beschuldigten diese Befugnis nicht, oder sie vermögen aus Mangel an Mitteln davon keinen Gebrauch zu machen, oder die erbetene Verteidigerstellung scheitert an den gesetzlichen Beschränkungen, oder wenn sie erfolgt ist, glaubt der Verteidiger

nicht eher, als bis ihm das Recht zur Akteneinsicht eröffnet ist, thätig werden zu sollen, und dann noch scheitert ein rechtzeitiges und erfolgreiches Wirken in der Beweissicherung und Beweismittelbeschaffung an dem Mangel tieferer Kenntnis der gesetzlichen und praktischen Hilfsmittel sowie einer Uebung und leider oft an der Meinung, dass in dem Hauptverfahren erst der Platz für die wahre Thätigkeit der Verteidigung sei — einer der gröbsten traditionellen Irrtümer! Dem Fernerstehenden mag der Schwerpunkt des Strafverfahrens in der Hauptverhandlung zu liegen scheinen, weil hier die für die richterliche Entscheidung allein massgebende Beweiserhebung konzentriert wird; dem mit dem Vorverfahren Befassten aber erscheint gerade dieses als der wichtigste Teil des Verfahrens, weil hier dieses schon eine bestimmte und meistens grundlegende Richtung erhält und besonders die Beweissammlung und nicht minder die Beweissicherung vermittelt, welche ein rasches und energisches Eingreifen unmittelbar nach der That oder der Anzeige ihrer Verübung verlangt. Während in dieser Beziehung der Staatsanwaltschaft alle Mittel, nötigenfalls auch die Hilfe der Amtsgerichte, zu Gebote stehen, ist regelmässig dem im Ermittlungsverfahren als Beschuldigten in Anspruch Genommenen, auch dem Angeschuldigten nach Eröffnung der gerichtlichen Voruntersuchung, überlassen, für die Beweissammlung und Beweissicherung zu seiner Entlastung selbst zu sorgen, und im Mangel der Erkenntnis dessen, was für das weitere Verfahren für ihn von grösster Bedeutung sein kann, gehen ihm oft die wichtigsten Beweise verloren, weil ihm kein Rechtsberater zur Seite steht; denn von der Staatsklägerschaft kann man unmöglich, ungeachtet der Instruktion in § 158, Abs. 2 St.P.O. erwarten, dass sie ebenso, wie sie für die Beweissicherung zur Strafverfolgung bedacht sein muss vermöge ihres obligatorischen Standpunktes, auch für die Verteidigung besorgt sein werde. Dann aber bleibt nichts übrig als der Parteistandpunkt und in diesem Falle musste selbst *v. Schwarze* im Gerichtssal, 1859, S. 22, der von der Möglichkeit der Erfüllung auch dieser doppelseitigen Aufgabe der Staatsanwaltschaft damals wenigstens überzeugt, dann aber für möglichste Ausdehnung der formellen Verteidigung eingetreten war, folgendes zugestehen: »Denn darüber kann in praxi kein Zweifel sein, dass, wenn man einmal eine Parteistellung des Staatsanwalts annimmt, der Angeklagte ohne rechtsgelehrten Verteidiger dem Staatsanwalt durchaus

nicht die Spitze bieten kann. Man würde ihn solchergestalt ziemlich rechtlos seinem Gegner überliefern. Dessen ungeachtet verlangt man nicht die Zuziehung des Verteidigers zu jedem Untersuchungsfalle.« Darin liegt sonach die ganze Nichtigkeit der Schlussfolgerung, dass, weil von der Staatsanwaltschaft auch die sogen. materielle Verteidigung im Vorverfahren zu übernehmen sei, auch der Eintritt der formellen Verteidigung regelmässig entbehrt werden könne; denn die voraussetzende Annahme, dass die Staatsanwaltschaft jene materielle Verteidigung neben ihrem ihre Thätigkeit bestimmenden und ganz in Anspruch nehmenden Anklageamt genügend besorgen könne und auch werde, beruht auf einer idealistischen, nicht auf der realistischen Auffassung menschlichen Könnens und Thuns und ist, wie oben auseinandergesetzt worden, eine gewaltige Täuschung, welche sich niemandem mehr in der Praxis als solche erweist als den Richtern und Verteidigern. Immer noch wirkte aus dem alten Untersuchungsprozess die Befürchtung nach, es könne die Zuziehung des Verteidigers schon im Vorverfahren der Erreichung des »Untersuchungszweckes« hinderlich und dem Bezichtigten dadurch eine nicht leicht zu paralyisierende Macht verliehen werden, welche seine Ueberführung verhindern könnte¹⁾. Dieser »Untersuchungszweck« musste sogar bei den Beratungen der deutschen Strafprozessordnung häufiger herhalten, um ein ungenanntes System der Geheimhaltung und Ueberraschungen zur Ueberführung des etwas leugnenden Beschuldigten dahinter zu verbergen, während doch nur richteramtliche Klarstellung des Thatbestandes auch mit Hilfe des Beschuldigten wie seines Prozess- (nicht Sach-)Gegners mittels offener Darlegung der Beweismittel und ihrer Ergebnisse der wahre Untersuchungszweck sein kann. Jener Befürchtung wurde dadurch aus dem Wege gegangen, dass das Gesetz wenigstens nachliess, auch im Vorverfahren einen Wahlverteidiger zuziehen zu dürfen, von welcher Befugnis sogut wie kein Gebrauch im Verhältnis zu der

1) Das Misstrauen gegen die Verteidigung, welches Napoleon I mittelbar durch Verstärkung der staatsanwaltlichen Befugnisse hegte, sprach sich auch im art. 11 des Code d'instruction aus, dessen Bestimmung auch in manche deutsche Strafprozessgesetze übergegangen war, wonach der Vorsitzende der Hauptverhandlung an den Verteidiger bei Beginn derselben die Ermahnung richten sollte, »nichts gegen sein Gewissen und gegen die dem Gesetze schuldige Achtung vorzubringen und sich mit Anstand und Mässigung auszudrücken« — eine Ermahnung, die doppelt verletzen musste, als sie gegenüber der Anklagebehörde, die noch weit mehr Gelegenheit hatte, eine scharfe Zensur zu üben, nicht Platz zu greifen hatte.

Ueberzahl der Fälle gemacht wird, weil er aus den angegebenen Gründen nicht gemacht werden kann, andererseits auch dadurch, dass der Gesetzgeber sich bei der doch etwa möglicherweise von der Staatsanwaltschaft und etwa von dem Gericht mitberücksichtigten materiellen Verteidigung genügen liess. Darin jedoch, dass das Gesetz in den schwersten und einen Schutz des Beschuldigten am notwendigsten erfordernden Fällen (Reichs- und Schwurgerichtsfälle und jugendliche und taube oder stumme Beschuldigte u. s. w. in § 140 St.P.O.) eine »notwendige Verteidigung« anerkannte, immerhin unter mehrfachen verklausulierenden Beschränkungen, war ein Zugeständnis gemacht, welches die Rechtsnotwendigkeit eines Rechtsschutzes von Staatswegen gegenüber der Rechtsvertretung des Staates im Anklageamt anerkannte und damit die Unzulänglichkeit der sog. materiellen Verteidigung durch die Staatsanwaltschaft. Die quantitative Wertbeurteilung der Straffälle aber für die Einrichtung der notwendigen Verteidigung zu Grunde zu legen, entspricht höchstens einer vulgären Abschätzung der Straffälle, nicht aber dem den Rechtsstaat beseelenden Gedanken gleicher Gewährung des Rechtsschutzes. Den Rechtsschutzanspruch hat nach dieser Auffassung jeder zur rechtlichen Verantwortung gezogene Staatsbürger und darin besteht ein Grundrecht der Gesellschaft in thesi, dass der konkrete Rechtsanspruch auch geltend gemacht werden kann — mit Hilfe des Staatsorganismus.

Sieht man sich jedoch in der Praxis des Strafverfahrens nach den hiezu erforderlichen Einrichtungen um, so bietet das Vorverfahren zum Erstaunen grosse Lücken dem kritischen Auge dar. Gegen den Regierungsentwurf, welcher eine obligatorische Voruntersuchung nur in den schwersten Fällen zulassen, im übrigen das Ermittlungsverfahren mit allen Zwangsmitteln in die Hand der Staatsanwaltschaft legen wollte, setzte die Justizkommission des Reichstages die Ausdehnung der gerichtlichen Voruntersuchung in der jetzigen Gestalt mit dem Grundgedanken durch, dass der dem Angeschuldigten gegen die Uebermacht der Staatsanwaltschaft fehlende Schutz durch den Untersuchungsrichter gewährt werde, mag nun der Angeschuldigte einen Verteidiger zugezogen haben oder, wie in der Regel, hier noch nicht. Aus dem Studium der Gesetzgebungsmaterialien ergibt sich diese Rechtsschutzpflicht des Untersuchungsrichters, welche das Gesetz nur sehr verhüllt durchscheinen lässt, mit voller Klar-

heit; allein sie wird häufig nicht erkannt und von Beamten der Staatsanwaltschaft leicht verkannt, zumal in solchen Staaten, wo früher die Voruntersuchung die einseitige Aufgabe zu erfüllen hatte, den Stoff zur Anklageerhebung zu sammeln, und wo hiermit der Untersuchungsrichter nach französischem Vorbild geradezu in den Dienst der Anklagebehörde gestellt war. Darüber weiter unten mehr. Darin, dass man sich genötigt sah, dem Untersuchungsrichter diese Rechtsschutzpflicht aufzubürden, lag ein unorganischer Fehlgriff, der jedoch erkennen lässt, dass damit eine Lücke in dem erforderlichen Rechtsschutz, und zwar eine sehr erhebliche, vorhanden war, welche ausgefüllt werden musste, aber nur durch eine organische Einrichtung ausgefüllt werden konnte, wenn sie nicht fühlbar bleiben sollte. Es wäre dies die obligatorische Zuziehung eines Rechtsbeistandes in allen Strafrechtsfällen gewesen von da an, wo die Staatsanwaltschaft gegen einen bestimmten Beschuldigten mit, auch nur für die Klageerhebung vorbereitenden, Angriffen thätig wird. Die erwähnte Lücke zu überbrücken hat wenigstens die österreichische St.P.O. von 1873, welche überhaupt eine weitergehende Möglichkeit der Verteidigung als die deutsche St.P.O. gewährt, in § 3 nach Vorgang des Entwurfs der thüringischen St.P.O. von 1849 versucht, in der Vorschrift: »Alle in dem Strafverfahren thätigen Behörden haben die zur Belastung und die zur Verteidigung dienenden Umstände mit gleicher Sorgfalt zu berücksichtigen und sind verpflichtet, den Beschuldigten auch, wo es nicht ausdrücklich vorgeschrieben ist, über seine Rechte zu belehren«. Diese letztere Behördenpflicht auch in der deutschen St.P.O. zum Ausdruck zu bringen, wäre recht notwendig gewesen, denn dann würden manche schiefe Auffassungen aufseiten mancher Staatsanwälte und Vorsitzenden in Gerichten vermieden werden, wenn Amts- oder Untersuchungsrichter Beschuldigte auf ihre Rechtszuständigkeiten hinweisen oder in ihren Beschlüssen diese zur Geltung zu bringen sich für verpflichtet erachten, dass ihnen der Vorwurf zu machen sei, sie überschritten die Grenzen der materiellen Verteidigung und träten in die formelle Verteidigung über. Auch hier werden Empfindlichkeiten bei Staatsanwälten bemerkbar, als ob der Richter, wenn er der ersten Pflicht genügen will, die unverdiente Strafverfolgung oder gar ungerechtfertigte Verurteilung verhüten zu helfen, und deshalb den Beschuldigten ihre

prozessualen Befugnisse zugänglich macht, sich von den seitens der Justizverwaltung angestrebten Zielen entferne. Hier liegt der Hauptgrund von mancherlei Verstimmungen zwischen Einzelrichtern des Strafverfahrens und einzelnen Staatsanwälten, sofern sie nicht die den Gesetzesmaterialien entsprechende Auffassung von der richterlichen Stellung und Aufgabe erlangt haben, die sich aus dem blossen Gesetze nicht klar ergibt.

Schon der *A m t s r i c h t e r*, welchen die Staatsanwaltschaft im Ermittlungsverfahren zur Rechtshilfe anruft, ist nicht Organ oder Gehilfe der Staatsanwaltschaft, wie manche so gern aussprechen¹⁾, sondern er ist Richter zur Beweissicherung nur für die *V o r b e r e i t u n g* der öffentlichen Klage, und seine Thätigkeit hätte zu endigen, sobald die Voraussetzungen des § 177 oder § 196 St.P.O. vorhanden sind; indessen steht ihm insoweit keine Ablehnung und Begrenzung seiner Thätigkeit zu, sondern nur die Prüfung, ob die beantragte Handlung »nach den Umständen des Falles gesetzlich zulässig ist« (§ 160), und er hat nur, wenn Gefahr im Verzug ist, das freie Ermessen, welche Untersuchungshandlungen zur Beweissicherung überhaupt »erforderlich« sind, im übrigen aber nach § 164 St.P.O. Beweiserhebungen zugunsten des Beschuldigten nur dann vorzunehmen, wenn derselbe bei seiner Vernehmung einzelne zu seiner Entlastung dienende Beweiserhebungen beantragt, also nicht auch ohne Vernehmung und ohne Antrag, denn soweit der Amtsrichter sie für erheblich erachtet, was ja selbst-

1) Die Vergleichung mit dem französischen *juge d'instruction* als Mitglied der gerichtlichen Polizei unter Leitung der Staatsanwaltschaft passt auf den Amtsrichter nicht, aber noch viel weniger auf den Untersuchungsrichter. Aufseiten mancher Staatsanwälte mag in dieser Beziehung eine verkehrte Vorstellung herrschen. Die Staatsanwaltschaft hat nur Anträge auf Vornahme wichtiger Untersuchungshandlungen in der Form des Ersuchens zu stellen und darf den Einzelrichtern nicht Handlungen ansinnen, die sozusagen auf das Briefetragen hinauslaufen, wie Aktenbeiziehung zur Feststellung von Rückfällen, Benachrichtigung von Behörden, Aufhebung von Erlassen, welche die Staatsanwaltschaft veranlasst hat bei anderen Behörden u. s. w. — Dinge, die von der Gerichtsschreiberei oder den Sekretariaten der Staatsanwaltschaft zu besorgen sind. Mit solchen Ansinnen an die Einzelrichter kann Chikane gegen sie geübt werden, wenn sie nicht aus blosser Ungeschicklichkeit hervorgehen, was im Optimismus eher anzunehmen ist. Bei der jetzigen Organisation hängt zu viel vom richtigen Takt des einzelnen Beamten ab und darauf darf es ein Gesetz nie ankommen lassen; ist nur durch ein die Stellung der Behörden missachtendes Nachgeben gegen unlogische Anforderungen und Ueberhebungen (sog. Resignation) ein friedlicher Verkehr zu erhalten, so liegt zweifellos ein Fehler in der Organisation vor.

verständlich ist (jedoch nicht bei Anträgen des Staatsanwalts!), und endlich wenn der Verlust der Beweise zu besorgen steht oder die Beweiserhebung die Freilassung des Beschuldigten begründen kann. Wenn diese begrenzte Sorge für die Beweissicherung zu gunsten des Beschuldigten eine ernstgemeinte wäre, dann würde der Beschuldigte nur unter Beistand eines Rechtsverständigen von seinen Befugnissen Gebrauch machen können. Schon die Beschränkung, dass »bei der Vernehmung des Beschuldigten«, die zwar, wenn er verhaftet ist, nach §§ 115 und 135 St.P.O. binnen 24 Stunden von dem Amtsrichter bewirkt werden soll, im übrigen aber nur auf Antrag der Staatsanwaltschaft erfolgt und daher beliebig weit hinausgeschoben werden kann, Beweiserhebungen zur Entlastung beantragt werden dürfen, ist gegenüber der unbegrenzten Befugnis der Staatsanwaltschaft zur Beweissicherung eine Ungleichheit, sobald von ihr eine bestimmte Person verfolgt wird. Aber nur wenige Beschuldigte haben eine Ahnung davon, dass ihnen eine solche Verteidigungsbefugnis als Rechtsschutzanspruch an den Richter zusteht, noch viel weniger, welche Beweiserhebungen etwa zu beantragen wären, zumal sofern es gilt, Verhaftungen wegen Fluchtverdachts auszuschliessen aus Gründen, welche nicht im § 112 St.P.O. als gesetzliche Haftgründe gelten oder die hier geltenden auszuschliessen vermögen, oder gar vermögen sie zu beurteilen, welche Beweise etwa vom Verluste bedroht sind. Wer klärt denn hier — ungeachtet der Vorschrift in § 136 St.P.O. — den Beschuldigten über seine Rechtszuständigkeiten auf, da er selber sie nicht kennt oder verstehen kann?

Der Amtsrichter hat keine Pflicht dazu im Gesetz vorge-schrieben erhalten, denn er soll ja nach § 164, vgl. § 136, Abs. 2, den bei der Vernehmung zu stellenden Antrag abwarten! Es ist dies eine handgreiflich ungenügende Bestimmung, welche offenbar im Zusammenhang mit § 115 St.P.O. hauptsächlich von verhafteten Beschuldigten reden sollte. Die Schutzvorschrift in § 164 St.P.O. steht in Wirklichkeit mehr auf dem Papier, als dass in der Praxis davon Gebrauch gemacht werden könnte — ohne Rechtsbeistand —, wenn nicht der Amtsrichter aus § 163 St.P.O. nachhelfen will oder bei verhafteten Beschuldigten aus dem § 112 und 130 St.P.O., indem er streng von Amtswegen die gesetzlichen Voraussetzungen auf Grund seiner Verpflichtung aus § 160, Abs. 2 St.P.O. prüft. Versucht jedoch der Amtsrichter hier die Gesetzmässigkeit durch Hinweisung des Beschuldigten auf seine

Schutzansprüche zu wahren, so hat er zu gewärtigen, der Staatsanwalt, welcher ihn als seinen »Gehilfen« anstatt als Beamten der Rechtshilfe betrachtet, verwehrt ihm das, eventuell durch Beschwerde bei dem Landgerichtspräsidenten u. s. w. Weiter sind die Befugnisse eines Angeschuldigten in §§ 178—180 St.P.O. betreffs der Einwendungen gegen die Eröffnung der gerichtlichen Voruntersuchung aus den bekannten vier Gründen, aus denen auch der Untersuchungsrichter eine Ablehnung des Antrags der Staatsanwaltschaft in dieser Richtung durch Beschlussfassung des Gerichts herbeiführen kann, regelmässig den Angeschuldigten gänzlich unbekannt und an sich so schwer verständlich, dass selbst von zugezogenen Verteidigern, welche keine Uebung in deren Anwendung haben, kaum einmal davon Gebrauch gemacht wird und Verwechselungen mit den aus § 199 St.P.O. dem Angeschuldigten zustehenden Einwendungen gegen Eröffnung des Hauptverfahrens vorkommen. Es fehlt mangels des nötigen Verständnisses jener Einwandsbefugnis dem Angeschuldigten in der Regel jeder Rechtsbeistand, wenn ihn der Untersuchungsrichter nicht auf diese Befugnis aufmerksam macht, sofern er selbst nicht an seine eigene Berechtigung und Verpflichtung zur Herbeiführung eines Gerichtsbeschlusses über den staatsanwaltlichen Antrag auf Eröffnung der gerichtlichen Voruntersuchung denkt oder im Zweifel demselben lieber fügt als ihm widerspricht; denn im letzteren Falle sieht er sich zur Begründung seiner abweichenden Meinung in den Akten veranlasst, ebenso aber auch diese dem Angeschuldigten zu unterbreiten, wenn er ihn zur Erhebung des fraglichen Einwandes durch Rechtsbelehrung veranlassen würde, welche übrigens in der Regel wegen der Schwierigkeit des Verständnisses seitens eines Laien meistens nicht begriffen wird. Um aber dem Vorwurf sich nicht auszusetzen, als trete er in die Rolle des Verteidigers über, unterlässt der Untersuchungsrichter jede Belehrung des Angeschuldigten umsomehr als das Gesetz, welches ihn zwar mit dem Rechtsschutz des Angeschuldigten, wie im englischen Prozess (*the judge is the counsel of prisoner*) wenigstens nach den Gesetzesmaterialien, betrauen wollte, ihm nicht ausdrücklich eine Pflicht zu einer derartigen Verständigung über die Einwands- und eventuellen Rechtsmittelbefugnisse auferlegt hat. Soll aber hier geholfen werden, so ist dies nur möglich durch Beistehen eines Rechtsverständigen, welcher die Schutzansprüche des Angeschuldigten richtig verstehen und geltend zu machen gelernt hat.

Damit wird aber auch der Untersuchungsrichter aus der zweifelhaften Lage befreit, in welche er durch den Mangel eines Rechtsberaters des Angeschuldigten versetzt wird, da er sich des inneren Pflichtbewusstseins, letzteren gegen die Nachteile des Nichtgebrauchs eines Schutzmittels zu schützen, kaum erwehren kann, wenn er auf dem Boden des überall herrschenden Prinzips der Rechtsherrschaft zu stehen sich gewöhnt hat. Es gilt also auch hier, das Richteramt von einer Thätigkeit zu befreien, welche in das Gebiet des Verteidigungsamtes umsomehr fällt, als es sich um die Abwehr der öffentlichen Klage a limine und der Eröffnung der Voruntersuchung wegen Unzuständigkeit des Gerichts, Unzulässigkeit der Strafverfolgung (z. B. ne bis in idem) oder der Voruntersuchung (Schöffengerichtssache) oder um den Mangel eines Strafgesetzes für die zur Verfolgung gestellte That (Faktum), oder auch um die Klagvoraussetzung in § 177 St.P.O. handelt, um Abwehr der Pflicht, sich dem mit der Eröffnung der Voruntersuchung und der Gerichtshängigkeit verbundenen prozessualischen Zwang zur Verantwortung und allen sonst damit für die Person des Beschuldigten verbundenen Nachteilen zu unterwerfen.

Indessen auch während oder vor dem Schluss der gerichtlichen Voruntersuchung sollte dem Staatsanwalt gegenüber einem Verteidiger ebenso die Befugnis der Akteneinsicht und Antragstellung zur Ergänzung der Voruntersuchung mittels aller richterlichen Untersuchungshandlungen zustehen, wenn wirklich eine paritätische Beweisvorbereitung für das zunächst befindende Gericht geschaffen werden soll, was ganz besonders auch von der in § 191 St.P.O. geordneten antizipierten Beweiserhebung als Teil der künftigen Hauptverhandlung gilt, wo es notwendig wäre, dem unberatenen Angeschuldigten in jedem Falle einen Verteidiger beizuordnen, weil sonst der Richter in die Notwendigkeit versetzt wird, ausser der ihm nach § 188 St.P.O. obliegenden Sorge für die Beweissicherung nach beiden Richtungen hin, auch die zur Vorbereitung der Verteidigung des Angeschuldigten erforderlich erscheinenden Beweise aufzunehmen, Funktionen eines Verteidigers auszuüben und hier auch formell in die Rolle des Verteidigers überzugreifen¹⁾. Hier liegt wieder ein Punkt, wo der Richter auf

1) Es wird sogar, wenn auch ein bestimmter Beschuldigter noch nicht bezeichnet werden kann, für Augenscheineinnahmen und antizipierte Beweissicherungen durch Vernehmung von Auskunftspersonen, welche voraussichtlich in der Hauptverhandlung nicht erscheinen können, die Zuziehung eines Verteidigers von Amtswegen für den künftigen Beschuldigten zu fordern sein.

der schwer einzuhaltenden Grenze zwischen Für und Wider angelangt ist und er es weder dem Staatsanwalt noch dem Angeeschuldigten »recht machen« kann. Der erstere verlangt von ihm, dass er sich dem Anklageamt dienstbar erweise, und doch davon sagt das Gesetz gar nichts, indem es nur die Entscheidung des Gerichts nach § 200 ff. St.P.O. genügend vorzubereiten, als Aufgabe der gerichtlichen Voruntersuchung in § 188 das. bezeichnet hat, so dass der Untersuchungsrichter sich insoweit in die Beurteilung des Erforderlichen seitens des Gerichts an erster Stelle zu versetzen hat, dann aber auch in die Beurteilung des Hauptverhandlungsgerichts, welche Beweise diesem etwa zu sichern seien, und endlich in die Beurteilung des Verteidigers, welche Beweise zur Vorbereitung der Verteidigung schon von dem Verfahren in § 199 St.P.O. an erforderlich erscheinen möchten. Wenn dem Staatsanwalt für die Anklage oder Beweissicherung noch Ergänzungen notwendig erscheinen, steht ihm nach § 195 St.P.O. eine Antragstellung zu, für deren Beurteilung das zur Entscheidung im Zweifelsfalle berufene Verweisungsgericht immerhin an die in §§ 188, 195, 200 ff. St.P.O. gezogenen Grenzen gebunden ist, im übrigen aber dem Staatsanwalt es überlassen muss, sich dasjenige selbst zu beschaffen, was er nach seinem Ermessen noch für die Anklageerhebung braucht oder etwa noch in dem Verfahren zur »Vorbereitung der Hauptverhandlung« (§§ 222 ff. St.P.O.) herbeizuschaffen beantragt oder auf eigene Faust beschaffen will. Vernachlässigt aber der Untersuchungsrichter die in Abs. 2 des § 188 St.P.O. a. E. ihm auferlegte Pflicht der Verteidigungsvorbereitung, welche im Grunde die der formellen Verteidigung wäre, so hat er später, falls ein Verteidiger überhaupt nicht eintritt, oder wenn dies der Fall wäre, Versäumtes nicht nach Schluss der gerichtlichen Voruntersuchung noch nachgeholt werden kann, Vorwürfe von dem urteilenden Gericht zu erwarten, welche möglicherweise auch von einem Staatsanwalt unterstützt werden, dem ja nur für die Vorbereitung der öffentlichen Klage in § 158 St.P.O. die Sorge um die materielle Verteidigung zur Pflicht gemacht ist — sonst nirgends, wenn man nicht in der Befugnis zur Rechtsmitteleinwendung zugunsten des Beschuldigten eine solche Fürsorge noch als besonders geordnet erwähnen möchte¹⁾.

1) v. Schwarze, Erörterungen praktisch wichtiger Materien, 1881, in der Abhandlung: »Die Verteidigung« dehnt die in § 158 St.P.O. der Staatsanwaltschaft für die Vorbereitung der öffentlichen Klage auferlegte Verpflichtung, auch die Entlastungs-

Kurzum es zeigt sich auch hier wieder, wie notwendig zur Reinerhaltung des Richteramtes, welches die materielle Wahrheit nach beiden Seiten hin zu ermitteln hat, jene formelle Vertretung der Rechtsschutzansprüche des Angeschuldigten abgenommen und einem besonderen Organ gegenüber dem Staatskläger, aber auch in jedem Rechtsfalle, übertragen werden muss.

Dasselbe gilt auch für alles weitere Verfahren bis zu Ende, auch für die Rechtsmittel. Die obligatorische Verteidigung hat demnach überall Platz zu greifen, wo die Staatsklägerschaft im wirklichen Prozesse thätig wird; erst dann wird es ein wirklich kontradiktorisches, wie es im Rechtsstaat zu verlangen ist.

Nur noch einige kurze Andeutungen über die durchgreifende Notwendigkeit einer amtlichen Verteidigung mögen aus der praktischen Erfahrung hier Platz finden.

Wenn in den Kommentaren der Zweck des Schlusssatzes des § 195 St.P.O. dahin angegeben wird, es solle durch die Benachrichtigung des Angeschuldigten vom Schluss der gerichtlichen Voruntersuchung Gelegenheit gegeben werden, wegen seiner Verteidigung nunmehr Schritte thun zu können, so hat diese Benachrichtigung ohne eine solche Hinweisung für die rechtsunberatenen Angeschuldigten keine Bedeutung, denn sie verstehen die einfache Benachrichtigung laut Formular, dass die gerichtliche Voruntersuchung geschlossen oder zu schliessen sei, nicht anders, als dass nunmehr nichts weiter zu erheben sei, und warten ruhig oder auch in Beunruhigung über ihr weiteres Schicksal das Weitere ab, welches sie regelmässig dem Laufe der Gerechtigkeit anvertrauen. Davon, dass nach § 147 St.P.O. von diesem Zeitpunkt an dem etwaigen Verteidiger, der ja in den meisten Fällen fehlt, die Befugnis zur Akteneinsicht, die ihm aber schon früher auf Nachsuchen vom Richter gewährt werden kann, nunmehr unbedingt zustehe,

beweise neben denjenigen, deren Verlust zu befürchten steht, mit zu ermitteln, auf das ganze Strafverfahren aus, und leitet davon die weitere Verpflichtung der Staatsanwaltschaft ab, als Organ der Strafrechtspflege in geeigneten Fällen (?) Anträge zugunsten des Angeschuldigten, wenn es die Gerechtigkeit erfordere, zu stellen und Rechtsmittel einzuwenden, insbesondere bei dem Mangel eines Verteidigers zur Ausgleichung dieses Mangels wirksam zu werden; auf Grund dieser Erwägungen habe es die St.P.O. vermieden, die Stellung der Beteiligten als Parteistellung zu bezeichnen. Das ist eben nur zur Erhaltung der Eigenschaft der Staatsanwaltschaft als ministerieller Behörde geschehen und die Bemühungen um das Wegdemonstrieren der Parteistellung von Staatskläger und Verteidiger sind ebenso Phrase, wie die Darstellung, dass ersterer auch Verteidigerfunktionen zu übernehmen habe.

hat kein Angeschuldigter eine Ahnung¹⁾. Gerade vor dem Abschluss der Voruntersuchung ist eine Aktenvorlegung an die Staatsklägerschaft wie an das Verteidigungsamt eine praktische Notwendigkeit, um dem Untersuchungsrichter die Unterstützung von beiden Teilen in ihrem Sonderinteresse, wie es die Vorbereitung des kontradiktorischen Verfahrens erfordert, zuteil werden zu lassen bei seinem pflichtmässigen Bestreben um die Erreichung materieller Wahrheit, wobei ihm das Urteil über die Erheblichkeit der Ergänzungsanträge allein und in voller Freiheit belassen werden muss, umsomehr als nach dem weiteren Verfahren aus §§ 199 ff. der Verteidigung noch die Möglichkeit offen steht, die abgelehnten Ergänzungsanträge vor dem Verweisungsgericht zu wiederholen.

Weiter aber bleibt unberatenen Angeschuldigten auch bei der Zufertigung der Anklageschrift nach § 199 St.P.O. gänzlich unbekannt, dass sie einen Verteidiger auch hier noch zuziehen dürfen, indem ihnen nur das Auftreten eines solchen in der Hauptverhandlung vorschwebt; dazu kommt, dass ihnen der Inhalt der zugleich an sie ergehenden Aufforderung, zu erklären, ob innerhalb der gesetzten Frist noch eine Voruntersuchung, wo unmittelbare Klage erhoben war, von ihnen begehrt werde, oder in jedem Falle, auch nach stattgehabter Voruntersuchung noch die Vornahme einzelner Beweiserhebungen vor der Hauptverhandlung — also auch noch nach Eröffnung des Hauptverfahrens (Buch II, Absch. 5 St.P.O.) — beantragt werde, oder Einwendungen gegen die Eröffnung des Hauptverfahrens vorgebracht werden sollen. Wenn sogar wenig geübte Verteidiger hier öfter im Unklaren sind, was zu thun sei, und nicht in ihren Anträgen erkennen lassen, ob sie zur Abwendung der Eröffnung des Hauptverfahrens oder zur Vorbereitung der Hauptverhandlung Beweiserhebungsanträge stellen wollen, oder gar von Mitgliedern des Verweisungsgerichts der

1) Sehr richtig bemerkt *Stenglein*, Komment. zu § 195, dass diese Vorschrift keine besondere Bedeutung habe; sie könne nur für einen bereits zugezogenen Verteidiger die Bedeutung haben, dass er nunmehr erfährt, er habe aus § 147 St.P.O. den unbedingten Anspruch auf Akteneinsicht, der übrigens immerhin noch zweifelhaft bleibt, wenn noch Ergänzungen der Voruntersuchung auf Antrag der Staatsanwaltschaft vorgenommen werden oder wenn der Untersuchungsrichter das Verlangen nach Aktenvorlegung an den Verteidiger an die Staatsanwaltschaft abgeben muss, weil die Akten dahin abgegeben sind und die Gerichtshängigkeit zwischen Untersuchungsrichter und Verweisungsgericht in der Schwebe steht, die Staatsanwaltschaft aber die Akteneinsicht in dieser Prozesslage nicht zu gewähren hat und auch nicht braucht.

Unterschied solcher Beweiserhebungen zur nachträglichen Ergänzung der Voruntersuchung und zur Vorbereitung eines auf Setzung des Angeschuldigten ausser Verfolgung lautenden Spruches des Verweisungsgerichts gegenüber den auf Vornahme einzelner Beweiserhebungen zum Zweck ihrer Reproduktion in der Hauptverhandlung, worüber die Entschliessung dem Vorsitzenden des Hauptverhandlungsgerichts vorzubehalten ist, verkannt oder nicht im Auge behalten werden kann, dann ist es um so begreiflicher, dass Laien sich ganz ausserstande befinden, zu begreifen, was in jener schriftlichen Aufforderung gemeint ist. Nur geübte Verteidiger, welche die oft recht schwer zu verstehenden Bestimmungen in ihrem tieferen Zusammenhang begriffen haben, vermögen die ganze Tragweite der in § 199 ff. geordneten Befugnisse des Rechtsschutzes der Angeschuldigten zu bemessen, ganz besonders soweit die Mittel zur Abwendung der Eröffnung des Hauptverfahrens im ganzen Gesetz geboten sind¹⁾, namentlich wenn Verhaftete als Angeschuldigte in Frage stehen, wo es sich um Abschwächung des »dringenden Verdachts« zu einem bloss für Eröffnung des Hauptverfahrens »hinreichenden« handelt, oder ausserdem um Herbeiführung einer Setzung ausser Verfolgung, welche bei zweifelhaften Belastungszeugen oder glaubwürdigen Entlastungszeugen durch Beidigung zur Herbeiführung einer wahrheitsgemässen Aussage nach § 65 St.P.O., ebenso wie schon im »vorbereitenden Verfahren« die Abwendung der Klageerhebung erzielt werden kann. Auch der intelligenteste Laie vermag nicht zu beurteilen, worauf es hier überall ankommt, nicht bloss rücksichtlich der Einwendungen gegen Eröffnung des Hauptverfahrens, welche ihm ohne Akteneinsicht, die ihm nicht gestattet, aber auch im Gesetz nicht ausdrücklich versagt ist, aus der kurzen Anklageschrift zu erheben gar nicht möglich sind, sondern auch rücksichtlich der Beweisvorbereitung, die im § 188 dem Untersuchungsrichter zur, oft von ihm unerfüllten, Aufgabe gemacht war, wenn nicht noch für die Beschlussfassung des Verweisungsgerichts nach §§ 200 ff., so doch wenigstens noch für die Hauptverhandlung in dem diese vorbereitenden Verfahren mit Hilfe des Vorsitzenden des Hauptverhandlungs- oder

1) Wie selten werden Einwendungen aus §§ 16 ff., 178 ff. erhoben, Anträge aus § 176 Z. 2 gestellt, solche auf Herbeiführung einer Zusammenfassung von Strafsachen nach §§ 3, 4, 13 St.P.O. oder Trennung zusammenhängender, oder solche auf Verweisung vor einen der nach §§ 7 und 8 St.P.O. elektiv konkurrierenden Gerichtsstände, auf Aufhebung von Beschlagnahmen, Haftbefehlen u. a. m.!

erkennenden Gerichts¹⁾. Was helfen aber alle solche Rechtsschutzbefugnisse einem Angeschuldigten in der gedruckten Strafprozessordnung, die er, auch mit dem Gesetz in der Hand, nicht zu begreifen vermag, die zu begreifen in ihrem vollen Umfange ein sehr tiefes Studium und eine praktische Uebung erfordert — und vollends einem so unvollkommenen Gesetze gegenüber, welches im Grunde davon ausgegangen sein mag, die Verteidigung sei die Regel, das Fehlen einer solchen die Ausnahme, welche wohl nur die Fälle der sog. notwendigen Verteidigung vorzugsweise im Auge gehabt haben mag?! Die ganze aus § 218 St.P.O. dem Angeklagten zustehende, so schwer wiegende Befugnis ist in den meisten Fällen illusorisch, weil dem Angeklagten der rechtsverständige Beistand fehlt, der allein bemessen kann, welche Thatsachen für den Verteidigungsbeweis noch erheblich und noch überhaupt beweisbar sein können und wo und wie die Beweismittel dazu zu beschaffen sind, wo und wie die Anträge auf ihre Beschaffung und Beibringung zur Hauptverhandlung zu stellen sein werden. Es sind der Fälle wahrhaftig nicht wenige, in denen Freisprechung oder Annahme mildernder Umstände zu erwarten gewesen wäre, wenn ein Verteidiger überhaupt oder zur rechten Zeit dem Beschuldigten zur Seite gestanden hätte, namentlich schon im Vorverfahren.

Aber wie fühlbar ist der Mangel eines Verteidigers vollends in der Hauptverhandlung und wie selten sind die Fälle, in denen er, wie von Staatsanwälten nach französischer Phrase: *je me rapporte a la sagesse des juges* auch in Deutschland der richterlichen Beurteilung die Schuldfrage anheimgegeben wird, zur Verteidigung kaum noch etwas zu sagen oder »auf das Wort zu verzichten« hätte! Schon dem Publikum gegenüber müsste dem Staatskläger auch ein amtlicher Verteidiger dem Angeklagten zur Seite stehen — in jedem Falle — um nur den Schein der Schutzlosigkeit gegen eine Uebermacht zu vermeiden. Aber von diesem untergeordneten Gesichtspunkt abgesehen, so fehlt auch dem Gericht die annähernde Sicherheit, dass auch alle etwa

1) Gerade nach Eröffnung des Hauptverfahrens erst — und in vielen Fällen zu spät! — wird von dem Angeklagten versucht, Entlastungsbeweise zu beschaffen und da hat er oft nicht die Mittel und die Zeit dazu, vollends wenn Missbrauch von der in § 214 enthaltenen Ausnahme getrieben wird, dass spätestens mit der Ladung zur Hauptverhandlung der Beschluss über Eröffnung des Hauptverfahrens zuzustellen sei.

vorhanden gewesen oder möglicherweise zugänglichen Entlastungen für den Angeklagten herangezogen worden seien, was doch vielleicht durch Unterstützung seitens eines Verteidigers hätte geschehen können, welchenfalls sich Vertagung der Hauptverhandlung notwendig machen würde; dass aber vom Staatsanwalt hierbei das Augenmerk besonders auf den Entlastungsbeweis gerichtet werde, widerstrebt seinem obligatorischen Standpunkt als Ankläger, daher ist es wieder das Gericht und namentlich dessen Vorsitzender, welcher aushelfen muss und die Verteidigung zu ersetzen hat, was gegenüber dem Staatsanwalt eine gewisse Selbständigkeit voraussetzt. Ja der Vorsitzende kann geradezu in einzelnen Fällen dahin gedrängt werden, dem Angeklagten den von einem Verteidiger zu leistenden Rechtsschutz zu gewähren; es sei beispielsweise an den Fall erinnert, wenn mehrere Angeklagte auf der Anklagebank als sog. Verbrechenskomplizen sitzen und nur einer davon einen Verteidiger hat und dessen Taktik dahin abzielt, von seinem Klienten die Schuld oder einen Teil derselben auf die anderen abzuwälzen, die sich aber dagegen zu wehren nicht verstehen und dann ausser dem Staatsanwalt auch noch den Verteidiger zum Prozessgegner haben.

Dass eine der fühlbarsten Lücken in der Rechtsmittelinstanz vorhanden ist, wenn dem Beschuldigten kein Verteidiger zur Seite steht, ergibt sich aus der auch in die deutsche St.P.O. aufgenommenen Aushilfebestimmung in § 338, wonach von den gegen gerichtliche Entscheidungen zulässigen Rechtsmitteln die Staatsanwaltschaft auch zugunsten des Beschuldigten Gebrauch machen kann — eine Bestimmung, welche mit Vorliebe von den Verfechtern der Gesetzeswächterschaft durch die Staatsanwaltschaft für den idealen Beruf derselben zur Abwehr der Parteistellung betont, dagegen von den Vertretern einer organisch-logischen Ordnung des kontradiktorischen Strafprozesses nach der Oficialmaxime stets mit Recht bekämpft worden ist. Durch Einrichtung eines Verteidigungsamtes von Staatswegen würde diese unorganische Belastung des Anklageamtes beseitigt und jedenfalls besser für die Legalität des Verfahrens gesorgt werden, zumal, wenn die Einwendung eines Rechtsmittels nicht von dem Willen des Beschuldigten, wie in § 339 St.P.O. geordnet ist, abhängig gemacht wird, sondern nur von der Pflichtmässigkeit des Verteidigungsamtes.

Es sind in dem Vorstehenden nur die greifbarsten Mängel

angedeutet worden, während dem Strafrechtspraktiker deren noch verschiedene fast täglich fühlbar werden. Zum Schluss ist noch der Hauptmangel zu erwähnen, der in allen Haftaufhebungsfragen hervortritt; es liesse sich darüber eine besondere Abhandlung schreiben, indessen mag es hier genügen, nur auf die gewöhnlichsten Fälle hinzuweisen. Personenschutzgesetze (Habeas-corpus-Akte) hat es in konstitutionellen Staaten gegeben, auch mit der Ausdehnung auf Unverletzlichkeit des Eigentums, des Hausfriedens u. s. w.¹⁾. Das Deutsche Reich ermangelt eines solchen, es hat vielmehr in der Strafprozessordnung Voraussetzungen der Angriffe auf die Freiheit und das Eigentum von Beschuldigten in der Begrenzung der Untersuchungshaft und der vorläufigen Festnahme, sowie der Durchsuchung und Beschlagnahme geordnet erhalten. Die Vorschriften darüber sind wegen der darin zugrunde liegenden staatsrechtlich garantierten Grundrechte der Gesellschaft keiner Erweiterung durch Auslegung, geschweige denn durch Verwaltungsrücksichten oder gar Willkür fähig, vielmehr sind sie mit äusserster Vorschrift streng oder »restringierend« auszulegen und stets in Rücksicht darauf zu handhaben, dass alle darin enthaltenen Beschränkungen der persönlichen Freiheit nur auf einem Nothrecht des Staates beruhen, welches die Gesetze formuliert haben, um die Zwecke des Strafverfahrens sichern und erreichen zu können. Es sind den Strafprozessorganen, Staatsanwaltschaft und Kriminalpolizei, sowie Einzelrichtern (Amts- und Untersuchungsrichtern, ingleichen Gerichtsvorsitzenden) Zwangsmittel als Machtbefugnisse eingeräumt, welche gar zu leicht Grenzüberschreitungen mit sich bringen. Hiergegen muss es im konstitutionellen Rechtsstaat namentlich einen genügenden Rechtsschutz geben. Gerade hier spiegelt sich ein gut Teil desselben im Strafverfahren ab und an der Erhaltung eines solchen Rechtsschutzes in thesi wie in hypothese ist die Gesellschaft am meisten beteiligt, da jedes Mitglied derselben in die auch unverdiente Lage kommen kann, jenen Rechtsschutzanspruch erheben zu müssen. Aber auch dem Staat und der Staatsgewalt liegt die Pflicht ob, Sicherungen zu treffen, dass bei der Anwendung jener Zwangsmittel in der Praxis Grenzüberschreitungen nicht vorkommen und ausser der disziplinarischen Beamtenverantwortlichkeit und dem Strafrechtsschutz bedarf es hier einer

1) *Sundelin*, Habeas-Corpus-Akte und Vorschriften zum Schutz der Person in den deutschen Strafprozessgesetzen, Berlin 1862.

staatlichen Kontrolle auch im Interesse der Beschuldigten, welche, da sie gegen etwaige Ueberschreitungen der Inhaber jener Machtbefugnisse sich richten muss, ein besonderes Organ verlangt, das unverzüglich mit seinen Schutzbefugnissen einschreitet, wo die Gelegenheit dazu sich bietet — das ist ein staatliches Verteidigungsamt, dem alle Haftfälle zur Prüfung der Legalität unterbreitet werden müssen, wenn überhaupt eine Gleichheit vor dem Gesetz statthaben soll. Das gänzlich Unzureichende der jetzigen Möglichkeit einer Wahlverteidiger-Zuziehung tritt täglich hervor und von einer obligatorischen Beiordnung eines Verteidigers ist ja bisher ganz abgesehen worden. Die meisten Verhafteten wissen gar nichts davon, dass sie im Verfahren gegen sie einen Verteidiger sich wählen oder erbitten dürfen, und wenn sie es wissen, so wissen sie auch, mit welchen meist unüberwindlichen Schwierigkeiten es verbunden ist, einen Verteidiger zu erlangen; daher ergeben sie sich in ihr Schicksal und vertrauen der Gesetzmässigkeit in der Hand der Behörden, welche den Zwang über sie verfügt haben, aber sie wissen nichts von den gesetzlichen Voraussetzungen der Zwangsmittel, von deren gesetzlicher Begrenzung, nichts von den Mitteln der Beseitigung, nichts von den Gründen notwendiger Aufhebung, welche alle einer gründlichen Nachprüfung bedürfen und zwar im Interesse des Betroffenen, mit dem das der Gesellschaft sich deckt. Wer nun anders kann nach der Funktionenverteilung im Strafprozess die Verhafteten oder von der Beschlagnahme und Durchsuchung betroffenen Beschuldigten geeigneter über ihre Rechtsschutzmittel, besonders auch das Rechtsmittel der Beschwerde belehren, verständigen und ihren Gebrauch ordnungsmässig verwirklichen als der geübte Verteidiger? Dem Richter hat es das Gesetz wohl stillschweigend überlassen, indessen das ist eben der wunde Fleck, dass es ihn nicht ausdrücklich dazu verpflichtet hat; daher die öftere Unzufriedenheit weniger einsichtsvoller Staatsanwälte, wenn der Richter ihren Anträgen auf Verhaftung oder Durchsuchungen und Beschlagnahmen nicht fügt, wenn er den Betroffenen die Rechtsgründe zu Beschwerden nicht vorenthält, wenn er im Sinne des § 130 St.P.O. die Aufhebung verhängter Untersuchungshaft für geboten erachtet und bei Vorlegung der Akten nach § 124 St.P.O. desfallsige Begründungen zu den Akten bringt, die namentlich auch auf die Hauptvoraussetzung, die Fortdauer des »dringenden Verdachts der Thäterschaft« eingehen muss, auch auf die weiteren Voraussetzungen der Fort-

dauer des Flucht- oder Kollusionsverdachts, wenn er die Entlassung gegen Sicherheitsbestellung befürwortet. Auf der anderen Seite aber verletzt es die richterliche Würde, wenn gegen Begründungen des Gebotenseins der Aufhebung der Untersuchungshaft der Staatsanwalt sein vornehmes Veto: »mit Widerspruch zurück!« ohne alle Gegenbegründung entgegensetzt, selbst bei Verhaftungen, die gar nicht auf seinen Antrag, sondern aus freier Entschliessung des Richters verfügt worden waren; hier besonders sieht sich der letztere in ein prozessualisches Abhängigkeitsverhältnis zu einer Partei versetzt, das seiner Stellung als Leiter des Verfahrens, von dem der Haftbefehl ausgegangen war, widerspricht — und dazu ist ihm nach § 124 St.P.O. die Entscheidung über jenen staatsanwaltlichen Widerspruch entzogen und dem Gericht übertragen, als stände Staatsanwalt und Richter vor diesem in einem Parteiverhältnis! ¹⁾). Alle die in das Verfahren durch die unnatürliche Stellung des Staatsanwalts zum Richter hineingetragenen Unzuträglichkeiten würden verschwinden, sobald dem Richter gegeben wird, was seine logisch unwiderleglich übergeordnete Stellung verlangt, und wenn dem Staatsanwalt seine prozessuale Parteistellung abgegrenzt wird; andererseits aber wird dadurch geholfen, dass durch notwendige Beiordnung eines Verteidigers in jeder Haftsache dem Richter die Wahrung des Rechtsschutzes des Verhafteten durch Begründungen zu den Akten abgenommen würde, an denen die Staatsanwaltschaft Anstoss nehmen kann, weil sie darin ein einseitiges Eingreifen zugunsten des Beschuldigten und mittelbar ein Begegnen mit ihren Intentionen erkennen könnte. Dass aber auf dem Gebiete der Haftfragen jemals die Staatsanwaltschaft jene Lücke in der Verteidigungsgewährung vermöge ihrer Gesetzeswächterschaft ausfüllen könnte, dürfte wohl kaum jemand behaupten wollen. Haftaufhebungsanträge seitens der Staatsanwaltschaft gehören bekanntlich zu den praktischen Seltenheiten, wo nicht die absolute Notwendigkeit sie fordert; die Neigung aber zu Widersprüchen gegen Anträge der Verhafteten

1) Wenn *Stenglein* in seinem Kommentar an verschiedenen Stellen von einer Verständigung zwischen Staatsanwalt und Richter eine Ausgleichung der organischen Lücken erwartet, so ist das eine unpraktische Auffassung, welche verkennet, dass es sich um tiefgreifende prinzipielle Fragen handelt, die Selbständigkeit des Richteramtes, welche ebenso die Staatsanwaltschaft für sich beansprucht. Die unvermeidlichen Differenzen können hier auf dem Wege des Kompromisses nie beseitigt werden; nur eine feste Begrenzung der Zuständigkeiten in der Organisation kann helfen, welche hier anzudeuten versucht werden soll.

wie auch gegen Befürwortungen der Haftaufhebung seitens des Richters ist bei vielen Staatsanwälten vorherrschend und liegt ganz in der Natur des Parteistandpunktes und in der Sorge um die Erfolge der öffentlichen Klage begründet. Nur ist dabei nicht zu übersehen, dass nach alter Auffassung sich immer noch nicht die auch vulgäre Vermutung bannen lässt, es könne die Untersuchungshaft dazu dienen, die Verhafteten »mürbe zu machen« und zu einem Geständnis veranlassen, welches zu erzielen leider noch vielfach als die Aufgabe und Kunst der Untersuchungsführung, selbst bei Richtern, betrachtet wird und welcher Hintergedanke schlecht verhehlt durchscheint, wie auch die Beruhigung, es könne ja die Untersuchungshaft später auf die Strafe aufgerechnet werden oder sei Vergeltung, wenn doch noch etwas auf dem ausser Verfolgung Gesetzten oder Freigesprochenen hängen bleibe. Derartige auch im Volke oft vorkommende Selbstentschuldigungen leiden freilich Schiffbruch, wenn sich die volle Unschuld eines Verhafteten herausstellt, und die Gleichung von Untersuchungshaft und Strafhaft oder Geldstrafe ist ebenfalls eine unberechtigte, da jene von ganz anderer psychischer Wirkung ist als die Strafhaft, die eine auf Urteil beruhende regelrechte Lebensordnung darstellt, während jene nur auf Machtspruch beruhende Personenversicherung meist ohne Arbeitsordnung ist und deshalb geistestötend und qualvoller wirkt als Strafhaft.

Bisher wurden Richter vorausgesetzt, welche ihre vom Gesetz ihnen sicher, jedenfalls aber im allgemeinen vom Richterberuf gestellte Aufgabe, alle Gesetzwidrigkeiten und nicht vom Gesetz gebotenen Belästigungen der Bezichtigten aus Pflichtbewusstsein von den letzteren abzuwehren oder abzuhalten (Legalität) und dabei das allgemeine und individuelle Menschliche im Verdächtigen noch zu achten und zu beachten, Richter, welche nur als unparteiische Dritte sich zur Wahrung der Gesetzmässigkeit und der staatsrechtlich geschützten Personenrechte berufen und verpflichtet erachten. Wären an deren Stelle aber Richter, welche sich als Diener der Strafverfolgung der Feinde der Staats- und Gesellschaftsordnung betrachteten und sich in den Dienst der Staatsanwaltschaft als der spezifischen Strafverfolgungsbehörde zu stellen hätten, zumal in Zeiten, wo der Rechtsordnung durch Verwilderung einzelner Gesellschaftsklassen oder Parteiterrorismus heftigere und häufigere Wunden geschlagen werden, oder aber charakterschwache Richter, welche nach der Justizaufsicht liebäugeln und mit der Staatsanwalt-

schaft in übertriebener Aggression harmonieren — dann bedarf es umsomehr eines Ausgleichungsfaktors im Strafprozess in dem Verteidigungsamte. Bei der Organisation der Verteidigung ist auch die deutsche Reichsgesetzgebung auf halbem Wege stehen geblieben und es lässt sich dies aus den Verhandlungen der Gesetzgebungsfaktoren herausfühlen. Einige Stimmen wurden schon laut, welche darauf hinwiesen, dass in allen Strafprozessen eine Mitwirkung eines Verteidigers unentbehrlich sei¹⁾, andere, dass wenigstens in allen Haftsachen eine notwendige Verteidigung geboten erscheine²⁾, noch andere, dass diese überhaupt auszudehnen sei. Darauf jedoch, dass ein besonderes Verteidigungsamt nur den Ansprüchen auf gleichmässigen Verteidigungsschutz genügen könne, kam man damals noch nicht. Im allgemeinen war man, auch im Entwurf der St.P.O. und den Motiven dazu einer Erweiterung der vordem beschränkten Verteidigungsbefugnisse, zumal in Landgerichts-Strafsachen wegen des Ausschlusses der Berufung, besonders in der Justizkommission zugethan, worüber der Kommissionsbericht S. 30 Aufschluss gegeben hat. Diese Erweiterung bestand namentlich in der bereits erwähnten Zulassung eines Verteidigers im Vorverfahren und in dieser Beziehung sind die Erklärungen des Referenten in den Reichstagsverhandlungen S. 473 ff. (vgl. auch *Schwarze's* Komment. zur St.P.O. S. 274) von Bedeutung. Der Kommissionsbericht hat im Anschluss an den Entwurf sich dahin ausgesprochen: »Die Verteidigung ist durch ihre Mitwirkung im Vorverfahren oft in der Lage, bereits hier für die Ermittlung der Wahrheit mit zu sorgen

1) Abgeordneter zum Reichstage *Miquel* bemerkte bei Beratung des Entwurfes der St.P.O. im Plenum (*Hahn*, Materialien I, S. 515), dass die formelle Gleichstellung des Angeklagten und Staatsanwalts in den allermeisten Fällen illusorisch sei, wenn dem ersteren nicht in jeder Sache ein Verteidiger und zwar auf Staatskosten beigeordnet werde; eine wichtigere Garantie noch als die Fürsorge für Beschaffung der Entlastungsmomente von Richteramtswegen erkenne er in der Beiordnung eines Verteidigers in der Voruntersuchung in allen Fällen, wo es sich um Gefängnis handle. Dass man aber dazu überall geeignete Anwälte finden werde, bezweifelte er.

2) Der Abgeordnete zum Reichstage Dr. *Lasker* führte gleichfalls im Plenum bei der ersten Beratung des Entwurfs der St.P.O. aus, dass rücksichtlich der Verhaftung die betreffenden Bestimmungen ein Gesetz über die Sicherung der persönlichen Freiheit enthielten und dass jede Verhaftung eo ipso ein förmliches Verfahren nach sich ziehen müsse und dass die Verhaftung (definitiv) erst eintreten dürfe, nachdem das dem Verteidiger und dem Staatsanwalt zu Gebote gestellte Material geprüft worden sei.

und die Einstellung des Verfahrens gegen unschuldig angeklagte Personen herbeizuführen¹⁾. Eine verständige Verteidigung, welche als ihre Aufgabe das Bestreben verfolgt, die dem Angeschuldigten

1) *Gneist* rügte bei der ersten Lesung des Entwurfs der St.P.O. in der Reichstagskommission, dass der Entwurf in einseitiger Weise nur das Interesse der Staatsanwaltschaft im Auge gehabt und die Interessen der Verteidigung untergeordnet habe; es sei deshalb Pflicht der Kommission, die Parteilichkeit überall herzustellen und dafür zu sorgen, dass der Angeschuldigte ebenso vorbereitet wie der Staatsanwalt in das Hauptverfahren eintrete. In der Einrichtung der modernen »gerichtlichen Polizei« sah *Gneist* in den »Vier Fragen« S. 73 gerade für das Vorverfahren die denkbar grösste Ungleichheit der Rechts- und Schutzmittel, indem der Staatsanwaltschaft alles zu Gebote stehe, die unmittelbare Verfügung über die exekutive Polizei, jede wünschenswerte Ermittlung, jede Behördenrequisition, jede gerichtliche Vernehmung, die Autorität und der öffentliche Glaube des Amtes, die Geldmittel des Staates, aber die Gegenrechte des Angeschuldigten im Staatsanwaltsprozess beständen in dem »Vertrauen«, dass der Staatsanwalt auch den ihm anvertrauten Schutz der Unschuld und den Verteidigungsbeweis vorbereiten werde — aber hier sei der entscheidende Punkt, an welchem der Gesetzgeber an eine Ausgleichung der Rechte zu denken habe, welche möglich werde durch eine sachgemässe Trennung der Funktionen. Diese Ausgleichung fand aber *Gneist* damals (1874) nicht in der Möglichkeit der Beiordnung eines Verteidigers, sondern in dem Voruntersuchungsamt, sobald es nicht wie früher allein mit der Last und Verantwortlichkeit beschwert werde; man habe von jeher ein gewisses Misstrauen gegen die Stellung des Richters gehegt, ob derselbe im geheimen Verfahren die Rechte des Angeschuldigten in unparteiischer Weise wahrnehmen werde, aber der Entwurf der St.P.O. verlange nun gar, dass man dieses Vertrauen fortan zum öffentlichen Ankläger haben solle, indem er die gerichtliche Voruntersuchung fast ganz ausschliessen wollte. Nun, bekanntlich wurde durch die Justizkommission die gerichtliche Voruntersuchung erweitert und der Untersuchungsrichter mit der gleichmässigen Erhebung der Beweise und dem besonderen Schutze des Angeschuldigten betraut (§ 188 St.P.O.), weil diesem regelmässig ein rechtserfahrener Beistand fehlt und auch die Berufung gegen die Endurteile beseitigt war. Indessen in der bei weitem grösseren Zahl der mittleren und schwereren Straffälle hat die Staatsanwaltschaft die Wahl, ob sie selbst Herrin des Vorverfahrens, mindestens 4 Wochen in Haftsachen, sonst unbestimmt, bleiben oder ob sie das Gericht bez. den Untersuchungsrichter zum Herrn des Verfahrens machen will. Die Motive dachten sich das Verhältnis so, dass da, wo das Gericht wegen der Schwierigkeit und Weitläufigkeit der Sachen doch von der Staatsanwaltschaft angegangen werden müsse, im Interesse der Einheit des Untersuchungsplanes und der Beschleunigung ein gerichtliches Verfahren geboten sei, wie ebenfalls in schweren Straffällen, wo ein sorgfältigeres Eingehen auf die Verteidigung eines vollends noch nicht mit einem Verteidiger versehenen Angeschuldigten erforderlich erscheine, »da mindestens von dem Beschuldigten nicht erwartet werden könne, dass er überall zu der Staatsanwaltschaft das Vertrauen hege, dieselbe werde seine Rechte in völlig genügender Weise wahrnehmen.« Doch offenbar meinten die Motive hier, dass die tatsächliche Prozessgegnerschaft des Staatsanwalts ein solches Vertrauen bei dem Beschuldigten nicht aufkommen lasse. *Gneist* a. a. O.

günstigen Thatsachen zu erforschen und zur Kenntniss der im Strafverfahren thätigen Behörden zu bringen, ohne hierbei den wahren Sachverhalt zu verdunkeln und auf die Ermittlung der für und wider den Angeschuldigten sprechenden Thatsachen hindernd einwirken zu wollen, wird stets als willkommener Beistand zur Feststellung der materiellen Wahrheit eine wichtige und dankbare Funktion im Strafverfahren ausüben, und die Gesetzgebung wird ihre Aufgabe sicherer erfüllen, wenn sie der Verteidigung die Mittel gewährt, um diese Funktion allseitig durchzuführen. Auf dieser Auffassung, wenn solche in der Gesetzgebung zugrunde gelegt und sodann in der Praxis von der Verteidigung als das leitende Prinzip ihrer Thätigkeit befolgt wird, beruht die Stärke der Verteidigung. Mit dieser Auffassung wird trotz der Trennung der Funktionen im Verfahren eine innere Verbindung und trotz der widerstrebenden Interessen eine wahrhafte Harmonie zwischen Anklage und Verteidigung hergestellt. Die Kommission hat von diesem, auch in dem Entwurfe zum

S. 70 hatte damals ganz recht, dass der Staatsanwaltsprozess fortan die Regel des Vorverfahrens mit einzelnen Ausnahmen — nicht zugunsten der Verteidigung, sondern zugunsten der Anklage bleiben werde. »Gewiss wird in einer Anzahl von Fällen das gerichtliche Verfahren beantragt werden, schon zur Erleichterung der Amtslast, bei weitaussehenden Verhandlungen und da, wo der Staatsanwalt über einen eigenen Inquisitionsplan nicht schlüssig geworden. Wenn man aber einer koordinierten Verwaltungsbehörde die Wahl stellt, selbst alle Untersuchungsmittel in der Hand zu behalten und sich die Gerichts- und Polizeibehörden unterzuordnen, — oder einer anderen Behörde die Leitung zu überlassen und sich als blosser Antragsteller unterzuordnen: so fällt die Wahl immer auf die erste Alternative als Regel. Und in den Fällen, in denen die Defension den Inquisitionsplan ernstlich zu durchkreuzen beabsichtigt, wird eine Ausnahme von jener Regel am wenigsten eintreten. Wo die Defension überhaupt ein Interesse zur Mitwirkung im Vorverfahren hat oder zu haben glaubt, hat sie die geringste Aussicht, dass ihr durch freundliche Rücksicht des Anklägers eine Mitwirkung zuteil werden sollte.« Den Fall, dass der Untersuchungsrichter pflichtgemäss nach Vorschrift des § 188 St.P.O. auch dem Verteidigungsbeweis seine Thätigkeit aus Ueberzeugung und Pflichtbewusstsein auf Grund seines Studiums der Gesetzesmaterialien zuzuwenden sich gewöhnt hat und deshalb einem Staatsanwalt als ein Hindernis der Anklagedurchsetzung erscheint und von ihm möglichst mit Anträgen auf Eröffnung gerichtlicher Voruntersuchungen verschont bleibt, hat *Gneist* sich gar nicht vorgestellt — und der Fall wird in der Praxis hoffentlich nur eine Seltenheit sein, wiewohl er bei allen Menschlichkeiten nicht ausgeschlossen ist, sowenig wie der, dass nach geschlossener Voruntersuchung ein Staatsanwalt selbständig eine Nachuntersuchung veranstaltet, welche von den Ergebnissen jener abweichende Resultate erzielte, wodurch das Verweisungsgericht in die üble Lage versetzt wird, nicht zu wissen, welchen Ergebnissen es den Vorzug geben soll?!

Ausdruck gebrachten Grundsätze aus die Bestimmung über die Verteidigung geprüft und beziehentlich ergänzt. Die Kommission erwog hierbei noch zwei, auch in den Motiven des Entwurfs erwähnte Momente. Zunächst ist zu gedenken, dass in dem Vorverfahren mehrfach Beweisaufnahmen stattfinden, die in dem Hauptverfahren nicht wiederholt werden können und bei denen daher eine rechtzeitige Wahrnehmung der Interessen der Verteidigung geboten erscheint. Sodann ist in Betracht zu ziehen, dass durch den Ausschluss der Berufung in landgerichtlichen Strafsachen eine erhöhte Berücksichtigung der Verteidigung in den ersten Stadien des Verfahrens erforderlich wird.« Den besten Schutz fand die Justizkommission darin, dass die Gesetzgebung der Verteidigung die ihr gebührende Stellung im Verfahren einräume und ihr mit demjenigen Vertrauen entgegenkomme, welches am meisten geeignet sei, die Neigung zu Missbräuchen zu verhindern und den Widerwillen gegen sie zu verstärken; das Misstrauen reize zu Missbräuchen an, das Vertrauen sichere einen würdigen Gebrauch. Dass das *odium defensorum* auch im neueren Strafprozess bei dem Publikum, wie *v. Schwarze* in den Erörterungen a. a. O. S. 131 meint, noch bestehe, muss stark in Zweifel gezogen werden, denn die Erfahrung aus den Schwurgerichtsverhandlungen ergibt wenigstens aufseiten der Geschworenen als Vertreter der Gesellschaft das Gegenteil und auch die übrigen öffentlichen Gerichtsverhandlungen ergeben für den aufmerksamen Beobachter, dass das Publikum mehr auf der Seite der Verteidigung als der Staatsanwaltschaft stehen dürfte, weil es in ihr das Organ des Rechtsschutzes der Individuen und in thesi der Gesellschaftsrechte erkennt, während es in der Staatsanwaltschaft das gefürchtete Organ der Staatsgewalt über den einzelnen sieht. Eine Abneigung gegen die Verteidigung findet man eher in anderen Kreisen, aber auch nur und mit Recht gegen Verteidiger, welche ihr Amt verkennen und in ungeschickter, gewissenloser, rabulistischer Weise die Grenzen ihres obligatorischen Standpunktes überschreiten. Aber zutreffend führte *v. Schwarze* a. a. O. folgendes aus: »Solange nicht die volle Berechtigung der Verteidigung als eines notwendigen Organs in einer gerechten Rechtspflege anerkannt wird, solange werden auch Misshelligkeiten der erwähnten Art mit allen unangenehmen, die Würde der Funktionen wie die Wahrheitsermittlung selbst schädigenden Kollisionen und Kompetenzirrungeu nicht ausbleiben. Noch immer wird dem

Streben nach Einfachheit und Schnelligkeit des Verfahrens manches Opfer in der Konsequenz der grundlegenden Bestimmungen gebracht und namentlich in der Verteidigung ein Hindernis der Einfachheit und Schnelligkeit gefunden, welches daher notwendig beschränkt werden müsse. Es gibt Richter und Staatsanwälte, welche im Anschlusse an das Misstrauen der Gesetzgebung die Mitwirkung der Verteidiger argwöhnisch betrachten, in den Anträgen und Einwendungen der Verteidiger einen ungerechten Vorwurf gegen die Vollständigkeit und Richtigkeit der eigenen Thätigkeit erblicken und nicht dazu beitragen, dass die Kooperation des Verteidigers als eine willkommene Ergänzung der richterlichen Fürsorge für ein gerechtes Urteil behandelt wird.« In Uebereinstimmung mit des Oesterreichers Dr. *Vargha* trefflichem Werk: »Die Verteidigung in Strafsachen«, 1879, S. 293 ff. kam auch *v. Schwarze* zu der Forderung, dass prinzipiell die Verteidigung in jeder Untersuchung geboten sei, namentlich da, wo die Staatsanwaltschaft mit der Vertretung und Durchführung der Anklage beauftragt sei. »Sie würde dem Angeschuldigten die volle Möglichkeit rechtlichen Gehörs vor dem Gerichte gewährt und gegen Nachteile, die aus der Unbekanntschaft des Angeklagten mit dem Gange des Verfahrens und der Bedeutung der einzelnen Prozessformen für ihn leicht entstehen können, gesichert haben; sie würde ihm, gegenüber dem Staatsanwalte die Gleichberechtigung eines juristisch gebildeten Vertreters eingeräumt und dadurch die sog. Waffengleichheit auch in dieser Richtung anerkannt haben.« So äusserte sich einer der tiefsten Kenner des Strafverfahrens in der Praxis, der vormalige Referent der Justizkommission, der Generalstaatsanwalt des Königreichs Sachsen, eines Bundesstaates, in welchem der konstitutionelle Rechtsstaat zu einer höheren Ausbildung gelangt war, — im Jahre 1881. Indessen zeigt *v. Schwarze* sogleich wieder, wie die Reichsgesetzgebung vor jener Konsequenz zurückgetreten sei; es waren freilich im wesentlichen finanzielle Rücksichten, welche der Ausdehnung der notwendigen Verteidigung entgegenstanden, auch teils eine Selbstberuhigung, dass bei den schwersten Fällen neben der Fürsorge durch die Staatsanwaltschaft noch eine besondere Vertretung geschaffen, im übrigen aber die Fürsorge der Staatsanwaltschaft für den Rechtsschutz der Beschuldigten und die

Kontrolle des Gerichts ausreichen würden. »Eine Vertretung des Gesetzes kann aber niemals dergestalt ausgeführt werden, dass durch sie berechnete Interessen der Verteidigung gefährdet würden; die juristische Ueberlegenheit des Staatsanwalts darf nicht gegen den rechtsunkundigen Angeschuldigten gemissbraucht werden; es muss in der Mitwirkung des Staatsanwalts insoweit für den Angeklagten eine Beruhigung gegeben sein, als er überzeugt ist, dass der Staatsanwalt auch die zur Entlastung des Angeklagten dienlichen Thatsachen und Beweismittel erörtert und zur Kognition des Gerichts bringt. Hier soll nun das richterliche Amt ausgleichend eintreten und in gleichzeitiger Berücksichtigung der für und wider den Angeklagten vorgebrachten Beweise und behufs Beschaffung der Grundlagen für ein g e r e c h t e s Urteil dem Angeklagten und dessen Beweisen die nötige Fürsorge zuwenden.« Immer und immer wieder, wo eine Lücke in der Organisation des Strafverfahrens bei der Rechtsschutzverteilung unausfüllbar erschien, sollte die allmächtige Staatsbehörde sie ausfüllen helfen; in dieser Richtung schob auch *v. Schwarze* mit gewohnter Vorliebe die Staatsanwaltschaft vor, der das unbedingte Vertrauen nicht fehlen könne und dürfe, und doch musste er in der Reichstagskommission von der Unmöglichkeit der Erfüllung des idealen, allseitigen Rechtsschutzberufs der Staatsanwaltschaft viel zu hören bekommen, so dass er sich immer mehr dahin gedrängt sah, der Verteidigung grössere Zugeständnisse zu machen, ja fast die notwendige Verteidigung in allen Strafrechtsfällen anzuerkennen — freilich aber war die Annahme einer gleichmässigen Vertretung des Angriffs und der Abwehr unter der Rubrik der Gesetzesvertretung ein Trugbild, das so unendlich folgeschwer für die Organisierung des Strafverfahrens gewesen ist; dass die juristische Ueberlegenheit des Staatsanwalts über den rechtsunkundigen Beschuldigten nicht missbraucht werden dürfe, ist ein frommer Wunsch für die Praxis, dem aber die Natur des Machtverhältnisses und das menschliche Denken und Thun in der Erfüllung vorzugsweiser Aufgaben entgegensteht und dessen Erfüllung die Erfahrung widerspricht, denn der Staatsanwalt müsste sich den Juristen sozusagen aus dem Leibe reissen, wenn er seine Ueberlegenheit unterdrücken sollte; was weiter jenes beruhigende Vertrauen in die Rechtsvertretung des Beschuldigten durch den Staatsanwalt anlangt, so ist das wieder ein Phantom, inbezug auf welches der Anspruch in den Gesetzesmotiven nicht unberücksichtigt bleiben darf betreffs

der Zulassung eines Verteidigers schon in der Voruntersuchung: »da mindestens von dem Beschuldigten nicht erwartet werden könne, dass er überall zu der Staatsanwaltschaft das Vertrauen hege, dieselbe werde seine Rechte in völlig genügender Weise wahrnehmen«. Aber auch über den Beschuldigten hinaus, der doch den Staatsanwalt, trotz aller Vertrauen erweckenden Form, z. B. bei der sogen. informatorischen Vernehmung, welche ein Staatsanwalt als Schriftsteller »Rücksprache mit dem Beschuldigten« sehr gemässigt nannte¹⁾, während derartige Vernehmungen gar nicht selten ihrer Form nach völlig sog. verantwortliche oder »Verhöre« sind, immer nur als seinen (im Vorermittlungsverfahren künftigen) Prozessgegner zu erkennen vermag, in dessen Hand er eventuell in der Strafvollstreckungsinstanz übergehen muss, in den Gesellschaftskreisen und selbst bei Gerichten kann jenes Vertrauen nicht Platz greifen, dass auch die Verteidigung voll und ganz von der Staatsanwaltschaft und aushilfsweise von dem Richter gewahrt werden könne und in jedem Falle auch gewahrt werde.

Weiter vermochte *v. Schwarze* a. a. O. S. 134 ff. nicht zu verhehlen, dass der Widerspruch, welcher in der Beschränkung der notwendigen Verteidigung auf die schwersten Delikte liege, nicht völlig auszugleichen sei, indem die Strafe nicht als unbedingt massgebender Faktor anzuerkennen wäre, mit weit grösserem Rechte vielmehr die Schwierigkeit und Umfänglichkeit des Beweises und die Zweifelhaftigkeit der Sache überhaupt, worüber jedoch das Ermessen sich gesetzlich nicht begränzen lasse; in Schwurgerichtssachen wurde eine besondere Rechtsvertretung wegen der Kontrollierung der mannigfachen Prozessformen für notwendig erachtet. Das sind aber alles nur mehr äussere Gesichtspunkte für die Beschränkung der Verteidigung auf das Notwendigste, der immer eine gewisse Befürchtung zugrunde lag, es könne der »Untersuchungszweck« gefährdet werden dadurch, dass der Strafverfolgung Hindernisse durch den Verteidiger in den Weg gelegt würden. Daher bemerkt auch der Kommissionsbericht a. a. O. S. 31, es habe neben den oben hervorgehobenen Erwägungen die Justizkommission des Reichstags in Uebereinstimmung mit dem Entwurf darauf Bedacht genommen, Vorsorge zu treffen, dass die Verteidigungsbefugnisse nicht zu unwürdigen Manipulationen und zu Gefährdungen des Untersuchungszweckes

1) Dr. *Damme* a. a. O. S. 199.

gemissbraucht würden. Diese Vorsorge war freilich soweit gegangen, dass die Zuziehung eines Verteidigers im Vorverfahren bis zu § 199 St.P.O. zu den grösseren Seltenheiten gehört, da dem Beschuldigten ein Anspruch auf Beiordnung eines Verteidigers nicht verliehen ist ausserhalb der Fälle des § 140, selbst nicht, wenn er aus Armut sich einen Wahlverteidiger nicht verschaffen kann. Es bleibt somit in dem wichtigsten Teil des Verfahrens dem Beschuldigten nur überlassen, ob er sich einen Verteidiger wählen will und kann, und an der Unkenntnis der vermögenden Beschuldigten oder an der Vermögenslosigkeit oder Sparsamkeit, Scheu vor Unkosten, scheitert meistens die Zuziehung eines Wahlverteidigers, auch zuweilen am Mangel einer Verpflichtung zur Annahme der Wahlverteidigung; vollends für Gefangene ist ein Verkehr nach aussen so erschwert, dass sie schon deshalb es vermeiden, nur den Versuch zu machen, einen Verteidiger zu erhalten, der ihnen meistens erst, wenn es zu spät ist, unter Umständen bestellt wird. Ausserdem hängt es dann im Vorermittelungsverfahren von der Liberalität des dieses beherrschenden Staatsanwalts, in der Voruntersuchung von der des Untersuchungsrichters ab, ob der etwa in das Verfahren eingetretene Verteidiger Akteneinsicht gestattet erhält, sofern »dies ohne Gefährdung des Untersuchungszweckes geschehen kann«, hinter welche Beschränkung sich eine ziemlich unbegrenzte, weil nicht zu motivierende, Willkür verschanzen kann. Wenn aber einmal der Beschuldigte als Prozesssubjekt anerkennt und ihm hiermit eine Stellung eingeräumt war, die ihm einen wesentlichen Einfluss auf den Gang des Verfahrens und die Beweisaufnahme verschafft, und weiter anerkannt war, dass die Wahrung und Vertretung der aus dieser Stellung fliessenden Befugnisse Aufgabe der Verteidigung sei, insonderheit die rechtliche Abwehr gegen den Angriff in der Anklage behufs der Abwendung rechtlich nicht begründeter Verfügungen und Urteile (*H. A. Zachariä, Mittermaier, Frydemann, Vargha, Ullmann, Schwarze* a. a. O. S. 136) und die Mitwirkung in Aufsuchung und Vorführung der Beweise und bei Einhaltung der zu beobachtenden Prozessformen und bei der Findung eines gerechten Urteils, dann durfte es keine Beschränkungen von Anfang des Verfahrens geben, dann war die Fürsorge für den Rechtsschutz eines Bezichtigten vom Strafmandat bis zur letzten Urteilsvollstreckung eine Forderung der Gerechtigkeit ohne alle Unterschiede, in jedem Strafverfahren, sogut wie die Fürsorge für

die Strafverfolgung¹⁾. Diese Fürsorge aber vom Staate zu fordern, wird Aufgabe der Gesellschaft sein, welche daraus ein Gesellschaftsrecht zu machen haben wird, dem die künftige Staatspflicht

1) *v. Schwarze*, Erörterungen a. a. O. S. 166 bekannte selbst, dass die notwendige Verteidigung nicht nur für den Beschuldigten eine Notwendigkeit, sondern weit mehr noch für die Rechtspflege selbst und die dieser gestellten Aufgabe sei, die sich ebenso für den Gang des Verfahrens wie für das Ergebnis und die Beurteilung des Beweises ergebe; der Staat habe ein hohes Interesse an einer gerechten Rechtspflege, welche von dem Vertrauen der Bürger getragen werde, und somit an der Verurteilung der Schuldigen, nicht aber an der des Angeklagten. Wer dies aussprechen konnte, musste auch zugeben, dass dieselben Grundsätze für jeden Strafrechtsfall gelten müssen und die Beschränkung der notwendigen Verteidigung auf die Fälle des § 140 eine ganz unzureichende Verteidigungspflicht enthielt; die Erweiterungen aber der fakultativen Verteidigerbestellung durch das Gericht in §§ 141 und 142 wurden von *v. Schwarze* a. a. O. S. 169 zwar als »höchst dankenswerte Ergänzung der vorausgegangenen Bestimmungen, die jedes Bedürfnis eventuell befriedige«, bezeichnet und als materiell der notwendigen Verteidigung gleichstehend; allein das war der praktischen Anwendung gegenüber eine Täuschung, denn die Befugnis zur Beantragung einer Verteidigerbestellung ist und bleibt den meisten Beschuldigten, namentlich im Vorverfahren, unbekannt und die Scheu vor den Kosten hält sie davon ab, wenn sie Kenntnis von der Befugnis erhalten; ohne Antrag aber erfolgt fast nie im Vorverfahren eine Verteidigerbeordnung seitens des Gerichts, da es nur im Fall einer vom Verhafteten erhobenen Beschwerde die Akten zu sehen bekommt, wenn nicht etwa der Untersuchungsrichter von Amtswegen sie zum Zwecke der Verteidigerbestellung dem Gerichte vorlegt, das aber in der Regel wenig Neigung dazu zu zeigen pflegt, da die Bestellung in sein Ermessen gelegt ist. Was die Gesetzesmotive S. 162 dazu bemerkten, bleibt meist unbeachtet: »Es darf erwartet werden, dass auch ohne eine dazu verpflichtende Vorschrift einem etwaigen Antrage des Beschuldigten auf Zuordnung eines Verteidigers überall da entsprochen wird, wo eine solche mit Rücksicht auf die Persönlichkeit des Beschuldigten oder auf die Schwierigkeit der Sache angemessen erscheint.« Dies erstreckt sich, ohne Rücksicht auf die Zuständigkeit, auf alle Strafsachen, aber es gibt für das Gerichtsermessen zur Ausserachtlassung jener Möglichkeit allerhand Vorwände, z. B. wenn der Beschuldigte den Antrag überhaupt gestellt hat, der Einwand, jener müsse erst einen Wahlverteidiger benennen, und wenn er dies nicht vermag, weil er keinen Namen kennt, so bewendet es dabei, ohne dass weiter von Amtswegen nachgeholfen wird, oder aber das Gericht beruhigt sich dabei, dass die Verteidigerbestellung erst mit Behändigung der Anklage (§ 199 St.P.O.) noch zeitig genug im »Vorverfahren« geschehe, während doch inzwischen Beweismittel verloren gegangen sein können und Verhaftete wochenlang vergeblich auf einen Verteidiger gehofft haben, der Haftentlassungsanträge einbringen oder Beschwerde gegen den Haftbefehl erheben sollte, oder ferner es lägen keine besonderen Schwierigkeiten vor oder kein besonderer Grund in der Persönlichkeit, während bei Verhafteten dies fast stets der Fall ist, weil wegen der Schwierigkeit des Verkehrs nach aussen und der Mittelbeschaffung für die Kosten fast stets jeder Versuch, einen Verteidiger auf schriftlichem Wege zu erhalten den Unbeholfenen und Unbemittelten fehl schlägt und darüber

entspricht, die Pflicht der staatlichen Fürsorge für die Verteidigung in allen Fällen — die Kehrseite des Legalitätsprinzips. *v. Schwarze* sprach sich im Reichstag für die möglichst weite Thätigkeit der Verteidigung aus, welche er für ein notwendiges Glied des ganzen Prozesses erklärte, woraus folge, dass die Kosten der sog. notwendigen Verteidigung, möge der Verteidiger vom Gericht oder vom Angeklagten gewählt werden, aus der Staatskasse zu zahlen seien. Erweitert man jedoch aus dem Prinzip der gleichen Berechtigung auf einen allgemeinen Rechtsschutz die Verteidigung auf alle Strafsachen ohne Wertunterscheidung, so kommt man zu der Folge, dass überall der Staat die Verteidigungskosten wie die Kosten für die Staatsklägerschaft zu tragen habe, und dass folgeweise ihm die ganze Fürsorge für die Verteidigung zur Pflicht werde, mithin alle Verteidigung eine offizielle oder amtliche zur besonderen Berufspflicht eines neben der Staatsanwaltschaft parallel laufenden staatlichen Organs werde, eines öffentlichen Verteidigungsamtes, welches die Rechtsinteressen der Gesellschaft gegenüber dem durch das Anklageamt vertretenen Staat zu vertreten berufen ist, und insofern wäre der öffentliche Verteidiger ein Gesellschafts- oder Volksanwalt, welcher von Amtswegen im ganzen Strafverfahren der Berater und Rechtsschutzvertreter der Beschuldigten neben dem Staatsanwalt vor Gericht sein soll.

Eine solche Fürsorge ist nicht ganz neu in der Geschichte des Strafverfahrens. Die Strafprozessordnung für den Kanton Luzern in § 174 hat für einen vom Staat besoldeten (Dekret vom 3./24. Juni 1863) öffentlichen Verteidiger zur Uebernahme

Wochen vergehen, bis der Verhaftete den Mut verliert und sich in sein Schicksal ergibt, ohne weitere Anträge bei dem Gericht zu stellen. Wenn hier nicht im Ermittlungsverfahren innerhalb der Vierwochenfrist der Amtsrichter und in der Voruntersuchung der Untersuchungsrichter sich des ratlosen Gefangenen annimmt, bleibt er eben wo er ist, wenn ihm auch Entlassungsgründe, aus denen nach § 130 St.P.O. die Untersuchungshaft aufzuheben ist, zur Seite stehen, etwa zur Ausschliessung der in § 112 aufgestellten gesetzlichen Vermutung des Fluchtverdachts in der Untersuchung wegen eines Verbrechens ein Gegenbeweis oder Sicherheitsleistung, oder etwa der Mangel einer den Kollusionsverdacht wirklich begründenden Thatsache, oder die Abschwächung des »dringenden Verdachts« einer Verbrechensverübung zu einer Vergehensthäterschaft (Meineid zur fahrlässigen Eidesleistung) oder überhaupt zu einem geringeren Verdachte. Hier müsste stets in der Lage des Verhafteten eine Schwierigkeit gefunden werden, wenn nicht schon in der Persönlichkeit des Verhafteten im einzelnen Falle, indem die Mehrzahl der »ungebildeten« Verhafteten sich ruhig in ihr Schicksal zu fügen pflegt.

der Verteidigung am Schlusse der Voruntersuchung in solchen Fällen, wo der Angeschuldigte einen Verteidiger nicht gewählt hat oder der von ihm gewählte sich daran versäumt oder die Verteidigung abgelehnt hat, also ein subsidiär eintretendes Verteidigungsamt. Auch im norwegischen Gesetz über das gerichtliche Strafverfahren vom 1. Juli 1887 (Jurygesetz) ist die Beiziehung eines Verteidigers in jedem Stadium des Verfahrens gestattet; für bestimmte Fälle (§ 100) ist die Bestellung »öffentlicher Verteidiger« geordnet, sofern der Beschuldigte nicht selbst gültiger Weise einen Verteidiger gewählt hat oder sofern zugunsten des Beschuldigten eine Verteidigung noch neben dem gewählten Verteidiger für nötig erachtet wird; ausserdem soll einem vermögenslosen Beschuldigten auf seinen Antrag, wenn es auf Grund der besonderen Beschaffenheit eines Falles für nötig erachtet wird, ein »öffentlicher Verteidiger« bestellt werden. Nach § 104 das. wird vom König am Höchstgericht und an den anderen Gerichten eine hinreichende Zahl von Anwälten oder anderen zu diesem Behufe geeigneten Männern zu »öffentlichen Verteidigern« bestellt. Aus dieser Zahl bestellt der Gerichtsvorsitzende für die einzelne Sache oder für einzelne Termine den Verteidiger, womöglich in einer Reihenfolge; aber der vom Beschuldigten gewählte Verteidiger ist, wenn nicht Umstände es unrätlich machen, als »öffentlicher Verteidiger« zu bestellen, und falls nicht der Gerichtsvorsitzende anders bestimmt, tritt der von ihm bestellte Verteidiger gegen den vom Beschuldigten gültiger Weise gewählten zurück. Wird es im Interesse des letzteren für nötig erachtet, so kann der Gerichtsvorsitzende anstatt des ursprünglich bestellten einen anderen Verteidiger ernennen. Die Fälle der notwendigen Verteidigung sind in § 100 aufgezählt und weit mannigfaltiger als in anderen Strafprozessordnungen; für nicht notwendig erachtet ist die Verteidigung in Polizei- und Strafbefehlsachen (§ 377), ebenso wenn der Angeklagte vor Gericht ein unverhohlenes Geständnis abgelegt hat, da auch hier die Staatsanwaltschaft in der Hauptverhandlung nicht zu erscheinen braucht, weil der Geständige als Selbstankläger und Selbstverteidiger anzusehen ist. Die öffentlichen Verteidiger versehen ein Ehrenamt, was ja ganz dem konstitutionellen System entspricht, aber sie erhalten nach § 81 des Gesetzes für jede einzelne Sache wie da, wo für die Vertretung öffentlicher Sachen keine feste Besoldung vorgesehen ist, in den Fällen einer notwendigen Verteidigung (§ 100) und in solchen,

wo nach § 102 ihre Bestellung für nötig erachtet worden und der Beschuldigte zur Bestellung eines Verteidigers auf eigene Kosten unvernünftig ist, eine Entschädigung aus der Staatskasse. Interessant ist es, gerade in Norwegen den Versuch mit der repräsentativen Organisation der Verteidigung zu verfolgen, weil dort das Verfahren von germanischen Auffassungen getragen war; dort war schon durch eine Verordnung von 1751 eine »öffentliche Verteidigung« eingesetzt gewesen, weil der Staat an dem Schutze der Unschuldigen ein noch grösseres, mindestens ein gleiches Interesse habe wie an der Verfolgung der Schuldigen bei Anwendung der Strafgesetze. Im Jahr 1837 wurde der Versuch gemacht, dem »Referenten« des Gerichts ebenso die Verteidigung wie die Anklage zu übertragen, ähnlich dem Untersuchungsrichter im letzten gemeinrechtlichen Untersuchungsprozess; indessen dieser Versuch dauerte nur bis 1866, wo der besondere Verteidiger mit dem schriftlichen Untersuchungsprozess und der darauf folgenden öffentlich-mündlichen Hauptverhandlung wieder eingeführt wurde. Die Reformbewegung in Norwegen drehte sich, obschon gegen die Strafrichter keine Beschwerden wegen Parteilichkeit oder Abhängigkeit vom Staatsoberhaupte, wie anderwärts, geführt wurden, doch um die Einführung der Laienrichter mit dem Siege der parlamentarischen Mehrheit über das bureaukratische, durch Königswahl geschaffene Ministerium, welche dem Beamtentum vermöge des Selfgovernments eines frei entwickelten Gemeinde- und Staatslebens wenig zugethan ist¹⁾. Dass unter solchen Verhältnissen auch eine Ausgleichung der Parteifunktionen, besonders durch eine staatliche Fürsorge für die Verteidigung, mehr erzielt und erreicht wurde, ist aus der Fortentwicklung des konstitutionellen Gedankens zu erklären.

Seit der deutschen Reichs-Strafprozessordnung hat in Deutschland²⁾ zuerst *A. Geyer* (Anhänger der Herbart'schen Philosophie,

1) *Hagerup* in der Zeitschr. f. d. gesamte St.R.W. IX, S. 166 ff.: »Geschichtliche Entwicklung des norwegischen Strafprozesses.« In der Beilage zu Bd. IX s. das norwegische Jurygesetz.

2) Vorausgegangen war in Italien Professor *Carrara*, J. Discorsi di apertura, 1873, welcher lange Verteidiger in italienischen Prozessen gewesen war; er sah eine Gefährdung der Strafrechtspflege nicht bloss in einem Missbrauch der Verteidigerfreiheit einzelner Advokaten, sondern auch seitens einzelner Staatsanwälte und schlug vor, eine eigene Verteidigungsbehörde, *Tribunato ufficiale della difesa*, zu schaffen, deren Mitglieder von den Volksvertretern auf Lebenszeit gewählt und von den Gemeinden besoldet werden sollten; in einem solchen Magistrat erkannte er

weiland Professor der Strafrechtswissenschaft in München) in seinem Lehrbuch des deutschen Strafverfahrens, 1880, S. 423 ff. die Erstreckung der notwendigen Verteidigung auf alle Strafrechtsfälle als eine staatsrechtliche wie prozessuale Notwendigkeit verfochten. Er ging davon aus, dass der Angeschuldigte in der Regel des Rechts nicht kundig und in der Einwirkung auf den Gang des Verfahrens mehr oder weniger gehemmt dem Angriff gegenüber stehe, der von Rechtskundigen und mit amtlicher Gewalt Bekleideten geführt werde, und selbst wenn er des Rechts kundig wäre, so fehle ihm die Waffengleichheit und überall komme der psychische Druck in Betracht, unter welchem er in dem Strafprozess als Beschuldigter stehe, ferner dass es der Aufgabe des Richters und noch mehr des Anklägers widerspreche, die Thätigkeit des Verteidigers zu übernehmen, und diese, wenn es geschehe, zur oberflächlich durchgeführten Nebenrolle werden müsse. Gleich vom Beginn des Verfahrens sei dem Beschuldigten der Beistand eines Rechtskundigen zu gestatten und die Forderung einer formellen Verteidigung sei eine solche nicht nur im Interesse des Beschuldigten als Prozesssubjekts und der Humanität, sondern auch im höchsten Interesse des Staates selbst und der Gerechtigkeit, welche das Gebot: *audiatur et altera pars* in vollem Sinne des Wortes zu verwirklichen habe; wenn nun die volle Ausnutzung des entlastenden Beweismaterials nur von einem rechtskundigen Beistand des Beschuldigten zu erwarten stehe, so folge daraus, dass der Staat in gleicher Weise, wie ein öffentliches Anklageamt, auch ein öffentliches Verteidigungsamt einsetzen und organisieren müsse, und es sei nicht zu leugnen, dass durch eine solche Einrichtung grössere Klärung in die prozessualische Stellung der Anklagebehörde käme und die Waffengleichheit für beide Parteien erst herstellbar würde, und dieser Idee nach wäre dann die formelle Verteidigung stets eine notwendige, d. h. unabhängig von dem Beschuldigten, dessen Privatinteressen ja nicht allein in Frage ständen. Diese Idee gewinnt zunächst in der Theorie mehr Leben und die Praxis darf sich darüber nur freuen; auch *H. Meyer* a. a. O. S. 13 hält die Vertretung der Verteidigung gegenüber einem Ankläger als grundsätzlich offizielle auch schon im Vorverfahren, sobald es sich gegen eine bestimmte Person richte, für geboten, aber er fordert, eine dem Ankläger gegenüberstehende gleichberechtigte Macht, welcher der Richter Gehör zu schenken habe.

dass der amtliche Verteidiger wie der öffentliche Ankläger ein Mitglied des Gerichts sein müsse, indem doch beide Funktionen der Gerichtsbarkeit in der Strafrechtspflege in untrennbarer Weise ausübten. *Geyer* fürchtete, der Ausführbarkeit seiner Idee würden praktische und finanzielle Bedenken entgegenstehen, selbst dann, wenn einmal das Residuum inquisitorischer Anschauung geschwunden wäre, welches die materielle Verteidigung im Notfall als genügend zum Schutz der Unschuld betrachte. Indessen dürfte mit der Fortentwicklung der konstitutionellen Idee im Rechtsstaate sich auch jene Idee, welche der unerbittlichen Logik der notwendigen Folgen aus dem Prinzip der Gleichheit vor Gericht und dem Recht angehört, der Durchführbarkeit nähern. Jedes Ideal bedarf der Formulierung, um realistische Wirkung zu erhalten; der Konstitutionalismus bleibt »der historisch entwickelte Träger einer Idee, welche das Gesamtleben unserer Kulturvölker durchdringt, also die Grundlage des gesamten modernen Staatslebens bildet und zu ihrer thunlichsten Verwirklichung der unseren Zuständen entsprechenden, natürlich auch fortbildungsfähigen Formen bedarf« (*v. Held*), und die aus ihm hervorgehenden Folgerungen werden auch ihre Formulierungen im Strafverfahren finden. Aus der Vereinigung von Staat und Gesellschaft in dem konstitutionellen Rechtsstaat ergibt sich auch die repräsentative Organisation von Anklage- und Verteidigungsamt, von Staats- und Gesellschaftsanwalt in der »öffentlichen Anwaltschaft«, in welcher sich jene Harmonie, die der oben erwähnte Kommissionsbericht als das Ideal des Zusammenwirkens der scheinbar sich begegnenden und widerstrebenden Prozessthätigkeiten bezeichnete, einstellen wird, sobald beide Organe als Sonderinteressenträger mit gleichen Befugnissen und unabhängig von einander sich frei nach dem von der Gesetzgebung geordneten Funktionenbetrieb dem gemeinsamen Ziele, einem gerechten Richterspruch, bewegen können. Der Idee des konstitutionellen Rechtsstaates entspringt sonach die Forderung einer gleichmässig organisierten Vertretung des Angriffs und der Abwehr zum Zweck einer unparteiischen und unabhängigen Strafrechtspflege. Wie der Staat seinen Rechtsvertreter hat, so soll auch die Gesellschaft den ihrigen haben in dem Rechtsverfahren, welches, wie oben ausgeführt wurde, ein gesetzlich geordneter Streit zwischen Staat und Gesellschaft um die richtige Anwendung der Strafgesetze ist, über deren Richtigkeit das über den Vertretern der Streittheile stehende Gericht zu

entscheiden hat durch Urteil, welches kraft gesetzlicher Autorität aus der von der Staatsgewalt delegierten Befugnis an ihrer Statt (»im Namen des Deutschen Reiches, des Königs« u. s. w.) konkrete Thatbestände rechtlich normiert (Individualrechtsnorm) und kraft staatlicher Autorität auch die Befolgung des Urteilsinhalts befiehlt (Vollstreckung). Der konstitutionelle Rechtsstaat äussert sich hier in der Formulierung des Gleichgewichts der Parteibefugnisse vor der rechtsregelnden Macht im einzelnen Fall der Gesetzesverletzung.

Es bleibt nur noch die Frage zu erörtern übrig, was aus der Wahlverteidigung werde? Da die Verteidigung allerdings Vertrauenssache ist und die Rechtsbeistands- und Vertretungswahl als ein Recht der Individuen von jeher anerkannt war, wird sie durch das staatliche Verteidigungsamt als Wahlverteidigung nicht auszuschliessen sein, sondern jedenfalls die erstere ausschliessen müssen und daher bleiben die bisherigen Bestimmungen im wesentlichen bestehen, nur kann es sich fragen, ob der Wahlverteidiger auch die sämtlichen Befugnisse wie der öffentliche Verteidiger haben soll? auch von welcher Zeit an er in den Strafprozess soll eintreten dürfen? Der Wahlverteidiger hat natürlich das Recht, einen Privatauftrag abzulehnen, was der öffentliche Verteidiger nicht darf, wenn auch noch so wenig zu verteidigen ist, da er der absolut notwendige Rechtsbeistand ist. Angesichts jedoch des Umstandes, dass von Staatswegen für die Verteidigung reichlich durch das Verteidigungsamt gesorgt ist und die Zulassung eines Wahlverteidigers im Vorverfahren nur praktische Weitläufigkeiten verursachen würde und ihm die Befugnisse wie dem amtlichen Verteidiger darin nicht zu verstatten sein dürften, so würde erst im Hauptverfahren der Wahlverteidiger das staatliche Verteidigungsamt ausschliessen dürfen. Ob durch die Zuziehung eines von dem Angeklagten zu bezahlenden Wahlverteidigers die Zwecke der Verteidigung im einzelnen Fall besser erreicht werden, berührt den Staat nicht, da er ja für die Möglichkeit des Gebrauches seiner Schutzeinrichtungen Fürsorge im allgemeinen getroffen hat. Indessen glaubt man diese Fürsorge noch nebenher im einzelnen Falle zur Geltung bringen zu sollen, so steht auch nichts entgegen, den staatlichen Verteidiger noch zur eventuellen Kontrolle und Aushilfe neben dem Wahlverteidiger das Verfahren hindurch auftreten zu lassen. Uebrigens wird sich das Vertrauen zu den Vertretern des Verteidigungsamtes bald so festgesetzt haben, dass

auch vermögende Beschuldigte nicht leicht noch einen besonderen Kostenaufwand für einen Wahlverteidiger machen werden, es müsste denn sein, dass sie von einem angesehenen Privatverteidiger in der entscheidenden Hauptverhandlung oder später in der Rechtsmittelinstanz, wenn der Beamte des Verteidigungsamtes die Einwendung des vom Angeklagten gewünschten Rechtsmittels (besonders Wiederaufnahme des Verfahrens) ablehnen würde, einen grösseren Erfolge verheissenden Beistand erwarteten.

Der Ausfall, welchen die Rechtsanwaltschaft in freier Konkurrenz durch die Einrichtung der Verteidigungsämter zu erleiden scheinen möchte, gleicht sich dadurch aus, dass aus ihrer Zahl die Beamten der Verteidigungsämter gewählt werden sollen, aber auch dadurch, dass künftighin die Verteidigung zur ausnahmslosen Regel wird, während sie ausser den Fällen der notwendigen Verteidigung der Zahl nach Ausnahme war, und weiter auch dadurch, dass die Arbeit der Verteidigung eine weit umfangreichere, vom Vorverfahren bis in das Strafvollstreckungsverfahren hineinreichende, werden wird. Ausgeschlossen bleiben muss für die Beamten der Verteidigung, ausser etwa bei den Amtsgerichten für die der ganzen öffentlichen Anwaltschaft, dass sie neben ihrem Amt noch ein anderes Geschäft, etwa die Verteidigungsbeamten noch die Advokatur u. dgl., betreiben dürfen.

C. Verbindung von Anklage- und Verteidigungsamt in der „öffentlichen Anwaltschaft“.

Der leitende Gedanke für die gleichmässige Rechtsvertretung der Staats- und Gesellschaftsinteressen vor den Strafgerichten wird die *Einheitlichkeit* und *Sicherheit* der Thätigkeiten der beiden Aemter sein, eine gewisse Zentralisation und dabei freie Bewegung innerhalb der Behandlung der einzelnen Fälle. Bei der Vervollkommnung des heutigen Beamtenorganismus kann nicht mehr die Rede davon sein, Klage und Verteidigung in Strafsachen Gesellschaftskorporationen zu überlassen, wie das in ersterer Beziehung in England zum Ersatz des Mangels an einem Privatkläger der Fall war, auch nicht davon, dass, wie im altdeutschen Verfahren der Richter, wenn kein Kläger auftrat, selbst die Klage übernahm, nachdem er einen Anderen an seine Statt gesetzt hatte¹⁾,

1) »Fürsprecher« wurden auch aus dem Richterpersonal beigeordnet für beide Teile, z. B. in der Reformation des Landgerichts in Schwaben von 1562, P. III,

etwa heute Richter eines Gerichts mit der öffentlichen Klage betraut werden könnten für den einzelnen Fall oder überhaupt periodisch, ebensowenig wie mit der Verteidigung, auch nicht davon, dass aus der Rechtsanwaltschaft der Staat auf Zeit die Vertreter der Staatsklage und die Gesellschaft nach einem Wahlverfahren die Verteidigungsvertreter wähle und zwar zur Verwaltung der beiden Aemter als Ehrenämter gegen eine festgestellte Entschädigung aus Staatsmitteln, wobei immer noch die organische Vereinigung und Einheitlichkeit in der Geschäftsführung fehlen würde, wie dies bei der im vorigen Abschnitt erwähnten »öffentlichen Verteidigung« Norwegens bemerkbar wird. Es kann im Anschluss an das Bestehende nur davon die Rede sein, dass die Organisation der Staatsanwaltschaft neben den Gerichten in der bisherigen Weise beibehalten werde und diese als Justizbehörde mit den Oberstaatsanwälten bei den Oberlandesgerichten nach oben und mit den Amtsanwälten nach unten abschliesse.

Das Verteidigungsamt kann aber nur wirklich vollständig und den konstitutionellen Rechtsforderungen entsprechend eingerichtet werden, wenn es ganz gleichmässig, wie das Klageamt, mit diesem parallel laufend ebenfalls als eine staatliche Justizbehörde neben den Gerichten steht, indem es sozusagen verstaatlicht wird. Alle Aushilfsversuche zur Umgehung dieser organisatorischen Forderung bleiben nur halbe Massregeln, welche früher oder später doch gegen eine Ausgleichung der vorgeschlagenen Art zurücktreten werden. Das Ungenügende wird immer wieder sich aus der Vergleichung der Thätigkeiten und Leistungen des organisierten staatlichen Klageamtes ergeben, wenn den erfahrenen, besonders rechtskundigen, geschulten Beamten gegenüber Verteidiger, die für den einzelnen Fall vom Gericht bestellt werden, vielleicht Rechtsanwälte nach einer bestimmten Reihenfolge, gegen eine Entschädigung aus der Staatskasse, gegenüber stehen; es bleiben die bisherigen Uebelstände der Ungleichheit der Leistungen bei aller »Waffengleichheit« aus Mangel an erforderlicher Gesetzeskenntnis, Prozesstaktik, praktischer Erfahrung und Uebung, psychologischen, medizinischen und anderen Sonderkenntnissen, welche hier mehr als in anderen Berufszweigen zu Hilfe kommen müssen,

I, 13 und 19: »Es soll ein Landrichter den Parteien, die aus den Urteilssprechern Fürsprecher begehren, dieselben mit guter Ordnung erlauben, und zumahlen nit über zween Urteilssprecher deshalb aufstehen lassen, die übrigen aber sitzen bleiben und den Prozess fleissig zu hören«; bei *Frydmann*, Handb. d. Verteidigung. S. 97.

fühlbar. Das alles kann den heutigen Erwartungen entsprechend nicht dem Zufall überlassen bleiben, sondern der Staat muss dafür durch Errichtung eines Amtes auch für die Verteidigung Sorge tragen, in welchem die Garantien zu finden sind, dass die Träger dieses Amtes in jeder Beziehung denen des Klageamtes vollständig gewachsen seien, aber auch, wie diese, in jedem Strafrechtsfall für die Verteidigung thätig werden können und sollen.

Der praktischen Durchführbarkeit dieser Nebenordnung des Verteidigungsamtes neben dem Klageamt stehen vermutlich besondere finanzielle Bedenken entgegen. Während bisher nur für die Zuziehung der sog. notwendigen Verteidiger aus der Staatskasse eine verhältnismässig kleine Entschädigung gewährt wurde und im übrigen den Verteidigern aus der Zahl der Rechtsanwälte ihr Gebührenanspruch nur den Klienten gegenüber bestand, so würde doch bei der voraussichtlich nicht ausbleibenden Erweiterung der obligatorischen Verteidigung durch dazu befugte Personen die Entschädigungspflicht der Staatskasse einen weit grösseren Umfang annehmen und dabei bliebe das Institut der Verteidigung immer noch ein ebenso zerfahrenes, unzuverlässiges und in seiner Wirkung oft von der zufälligen Tüchtigkeit des Verteidigers abhängiges. Gegenüber den ausserordentlichen Vorteilen aber, welche die vorgeschlagene amtliche Verteidigung dem Strafverfahren und mittelbar dem Staat wie der Gesellschaft bringen wird, allein schon durch das wachsende Vertrauen zu der Unabhängigkeit, Unparteilichkeit und Gleichmässigkeit der Strafrechtspflege, zu der Sicherung gegen willkürliche Freiheitsbeschränkung durch Uebergriffe der Staatsbehörden, welche ebenso im Interesse der Staatsverwaltung wie der Gesellschaftsordnung liegt, ganz besonders aber zu der Gründlichkeit der Thatbestandsfeststellung und Rechtserwägung, welche nach dem Grundzug des deutschen Nationalcharakters sicher der dem französischen Strafverfahren eigenen Ueberhastung da vorzuziehen ist, wo es sich um die wichtigsten Lebensgüter handelt, und im Ergebnis durch das Vertrauen zu der möglichsten Erreichung wahrer Gerechtigkeit durch den Schutz der Unschuld und durch Vergeltung des Unrechts und Sühnung wirklicher Schuld, kann die Kostenfrage nicht den Ausschlag geben. Dieses Vertrauen zur Strafrechtspflege, welches, darf man sich wohl über die öffentliche Meinung nicht täuschen, wankend geworden zu sein scheint, muss wieder erstarken, weil

es der Grundstein des Staatsbaues ist und ewig bleiben wird; in Festigung desselben wird auch die Staatsgewalt ihre stärkste Stütze finden und dazu der konstitutionelle Rechtsstaat. Die Repräsentativverfassung wird sich dann auch in dieser Aemterorganisierung abspiegeln, im Staats- und in dem Gesellschaftsanwalt als den Vertretern der sich scheinbar entgegenstehenden, aber in der Gerechtigkeitspflege, zu welcher die Strafrechtspflege werden soll, sich vereinigenden Interessen. Die Weiterentwicklung und Vervollkommnung der Lebens- und Rechtsgestaltungen in Staat und Gesellschaft macht natürlich auch grössere Ansprüche an die Opferwilligkeit der letzteren, der die Vervollkommnung der Staatseinrichtungen nur zugute kommen und um derentwillen letztere geschaffen und unterhalten werden. Es wird kaum zu bezweifeln sein, dass die Vertreter der Gesellschaft, sofern sie nur von obiger Auffassung beseelt sind, die Opfer, welche die vorgeschlagene Einrichtung des Verteidigungsamtes erfordert, bei der Budgetbewilligung nicht scheuen werden, da es sich dabei um die Wahrung und Sicherung eines der wichtigsten Gesellschafts- und Individualrechte handelt. Dringt einmal diese Idee als eine praktische Konsequenz des konstitutionellen Rechtsstaates mit Hilfe der Publizistik weiter im Volke durch und in die öffentliche Meinung vor, dann ist ihre Ausführbarkeit auch in finanzieller Beziehung gesichert und die Initiative wird voraussichtlich eher von der Gesellschaftsvertretung als von der Reichsregierung ausgehen.

In geschäftlicher Beziehung bietet die Einrichtung des Verteidigeramtes als Justizbehörde neben dem Klageamt weniger Schwierigkeiten, als man sich vorstellen mag. Wie die bisherige Staatsanwaltschaft in ihrer hierarchischen Gliederung in gleicher Stufenfolge mit den Gerichten wird auch die Gesellschafts- oder Volksanwaltschaft zu verteilen sein und zwar als Staatsbeamtentheil der Rechtspflege. Jedenfalls müssen behufs Erleichterung des Geschäftsganges Anklage- und Verteidigungsamt in denselben Geschäftsräumlichkeiten der »öffentlichen Anwaltschaft« sich bewegen. Es gibt künftig nur Akten der Gesamtbehörde, falls nicht vorgezogen wird, wie früher die Strafakten wieder, je nach den Gerichten erster Instanz, wo die betreffende Strafsache rechts- oder gerichtshängig geworden, zu Gerichtsakten zu machen als Konsequenz der Gerichtsbarkeit, welche doch den Kernpunkt des Strafverfahrens zu bilden hat, neben welcher die Parteivertretung

doch nur eine mitwirkende und ergänzende Thätigkeit ausübt. Es würde in der That der künftigen Stellung der »öffentlichen Anwaltschaft« weniger entsprechen, wenn nach Eintritt der Gerichtshängigkeit die Akten ihre Akten blieben anstatt Gerichtsakten zu werden. Die erneute Einrichtung, dass die Strafacten Akten der Staatsanwaltschaft geworden sind, hat mehr ihren Grund in der überschraubten Stellung dieser Behörde als einer der Justizverwaltung von Anfang bis Ende des Verfahrens einschliesslich der Strafvollstreckung, in welches gewissermassen die richterliche Thätigkeit nur behufs Erzielung eines Rechtsordnungsbefehls hineingeschoben galt. Es würde diese Aktenbeherrschung mit der Aufsichtsfrage zusammenhängen; wäre die »öffentliche Anwaltschaft« die Behörde, welche das Strafverfahren in der Weise beherrschte, dass das Gericht sich mehr rezeptiv zu verhalten und nach der Officialmaxime nur ergänzend zu dem von den Parteivertretern vorgelegten Beweisstoff heranträte, dann würden die Akten der »öffentlichen Anwaltschaft« gehören und zuletzt der Staatsanwaltschaft als Klage- und Vollstreckungsbehörde zu verbleiben haben. Behält aber, wie bisher, das Gericht die Leitung des Untersuchungsverfahrens von Amtswegen mit dem nebenher gehenden Prozessbetrieb der Parteivertreter, dann gehört auch ihm die Herrschaft über die Prozessakten mit der Wirkung, dass von dem Gericht die Glieder der »öffentlichen Anwaltschaft« zu ihren Zwecken die Akten zu erbitten haben und nach Vollstreckung der Strafen, wie nach sonstiger Beendigung des Verfahrens, die Akten in das Gerichtsarchiv wandern. Würden die »öffentlichen Anwälte« vollends unter die Dienstaufsicht der Gerichtsvorstände gestellt, was sich in Kontinuität der früheren Justizverwaltung vor Einführung der Staatsanwaltschaft vielleicht wieder einführen liesse, wenn man nicht zu sehr an dem Zentralisationsprinzip festhielte, so wäre die Aktenbewahrung ohne Bedenken den Gerichten zu überlassen, wie es bei den Amtsgerichten der Fall ist — ohne Aufsichtsführung über die Staatsanwälte, hauptsächlich aus praktischen Rücksichten, besonders weil die Strafvollstreckung und das ganze Verfahren fast nur in der Hand der Amtsgerichte ruht oder sich bewegt.

Bei den Amtsgerichten würde die »Amtsanwaltschaft« nach wie vor das Klageamt zu führen haben unter Aufsicht des übergeordneten Staatsanwalts, daneben das Verteidigeramt der Gesellschaftsanwalt unter Aufsicht des nächst übergeordneten

Beamten der Verteidigerschaft, womöglich beide in denselben Geschäftsräumen, damit nach jeder Angriffshandlung die Akten zur Gegenprüfung sofort mit Randbeschluss an den Amtsverteidiger gelangen und das kontradiktorische Verfahren schon in der Vorbereitung der Hauptverhandlung Platz greifen kann. Die »Amtsanwaltschaft« würde die unterste Stufe der »öffentlichen Anwaltschaft« bei den Amtsgerichten bilden und in sich das Amt des »Amtsklägers« und des »Amtsverteidigers« umfassen mit zwei Vertretern. Sie ist die Staats- bzw. Justizbehörde, bei welcher sich jeder am Strafverfahren vor den Amts- und kleinen Schöffengerichten Beteiligte Rat erholen kann, schon vom Strafantrag und der Anzeige an, sowie vom Strafmandat an, je nachdem sein Anliegen in das Gebiet des Angriffs oder der Abwehr fällt. Hat das Amtsgericht bez. der Strafrichter desselben irgendwie rechtliches Gehör zu erteilen oder hält er dies für zweckmässig, so legt er je nach der in Frage stehenden Richtung die Akten zur Erklärung dem »Amtskläger« oder »Amtsverteidiger« zuerst vor, welcher sogleich an den andern Teil der »Amtsanwaltschaft« die Sache abgibt, mit dessen Erklärung sie an den Amtsrichter zurückgelangt. Die Gleichstellung beider erfordert durchweg eine gleiche Behandlung der Parteivertreter, auch äusserlich, so dass beide vor dem Gericht an demselben Tische für die »Amtsanwaltschaft« Platz nehmen, so gut wie ein Privatankläger in den betreffenden Sachen. Das rechtliche Gehör beider Teile muss bis in das den Amtsgerichten überlassene Strafvollstreckungsverfahren, wenn es sich um Anliegen oder Anträge Verturteilter, namentlich um Begnadigungsgesuche, handelt, hineinreichen, indem auch hier gerade es sehr wesentlich ist, dass dasjenige Gericht, welches im Urteil den Gesetzvollzugsbefehl erlassen hat, über dessen eventuelle Aufhebung oder Aenderung im Gnadenwege, vorzugsweise über die vorgetragenen Gründe und Gegengründe sich äussern könne, um seine Stellung als Gericht noch wahren zu können und Unterschiebungen zu kontrollieren. In erweitertem Masse läuft die Organisation der »öffentlichen Anwaltschaft« neben den Landgerichten einschliesslich der Schwurgerichte her, wo sie der Zahl und der Bedeutung der Strafrechtsfälle nach ihren Hauptsitz hat. Die bisherigen Staatsanwälte verbleiben in ihrer bisherigen Stellung und Arbeitsteilung, indem der erste Staatsanwalt die Aufsicht, auch über die Amtskläger seines Bezirks, führt. In denselben Geschäftsräumen finden auch die »Gesellschaftsanwälte« Platz,

an deren Spitze ein erster Beamter steht, der auch die Aufsicht über die »Amtsverteidiger« zu führen hat. Die Vorbereitung der öffentlichen Klage, das ganze Angriffsmaterial verbleibt wie bisher in der Hand der Staatsklägerschaft und erst von da an, wo ein bestimmter Beschuldigter von ihr in Angriff genommen wird oder es sich um Abwehrhandlungen gegen Angriffe auf eine bestimmte Person handelt, auch bei beantragten Durchsuchungen, Beschlagnahmen, besonders vor dem Eintritt der Rechtshilfe durch den Amtsrichter, spätestens mit Erhebung der öffentlichen Klage, vorher aber auch, wo die Sicherung von Beweisen durch Polizeibehörden und Amtsrichter in Frage steht, sind vom Klageamt die Akten dem Verteidigungsamt sofort mitzuteilen, um die nötigen Schritte durch Mitwirkung für das Verteidigungsinteresse ebenso thun zu können, wie dies der Staatskläger thun kann. Selbstverständlich müssen den Mitgliedern des Verteidigungsamtes die gleichen Mittel der Thatbestandsfeststellung und die entsprechenden Abwehrbefugnisse gegen die Angriffsbefugnisse zustehen; die sog. »gerichtliche Polizei« ist der »öffentlichen Anwaltschaft« als vereinigte Justizbehörde im Prozessbetrieb wie den Gerichten zur Verfügung zu stellen und auf ihr Ersuchen sind die Amtsgerichte zur gleichen Leistung der Rechtshilfe verpflichtet.

Den Richtern gegenüber aber kann die »öffentliche Anwaltschaft« da, wo sie vor ihnen Recht oder Hilfe sucht, nur untergeordnet sein, sofern oder soweit sie Anträge stellt, über die dem Richter eine Prüfung nach ihrer Gesetzmässigkeit und Rechts- und Prozesserheblichkeit zustehen muss behufs einer Beschlussfassung oder Entscheidung darüber; dieses Grundverhältnis ist absolut notwendig und unverschiebbar und muss sich auch in der Geschäftsform ausdrücken, in dem Ersuchen oder Beantragen seitens der öffentlichen Anwälte und in dem Verfügen und Eröffnen an diese seitens der Richter; Anweisungen der letzteren an erstere sind ebensowenig geeignet, das richtige Geschäftsverhältnis wiederzugeben, als umgekehrt ein Veranlassen oder Verlangen seitens der öffentlichen Anwälte an die Gerichte.

Als Recht suchende Parteivertreter haben diese auch nicht auf dem Podium des Gerichts in Hauptverhandlungen, sondern auf dem Parket des Gerichtssaales an ein und demselben Tische ihren Platz, wie dies in England der Fall ist¹⁾; auch dem Publikum

1) *Mittermaier*, das englische, schottische und nordamerikanische Strafverfahren, S. 319 ff. schildert den guten Eindruck, den es mache, wenn um den nämlichen

gegenüber ist äusserlich die gleiche Stellung der Parteivertreter vor und unter dem Gericht zur Anschauung zu bringen, während es jetzt annehmen muss, dass die Justizverwaltung eine aufsehende Stellung in dem Verfahren einnehme.

Im einzelnen wird der Geschäftsverkehr der öffentlichen Anwaltschaft sich ganz einfach gestalten, indem die Akten nach jedem Antrag auf eine richterliche Verfügung behufs Gestattung des rechtlichen Gehörs an den anderen Teil mit Randbeschluss abgegeben werden, wodurch keine Verzögerung von Erheblichkeit entsteht, da aller Verkehr der in denselben Geschäftsräumen arbeitenden beiden Behörden einer von kurzer Hand ist, da ja auch die Sekretariate oder Gerichtsschreibereien ungetrennte sind, indem aus der bisherigen ganzen Staatsanwaltschaft durch Aufnahme des Personals des Verteidigungsamtes die »öffentliche Anwaltschaft« wird, mit einer einheitlichen Verwaltung. Ebenso gehen die gerichtlichen Verfügungen an die Parteivertreter, je nachdem der eine oder andere davon vorzugsweise berührt wird, zuerst an diesen und dann von kurzer Hand von diesem an den anderen Teil zur Eröffnung oder blossen Benachrichtigung.

Regelmässig wird das Verteidigungsamt erst mit der Erhebung der öffentlichen Klage seitens der Staatsklägerschaft in Thätigkeit treten; ausnahmsweise im Vorermittlungsverfahren schon dann, wenn ein Beschuldigter in Angriff genommen wird, der sofort, sobald er etwa durch Polizeiorgane oder Beamte des Klageamtes mit angriffsweisen Befragungen, Nachsuchungen oder vorläufiger Festnahme und Verhaftung bei Gefahr im Verzuge angegriffen wird, das Verteidigungsamt zu seinem Rechtsschutz anrufen darf, um ungerechtfertigte Angriffe sogleich einer richterlichen Prüfung unterziehen zu können, welche sich aber erledigen wird, sobald das Verteidigungsamt den Rechtsschutz aus Rechts- oder thatsächlichen Gründen versagt. Da das staatliche Verteidigungsamt in einem Strafverfahren nach der Officialmaxime überall von Amtswegen über die Gesetzmässigkeit der gegenteiligen Angriffe im Interesse des Beschuldigten und der Gesellschaft zu wahren berufen ist, muss es auch von allen Angriffshandlungen Kenntnis

Tisch, an dem die Verteidiger sitzen, auch der Kronanwalt in der nämlichen Kleidung, wie seine Amtsbrüder (Advokaten), sich befinde und im geistigen Kampfe alles vermeide, was als Verletzung eines fair Trial erscheinen könne, indem er nicht die Doppelrolle eines Advokaten der Anklage und eines einflussreichen Beamten in sich vereinige.

erhalten, um Gelegenheit zur Rechtsschutzübung zu haben, auf die jedoch der Beschuldigte nicht ohne Zustimmung des Gesellschaftsanwaltes verzichten darf, da die Legalität, d. h. die Sorge dafür, dass auch in jedem Falle eine Rechtsbeugung möglichst vermieden werde, auch hier massgebend sein muss.

Das Verteidigungsamt tritt als Behörde für die Rechtsberatung also schon im Ermittlungsverfahren auf Anrufen oder regelmässig nach eingetretenem unmittelbarem Angriff gegen einen bestimmten Beschuldigten von Amtswegen in Thätigkeit, namentlich ausser zur Abwehr ungerechtfertigter Zwangsmassregeln des Staatsklägers gegen einen Beschuldigten auch zur Beweissicherung für den Entlastungsbeweis bez. zur Abschwächung des Belastungsbeweises. Der im Strafverfahren von jeher anerkannte favor defensionis wird hierbei zur Geltung kommen. Die öffentliche Klage in der Form des Antrags auf gerichtliche Voruntersuchung wird gewöhnlich die erste Thätigkeit des Verteidigungsamtes veranlassen, indem sie diesem zunächst vom Klageamt mitzuteilen ist, um etwa gesetzliche Einwände (§§ 177 ff. St.P.O.) dagegen zu erheben und etwaige an den Untersuchungsrichter zu richtende Beweiserhebungsanträge stellen zu können.

Während der Voruntersuchung ist natürlich die Akten-einsicht innerhalb der bisherigen Grenzen beiden Parteivertretern auf Nachsuchen zu gestatten, jedoch nur mit Fristbestimmungen, welche zur Wahrung der Gerichtshängigkeit und behufs rascherer Untersuchungserledigung für die Aktenmitteilung vorauszusetzen sind.

Soll eine wirkliche, schriftliche oder nach Befinden des Untersuchungsrichters auch mündliche Kontradiktion über einzelne Rechts- oder Beweiserhebungsfragen statthaben, so ist die Mitteilung der einerseits gestellten Anträge an den Gegenpart notwendig, um ihm rechtliches Gehör zu verschaffen. Die in der Voruntersuchung wie in dem Ermittlungsverfahren notwendigen Beweiserhebungen »zum ewigen Gedächtnis als vorausgenommener Teil der Hauptverhandlung«, welcher daselbst nur reproduziert werden kann meist durch Verlesung der aufgenommenen Protokolle und Urkunden (§ 250 St.P.O.), bei denen die sog. Parteiöffentlichkeit Platz greift, sollten unter obligatorischer Gegenwart der Parteivertreter stattfinden, nicht wie bisher unter Benachrichtigung derselben behufs fakultativer Teilnahme, weil sie eben als Teil der Hauptverhandlung gelten und in dieser stets beide Parteivertreter künftig anwesend sein sollen.

Durch diese Erweiterung der Mitwirkung der staatlichen Parteivertreter in der »öffentlichen Anwaltschaft« wird das noch vielfach auch von »ehrenwerten Juristen« gegen die Voruntersuchung aufgebaute Misstrauen bald verschwinden, da hiermit schon hier volle Gelegenheit zur Beweissicherung und Vorbereitung des Hauptverfahrens gegeben wird, so dass sich dann die in den folgenden Stadien des Verfahrens, in dem der Versetzung in den Anklagestand oder dem Verweisungsverfahren, und in der nach Eröffnung des Hauptverfahrens noch möglichen Vorbereitung der Hauptverhandlung, jetzt häufig und vielfach verspätet nachgebrachten Anträge auf Beweisergänzungs-Vorbereitungen meist unnötig oder erheblich vermindern werden; denn ein grosser Teil der jetzt infolge der bei der Anklagemitteilung gestellt werdenden Anträge der Angeschuldigten selbst oder ihrer Verteidiger wird wegfallen, da die amtliche Verteidigung schon vorher reichliche Gelegenheit zur Antragstellung hat ausser bei der unmittelbaren Anklageerhebung, falls nicht auch hier schon Aktenmitteilung an dasselbe vorher erfolgt war, und ausserdem von derselben nie soviel unerhebliche oder gar frivole Antragstellungen zu erwarten sind, wie jetzt.

Es wird sich empfehlen, auch in dem an § 199 St.P.O. sich anschliessenden Zwischen- oder Uebergangsverfahren vor dem beschlussfassenden Verweisungsgericht eine schriftliche oder nach Ermessen des letzteren auch mündliche kontradiktorische Verhandlung der Parteivertretung zu gestatten, namentlich da, wo eine Beendigung des Verfahrens, vielleicht durch Vereidigung von Zeugen zur Herbeiführung einer wahrheitsgemässen Aussage, zu erwarten steht; auch bei allen Haftaufhebungs- oder Haftbestätigungsfragen müsste eine schriftliche, unter Umständen auch mündliche, Verhandlung vor dem Richter, bez. dem Verweisungsgericht in Beschwerdefällen, auf Antrag oder nach richterlichem Ermessen zu verstatten sein. Auf diese Weise wird es möglich, den in der Justizkommission des deutschen Reichstags mehrfach zum Ausdruck gebrachten Forderungen erweiterter Mündlichkeit und Parteienöffentlichkeit Rechnung zu tragen. Dem Einwand, dass dadurch das Strafverfahren an Einfachheit und Kürze Einbusse erleide, ist die Bedeutung der Strafsachen, namentlich der Ernst der Haftfragen entgegen zu halten, zumal es sich meistens auch um tiefgreifende Fragen in thesi oder von allgemeiner Tragweite handelt. Es würden auf diese Weise mancherlei Hauptverhandlungen,

welche mit Freisprechungen aus Zweifelhaftigkeit des anzuwendenden Rechts oder auch des Belastungsbeweises endigen, vermieden werden.

Nach Eröffnung des Hauptverfahrens würde angesichts der vorher reichlich gegebenen Gelegenheit zur Vorbereitung der Hauptverhandlung nur noch Gelegenheit für die amtliche Parteivertretung zur Ergänzung durch inzwischen neu aufgefundene Beweismittel in dem Abschnitt der »Vorbereitung der Hauptverhandlung« gegeben sein, wodurch Vertagungen von Hauptverhandlungen ziemlich ganz vermieden würden.

Ueber die Parteivertretung in den Hauptverhandlungen, auch in den Rechtsmittelinstanzen, ist kaum noch etwas zu bemerken, indem hier wie bisher in den Fällen der notwendigen Verteidigung das kontradiktorische Verfahren geordnet bleibt. Durch die Einsetzung einer amtlichen Verteidigung wird auch die bessere Ausführbarkeit des so vielfach begehrten Kreuzverhörs in der Hauptverhandlung gegeben. Ganz recht behauptete *v. Stemann* (*Goltdammers Archiv*, VIII. S. 49): »Dagegen setzt die Durchführung der Einrichtung allerdings voraus, dass dem Angeklagten *allemal* ein Verteidiger zur Seite steht, und die Ausdehnung dieses Verfahrens über das Gebiet der Schwurgerichtssachen hinaus würde daher die *Verbindlichkeit* mit sich führen, auch in anderen Sachen dem Angeklagten einen Verteidiger zu bestellen«. Die Motive zum Entwurf der St.P.O. S. 135 verkannten nicht die Vorteile des Kreuzverhörs, aber sie sahen das Hindernis der Ausführbarkeit vorzugsweise darin, dass nur in einem Bruchteil der Strafsachen die Mitwirkung eines Verteidigers stattfinde, und daher gelangte man zu dem Ausweg, das Kreuzverhör dann zu gestatten, wenn Staatsanwalt und Verteidiger es *übereinstimmend* beantragen (§ 238 St.P.O.). Ein Missbrauch des Kreuzverhörs, der sonst vielfach befürchtet wurde, wird, wenn dasselbe unter der Leitung des Gerichtsvorsitzenden von den Vertretern des staatlichen Klage- und Verteidigungsamtes abgehalten wird, weit weniger zu befürchten sein, als jetzt seitens einzelner Privatverteidiger, von denen ja nicht selten das Kreuzverhör zu besonderen Zwecken ausgebeutet wird¹⁾. Der

1) Vergl. *v. Bar*, Kritik der Prinzipien des Entwurfs einer deutschen St.P.O. S. 35 ff. *Seuffert*, Schwur- und Schöffengerichte, S. 55 ff. *H. A. Zachariä*, Handlung des Strafproz. II. S. 203 erachtete das Kreuzverhör als Konsequenz des »akusatorischen Prinzips« und für besonders dienlich zur Wahrheitsermittlung.

Staatskläger hat einen Antrag auf Freisprechung, welcher allein dem amtlichen Verteidiger zufällt, selbstverständlich nicht zu stellen, aber er darf auch nicht (nach französischem Vorbilde) den Richtern das Urteil anheimgeben, was dem offiziellen Verteidiger, wenn er den Freispruch nicht beantragen kann, offen stehen muss. Der Kläger muss stets sicher wissen, was er will¹⁾ — *certus esse debet* — wie im Zivilprozess; er muss erklären, wenn er die Anklage nach den Ergebnissen nicht aufrecht erhalten kann, nicht, dass er sie fallen lasse, was zu sehr an die Dispositionsmaxime erinnert, sondern dass er sie nach Aenderung ihrer Voraussetzungen nicht weiter aufrecht erhalten könne und dem Verteidiger das Weitere überlassen müsse. Auf diese Weise wird auch formell für die Durchführung der Officialmaxime gesorgt, indem nun das staatliche Verteidigungsorgan den Ausgang des Verfahrens vor Gericht herbeiführt.

Von einer Rechtsmitteleinwendung seitens des Staatsanwalts zugunsten eines Beschuldigten oder gar Verurteilten kann selbstverständlich keine Rede mehr sein, wenn ein amtlicher Verteidiger vorhanden ist; auch darf künftig, wie *Geyer* im Lehrbuch a. a. O. forderte, es nicht von dem Willen des Beschuldigten abhängen, ob ein Rechtsmittel einzuwenden sei oder nicht, da diese Frage lediglich unter dem Einfluss des Legalitätsprinzips und der Officialmaxime steht, welche beide ebenso für den staatlichen Vertei-

1) Es lässt sich die Unzulässigkeit des Anheimgebers nicht aus § 151 G.V.Ges. ableiten, dass nämlich die Staatsanwaltschaft in ihren Amtsverrichtungen von den Gerichten unabhängig sei; das könnte nur dahin verstanden werden, dass sie sich nicht selbst durch Anheimgeben eines Gerichtsspruches vom Gericht abhängig mache. Das Anheimgeben aber bedeutet nichts anderes, als ein verzagter Verzicht auf die durch die Natur der Parteirolle erforderliche Schlusserklärung, ein stillschweigendes Einverständnis auch mit der Ablehnung des zu erwartenden, aus der Parteirolle folgenden Antrags oder Widerspruches gegen einen gestellten oder zu erwartenden Gegenantrag. Ein Anheimgeben der Beantwortung der Schuld- und sich daran schliessenden Frage widerspricht aber der klägerischen Tendenz und verdeckt einen Rückzug mit der Folge, dass in bezug auf die anheimgegebene Entscheidung ein Rechtsmittel dagegen ausgeschlossen wird. Die Aufrichtigkeit des staatsklägerischen Berufes erfordert es, dass der Staatskläger, wenn er die Aufrechterhaltung seiner Klagetendenz nicht mit voller Ueberzeugung vertreten kann, dies offen bekennt. Das Gericht hat einen Anspruch darauf, bestimmt zu erfahren, was der Kläger will, und muss deshalb eine bestimmte Erklärung fordern, schon um zu vermeiden, dass Raum zu einer tergiversatio bez. Rechtsmitteleinwendung gegeben werde, z. B. dass ein Staatsanwalt, der dem Verweisungsgericht gegenüber eine Schlussfassung anheim gibt und dann ein Rechtsmittel gegen den ihm nicht passenden Beschluss hinterher einwenden wollte.

diger im Verhältnis massgebend sind, wie für den Staatskläger und Richter. Etwas ganz anderes wäre es mit der Frage, ob der Beschuldigte einzelne Beweismittel aus subjektiven Gründen, vielleicht aus persönlichen Rücksichten, nicht gebraucht wissen will oder einzelne ihm günstige Thatsachen nicht festgestellt haben möchte, weil vielleicht andere Personen dadurch belastet werden.

Das führt auf den sog. obligatorischen Standpunkt der Verteidigung, über den schon so mancherlei verschiedene Meinungen zutage getreten sind und wobei auch derjenige der Staatsklägerschaft mit zu berühren ist.

Aus dem Wesen des Strafgesetzes ergibt sich im einzelnen Strafrechtsfall die Teilung des Strafurteils in die Schuld- und die Straffrage. Voraussetzung der Strafanwendung ist stets eine festgestellte Verschuldung: Wer das und das thut, soll die und die Strafe erhalten; darin liegt aber auch ein Verbot, dass derjenige nicht gestraft werden darf, dem die That als von ihm verschuldet nicht nachgewiesen werden kann. Um Schuld oder Nichtschuld dreht sich daher die Grundlage des Verfahrens um die Strafgesetzanwendung und darin liegt auch der Grund einer notwendigen Vertretung dieser sich ausschliessenden Gegensätze. Das Legalitätsprinzip fordert, dass kein Schuldiger der verdienten Strafe entgehe, wofür die Staatsklägerschaft zu sorgen hat, aber es fordert auch, dass kein Unschuldiger dem staatlichen Strafzwang und der Schuldige nur dem nach dem Gesetz verdienten unterworfen werde, wofür die amtliche Verteidigung Sorge zu tragen hat. Die gemeinschaftliche Fürsorge für die Erfüllung dieser Forderung vereinigt sich in dem Richteramt, welches über die Einhaltung der Legalität im Ganzen von Amtswegen zu sorgen und zu wachen berufen ist. Wenn daher der Staatskläger jeden für wahrscheinlich schuldig einer strafbaren Handlung Befundenen zu verfolgen verpflichtet ist, so hat er den Beweis zu erbringen, dass die Schuld zweifellos sei; bis dahin aber, wo dies formell festgestellt wird im Urteil, bleibt noch die Annahme des Gegenteils nicht ausgeschlossen, aber von jener Voraussetzung, dass das letztere unwahrscheinlich, die Schuld aber wahrscheinlich sei, wird die ganze Thätigkeit des Klageamtes getragen. Es liegt daher im Pflichtgebot der strafverfolgenden Behörde, dafür zu sorgen, dass kein Schuldiger der verdienten Strafe entgehe oder jeder nach seiner Verschuldung bestraft werde, die Betonung auf der vom Gesetz zugrunde gelegten Verschuldung (Schuld als

innere Thatverursachung und deren Bemessung nach einem objektiven und subjektiven Massstab). Das Pflichtgebot lautet aber aus der Legalität heraus: Nur der Schuldige soll Strafe erhalten und zwar nur nach seinem Verdienst in Gemässheit des Gesetzes, und darin liegt die Grenze für den aggressiven obligatorischen Standpunkt des Klageamtes, an welcher das Verteidigungsamt anhebt, in welcher aber beide ihren Berührungspunkt und ihr gemeinschaftliches Ziel vor dem Gesetze suchen und finden als Justizbehörden der Strafrechtspflege und zwar in dem Masse, wie sie kein Privatkläger und kein Privatverteidiger es erreichen kann, wovon der Grund allein in der Behörden eigenschaft liegt. Solange noch die Möglichkeit eines Irrtums über die Verschuldung vorhanden ist, darf sich die nur von der Zweifellosigkeit der Schuld ausgehende Staatsklägerschaft gegen jene nicht verschliessen und hat daher ihren Beweis dahin zu erbringen, dass die Gewissheit der Verschuldung von einer anderen Annahme nicht beeinträchtigt werde. Das Verteidigungsamt aber hat die Aufgabe, von der Voraussetzung der Nichtschuld oder einer geringeren Verschuldung bis zum Beweise des Gegenteils ausgehend, den Gegenteil zur Erbringung des Schuldbeweises zu zwingen durch alle ihm zu Gebote stehenden gesetzlichen Mittel, denn das Gesetz will nur wirklich, nicht vermeintlich Schuldige zur strafrechtlichen Verantwortung und zwar nach dem gesetzten Massstabe, welchen der Richter anwenden soll, gezogen wissen, aber es hat auch dafür gesorgt, dass bei der Anwendung des Rechtsschutzes nicht ungesetzliche und unmoralische Mittel angewendet werden, um Schuldige der verdienten Strafe zu entziehen, ebenso wie es umgekehrt gesorgt hat, dass Unschuldige nicht wider besseres Wissen strafrechtlich verfolgt werden. Für das Verteidigungsamt bleibt also die Abwehr aller unberechtigten Angriffe und Belastungen des Bezichtigten während des Verfahrens und der Schutz desselben gegen unbewiesene Klagebehauptungen und unberechtigte Strafansprüche der Staatsklagevertretung die Hauptpflicht und dabei ist die Gesetzmässigkeit in materieller und formeller Beziehung das Grenzen ziehende Prinzip für alle Thätigkeitsäusserungen. Der in dem bekannten Ausspruch *Trajan's* in L. 5 D. de poen.: *sati'us enim esse impunitum relinqui facinus, quam innocentem damnare* enthaltene Gerechtigkeitsatz unterstützte den sog. *favor defensionis*, worin eine Grenze für das Anklageamt ebenso gesetzt ist, wie ein oft wirksamer Rechtsschutz der

Beschuldigten, welcher in verschiedenen prozessualischen Bestimmungen hervortritt, z. B. in der erfordernten Stimmenzahl bei dem richterlichen Schuldspruch, in Erteilung des letzten Wortes an den Beschuldigten, bei der Wiederaufnahme der Untersuchung, u. s. w. und er erinnert an die menschliche Unvollkommenheit in der Erkenntnis der Wahrheit und des Rechten, gibt aber dem Optimismus eine entschiedene Berechtigung zur Nachsicht in der Strenge des Legalitätsprinzips. Die französische Auffassung bezeichnete sogar die Verurteilung eines Unschuldigen als ein grösseres Unglück für die Gesellschaft, als wie für den Unschuldigen selbst (*Ortolan* bei *Geyer*, Lehrb. S. 424). Dieses Gebot ist für beide Parteivertreter ein gleichmässig verpflichtendes ebenso, wie das der strengen Rechtsauslegung und Rechtsachtung, und im übrigen entscheidet für die pflichtmässige Amtsübung die vom Staate jedem angewiesene Stellung im Strafprozess über die Aufgabenerfüllung. »Daher ist es sehr wohl denkbar, dass ein Staatsanwalt, welcher als Geschworener freisprechen würde, dennoch das Schuldig über den Angeklagten beantragt. Denn es ist nicht seines Amtes, seine persönliche Ueberzeugung auf die Geschworenen zu übertragen, sondern als Partei alle die Gründe hervorzuheben, welche einen verständigen, wahrheitsliebenden Mann bewegen können, die dem Strafrechte des Staates möglichst günstige Seite aufzufassen« (*Planck*, Systemat. Darstellung des Strafprozessrechts S. 49, 386, wobei indessen das Strafrecht im subjektiven Sinn über die Pflicht gestellt war)¹⁾. *H. A. Zachariä*,

1) Die älteren Kriminalordnungen z. B. hannoverische von 1736 cap. IX. § 6, preussische von 1805, § 465 u. a. m. enthielten für die Verteidigung Pflichtbegrenzungen. Bahnbrechend für das System der Verteidigung war *Mittermaiers* Anleitung zur Verteidigungskunst (4. Aufl. 1845), wonach noch die Werke von *Vargha* und *Frydmann* a. a. O. als die hervorragendsten zu nennen sind. Das Studium solcher Werke ist den Verteidigern dringend zu empfehlen, weil es sie vor verkehrten Auffassungen ihres Berufs schützt, sie aber vor allem zu einem richtigen Taktgefühl, das sich heranbilden muss, und zur Charakterbildung für ihren Beruf, hinleitet und vor lockeren, verlotterten Anschauungen bewahrt. Dass ein ganz anderer moralischer und wissenschaftlicher Halt in die Verteidigung kommen wird, wenn sie einer Justizbehörde anheimfällt, wird kaum zu bestreiten sein; eine Stetigkeit in dem Mittelgebrauch wird sich herausbilden, wie bei der bisherigen Staatsanwaltschaft. Wieweit Raterteilungen der Verteidiger an die Beschuldigten ergehen dürfen, ist meistens Sache des richtigen Taktes, der sich in der Behörde jedenfalls besser erlernen lässt als in der vereinzelt stehenden Verteidigungspraxis. Die Beurteilung des Erlaubten hängt freilich sehr von dem Eindringen in den Geist der neueren Gesetzgebung ab. Wer noch an den alten Ueberlieferungen von der Auf-

Handbuch des Strafprozesses, 1868, § 112, bezeichnete den Verteidiger als rechtlichen Beistand und Vertreter der rechtlichen Interessen des Angeklagten und in dieser seiner Eigenschaft be-

gabe der Untersuchung festhält, als wäre sie ein grosses Netz, in welchem die Winkelzüge des Beschuldigten sich fangen müssten vermittels aller möglichen Ueberlistungen und Ueberführungskünste der Untersuchungsführung und als wäre deren höchstes Ziel die Erlangung eines Geständnisses als der *regina probationis*, der wird freilich zu dem Schlusse verführt, dass jedes dem begegnendes Verharren auf dem Grundzug des neueren Verfahrens, die volle Gewissensfreiheit des Beschuldigten als eines Prozesssubjekts zu achten, unbegreiflich sei, und es dem Verteidiger verwehren wollen, den Angeschuldigten auf das ihm von der deutschen St.P.O. § 136 verstattete Recht des Schweigens oder der Ablehnung einer Antwort auf Fragen des Richters oder eines Parteivertreters aufmerksam zu machen. Wenn der Richter den Beschuldigten darüber belehren soll, dass es ihm freistehe, auf die öffentliche Klage zu antworten, so liegt darin die weitere Befugnis des Beschuldigten, auch weitere Antworten ablehnen zu dürfen, überhaupt zu schweigen, und wenn der Richter ihn darauf aufmerksam macht, dass die Beurteilung der etwaigen Gründe der Antwortverweigerung dem Richter überlassen bleibe, so wird der Beschuldigte selbst am besten wissen, ob eine Antwortverweigerung im Interesse seiner Verteidigung liege oder nicht. Wenn aber auch bei dem einzelnen Zaudern eines Angeklagten dem Vorsitzenden es nicht bedenklich erscheint, ihm zu bemerken, dass es ihm freistehe, ob er antworten wolle auf die Frage, die ihm vorgelegt sei, dann wird es auch dem Verteidiger nicht verargt werden können, wenn er auf eine deshalb an ihn von seinem Klienten gerichtete Frage, ob er von seinem der Selbstverteidigung angehörenden Schweigerechte Gebrauch machen solle oder nicht, ihn auf seine prozessuale Befugnis verweist, dass er allein wissen müsse, ob ihm eine Antwort schaden könne oder nicht. Eine Pflicht zur Wahrheitsangabe wird heutzutage keinem Beschuldigten mehr angesonnen, weshalb auch die Ermahnungen dazu bei Beginn der Vernehmung der Beschuldigten in Wegfall gekommen sind, obschon Hinweisungen auf die Erfolglosigkeit des Ableugnens der Wahrheitsermittlung zu dienen geeignet sind, indem der Richter die Verkehrtheit dieses Systems der Selbstverteidigung in vielen Fällen den Beschuldigten vor Augen zu halten befugt sein muss, um Täuschungen der Beschuldigten über die vermeintlichen Wirkungen ihres Leugnens zu begegnen. Aus dem Selbsterhaltungs- und Selbstschutztrieb des Individuums folgt die natürliche Befugnis, auch durch Vorenthaltung der Wahrheit in der Aussage eine Verteidigung der Beschuldigten suchen zu dürfen, der gegenüber sich eine Pflicht zur Wahrheitsangabe nicht konstruieren lässt, nachdem selbst den Zeugen das Recht der Verweigerung der Aussage aus bestimmten Schutzrücksichten von den Strafprozessgesetzen zugestanden worden ist. Unpassend, wenn auch nicht gesetz- oder rechtswidrig, würde jedoch ein Verteidiger, dem die Wahrheitsermittlung nur soweit zu fördern, als das Interesse seiner Verteidigeraufgabe es fordert, Pflicht ist, handeln, sofern er der Wahrheitsermittlung dadurch entgegenträte, dass er, mit oder ohne Veranlassung seitens seines Klienten, ihm im einzelnen Fall des Zweifels den direkten Rat erteilen würde, die Antwort abzulehnen, worin aber, wenn es selbst an einer entscheidenden Stelle geschähe, noch lange nicht ein Versuch, den Beschuldigten der verdienten Strafe zu entziehen (Begünstigung) zu finden wäre, da dazu der Nachweis einer auch

rufen, sowohl dem Gericht als dritten Personen gegenüber alles geltend zu machen und zu thun, wozu der Angeklagte selbst zur Führung einer wirksamen Verteidigung berufen sein würde und zwar, vermöge der Natur der Strafsache, sei es mit, ohne oder selbst gegen den Willen des Angeklagten, falls die Gesetze nicht für diesen eine Ausnahme machen, z. B. bei Rechtsmitteleinwendung. »Das rechtliche, durch den Organismus des Strafverfahrens zu schützende und in seiner Wirksamkeit zu sichernde Interesse des Angeklagten reduziert sich auf die Forderung, dass ihm kein Unrecht geschehe, dass jeder nach geltendem Recht nicht gerechtfertigte Nachteil von ihm abgewendet werde. Dies bestimmt grundsätzlich das Verhalten, das Recht und die Pflicht des Defensors. Selbstverständlich ist darin keine Verpflichtung enthalten, für Realisierung des absoluten Rechts vom Standpunkt des Richters

hierauf gerichteten Absicht und der des denkbaren Kausalzusammenhanges der Antwortverweigerung mit der Strafentziehungsmöglichkeit, also der des Beistandleistens erforderlich wäre. Ein derartiges Verfahren der Rechtsbeistandleistung würde noch keine Widerrechtlichkeit enthalten, aber jedenfalls eine juristische Taktlosigkeit, welche freilich von den auf dem Standpunkt des alten Verfahrens Stehenden weit schärfer verurteilt wird, als sie von den sich des jetzigen Standes der Prozessgesetzgebung und der Wissenschaft Bewussten beurteilt werden darf. Nach § 136 St.P.O. »soll die Vernehmung dem Beschuldigten Gelegenheit zur Beseitigung der gegen ihn vorliegenden Verdachtsgründe und zur Geltendmachung der zu seinen Gunsten sprechenden Thatsachen geben«; hiervon hat ihn der vernehmende Richter und ebenso der Verteidiger in Kenntnis zu setzen ausser der an ihn zu richtenden Frage, »ob er etwas auf die Beschuldigung erwidern wolle«? Darin liegt deutlich genug das volle Recht der freien Rede des Beschuldigten, also auch des Schweigens auf Fragen enthalten, welche eine ausserhalb jenes Zweckes der Vernehmung liegende Antwort zu Ungunsten des Gefragten zur Folge haben könnten, also zur Selbstbelastung führen würden, die das Gesetz dem Beschuldigten nicht hat zumuten wollen. Der vorsichtige Verteidiger wird daher, wenn eine desfallsige Frage an ihn vom Beschuldigten gerichtet wird, ihm den Bescheid im allgemeinen erteilen, dass er nicht genötigt werden könne, etwas zu seinen Ungunsten oder zu seiner Belastung auszusagen, die Beurteilung dessen aber, ob in der konkreten Beantwortung einer Frage etwas ihn Belastendes liegen könne, dem Beschuldigten überlassen; das kann er vor dem Gesetz und seinem Gewissen und Pflichtbewusstsein verantworten. *Stenglein*, Kommentar zu § 242, Anm. 10 sagt: »Da der Angeklagte die Aussage gänzlich verweigern kann und die St.P.O. es nicht verbietet, kann der Angeklagte sich auch vor Abgabe einer Antwort oder Erklärung mit seinem Verteidiger benehmen«. In früheren Gesetzen war dies untersagt und hätte dies die neue Gesetzgebung ebenfalls beabsichtigt, so stand nichts entgegen, es zum Ausdruck zu bringen, allein sie sah davon ab, weil sie der persönlichen Freiheit und dem Verkehr zwischen Beschuldigten und Verteidigern kein Hindernis in den Weg legen wollte. Vgl. auch *Löwe*, Komment. zu § 242, Anm. 7. A. M. *Schwarze*, Komment. S. 400, Anm. 10.

aus thätig zu werden. Als Rechtsfreund und Fürsprecher des Angeklagten soll er den in der Anklage liegenden Angriff mit allen rechtlichen Mitteln schwächen oder ganz abwehren, kann aber niemals verpflichtet sein, denselben in irgend einer Weise zu stützen oder zu stärken, z. B. durch Mitteilung der dem Angeklagten nachteiligen Wahrnehmungen oder vertraulich gemachten Eröffnungen. Auch für den Verteidiger gilt der Satz: quod non in actis, non est in mundo. Für seine Rechtspflicht existieren nur die Ergebnisse der schriftlichen Untersuchung oder mündlichen Verhandlung. Diese bestreitet und bekämpft er mit allen zulässigen Mitteln und rechtlichen Gründen und kann und muss dies selbst dann, wenn er auch nach seiner, aus anderen Quellen geschöpften Wissenschaft die moralische Ueberzeugung von der Schuld oder grösseren Verschuldung des Angeklagten haben sollte, als die wirklich vorliegenden Beweise ergeben. Niemals ist es dagegen die Aufgabe oder der Beruf des Verteidigers, den nach den vorliegenden gerichtlichen Beweisen wirklich Schuldigen von der verdienten Strafe zu befreien oder der gerichtlichen Herstellung der Schuld anders entgegen zu treten, als dass er streng auf Beobachtung der gesetzlichen Formen und Bedingungen, auf Wahrung der rechtlichen, zum Schutz der Unschuld bestehenden Garantien besteht und jeder Ueberschreitung der gerichtlichen bez. staatsanwaltlichen Befugnisse den Gebrauch aller rechtlich zulässigen Mittel entgegenstellt.« In ähnlicher Weise begrenzt auch v. Schwarze, Erörterungen S. 139 und der Artikel: Verteidigung in v. Holtzendorffs Rechtslexikon die Aufgabe des Verteidigers und ersterer, welcher überhaupt für eine möglichste Ausdehnung der Verteidigung kämpfte, fügte noch besonders hinzu: »Indem durch das Gesetz dem Verteidiger die thunlichste Freiheit in der Ausübung seiner Befugnisse, überhaupt in der Ausführung seines Auftrags gewährt und eine Kontrolle des Gerichts hierüber thatsächlich ausgeschlossen ist, erwartet das Gesetz auch, dass das Vertrauen vom Verteidiger nicht gemissbraucht werde«. Interessant ist in dieser Beziehung eine in den juristischen Blättern, 1876, S. 593 enthaltene Entscheidung des Disziplinarrates der niederösterreichischen Advokatenkammer, welche einen Verteidiger mit einem schriftlichen Verweise belegte, weil er in der Meinung, das Gesetz wahren zu müssen, die in der Verhandlung begriffene Diebstahlsache wegen hervorgetretener Erschwerung vor das Geschworenengericht zu verweisen beantragt hatte, was als unzulässig

erklärt wurde, da ein Verteidiger, wenn er die Pflichten seines Amtes nicht verletzen wolle, nie so weit gehen dürfe, dass er selbst die Rolle des Anklägers übernehmen und weder in formeller noch in materieller Beziehung etwas beantragen solle, was das Schicksal seines Klienten zu verschlimmern geeignet sei. Vorzugsweise treffend ist von *Frydmann* a. a. O. Kap. IX und X der »obligatorische Standpunkt« und »die Selbständigkeit des Verteidigers« entwickelt worden, wobei namentlich davon ausgegangen ward, dass der Verteidiger nicht blosser Mandatar des Angeklagten sei, sondern in erster Reihe die grosse soziale Aufgabe zu erfüllen berufen sei, als ein Faktor des Rechtslebens und der allgemeinen Rechtssicherheit, das Begehren des Gesetzes zu objektivieren, unabhängig von seiner subjektiven Ansicht, als Träger eines öffentlichen Amtes, als *Gesellschaftsanwalt*, in zweiter Reihe erst als Beamter und Verteidiger des bedrängten Individuums auftrete. Die unbedingte obligatorische Parteistellung des Verteidigers wird weiter gefolgert aus dem Bestreben des Gesetzes, die Wahrheit durch das kontradiktorische Verfahren zu erforschen, und durch das Bestreben, die öffentliche Anklage stets zur Aufrollung von Beweisen und richtiger Anwendung der Gesetze zu zwingen: »Würde deshalb auch in einem einzelnen Falle ein Anwalt schon vermöge sehr schwacher Beweise oder überhaupt angreifbarer Belege von der Schuld des Angeklagten überzeugt werden oder würde sogar dieser selbst seine Verurteilung nicht als Uebel betrachten, vielmehr durch fingierte Geständnisse auf diese hinarbeiten, so verbietet die öffentlichrechtliche Mission dem Anwalte, nach seiner subjektiven Ueberzeugung oder dem individuellen Belieben des Angeklagten vorzugehen, weil damit die Gesellschaft in Gefahr käme, dass nicht gehörig begründete Anklagen zur Verurteilung ihrer Bürger genügen würden und die öffentliche Anklage die Pflicht, Beweise vorzuführen, überhaupt fallen lassen könnte«.

Was im Vorstehenden über den obligatorischen Standpunkt des Verteidigers überhaupt in kurzen Zügen gesagt worden ist, hat auch von der *Verteidigungsbehörde* und zwar in erhöhtem Masse zu gelten. Sie soll der Staatsanwaltschaft alles dasjenige abnehmen, was ihr unorganischer Weise auch in der neueren deutschen und österreichischen St.P.O. noch aufgebürdet ist, wie *v. Holtzendorff* in der »Umgestaltung der Staatsanwaltschaft« S. 55 ff. sich ausdrückte, was in ihrer »Inkognito-

Verteidigung« enthalten sein sollte, jener Verquickung von Anklage- und Verteidigungspflicht, die vielen Idealisten unter den Politikern wie Juristen so wohlgefiel. Ihr öffentlich- bez. staatsrechtlicher Beruf, als Anwalt der Gesellschaft in erster, als Rechtsschutzvertreter des Individuums in zweiter Linie wehrt die Ausbreitung der Machtbefugnisse des Staates über die Freiheitsrechte der Individuen im einzelnen Strafprozess und damit mittelbar auch gegen die der Gesellschaft ab als ein die allgemeine Rechtssicherheit förderndes Organ, welches aber auch unabhängig von dem Willen der Partei und anderer Personen ihre öffentlichrechtliche Aufgabe zu erfüllen hat. War die herrschende Meinung schon von dieser Selbständigkeit der einzelnen Verteidiger als einer Notwendigkeit überzeugt, so muss diese um so mehr gefordert werden für das staatliche Verteidigungsamt. *Mittermaier* im Gerichtssaal, 1859, S. 92 bezeichnete den Verteidiger als ein mit dem Gerichte zum gleichen Zwecke der Sicherung eines gerechten Urteils in der Richtung des Interesses des Angeklagten seiner Ueberzeugung gemäss wirkenden Diener der Gerechtigkeit, der, was er in diesem Interesse vorzutragen habe, dies unabhängig von der Zustimmung seines Klienten zu thun habe; desgl. *Abegg*, Lehrbuch des Kriminalprozesses, S. 245; *Walther*, Lehrbuch des bayer. Strafproz. S. 240 und viele neuere Schriftsteller wie *Planck*, *Geyer* u. a. m.

Das Ergebnis der Errichtung eines staatlichen Verteidigungsamtes wird sonach von einer solchen Bedeutung für den Strafprozess sein, dass die Geldopfer, welche diese Einrichtung fordert, nicht in die Wagschale geworfen werden dürfen. Das Verteidigungsamt sichert sonach eine Rechtsschutzvertretung der bezichtigten Gesellschaftsglieder in einer Weise, wie sie von einzelnen Verteidigern aus der Reihe der für befugt zur Verteidigung in den Strafprozessordnungen Bezeichneten nicht gewährt werden kann, schon deshalb nicht, weil ihnen nicht die prozessualische Waffengleichheit, wie sie der Verteidigungsbehörde gegeben werden muss, als Konsequenz zu Gebote steht und auch nie bei aller sonstiger Erweiterung der Verteidigungsbefugnisse verstattet werden dürfte. Die Herbeiführung des so notwendigen Gleichgewichts in der Parteivertretung ist jedoch nur praktisch möglich, wenn die Verteidigung eine staatlich organisierte wird, durch Zentralisierung der einzelnen Verteidiger in einer Justizbehörde im engsten Anschluss an die Staatsanwaltschaft; nur dadurch können die unorganischen Attribute und Befugnisse von

der letzteren weggenommen und auf das entsprechende Amt übertragen werden, auch nur dadurch wird es möglich, die dem Richteramt aufgebürdeten formellen oder bei der materiellen Verteidigung leicht zu formellen Verteidigerakten werdenden Rechtsschutzhandlungen zugunsten der Beschuldigten dahin abzugeben, wohin sie im organisierten Strafverfahren gehören, und zwar an das Verteidigungsamt, welches vollständiger, sicherer, gleichmässiger alle notwendigen Rechtsschutzhandlungen vornehmen kann und wird, als dies von einzelnen, selbst rechtserfahrenen und geübten Verteidigern geschehen kann, da dem organisierten Klageamt nun ein ebenso organisiertes Verteidigungsamt gewachsen ist. Die Gerechtigkeit wird sonach im Strafverfahren mehr realisiert werden, als es bisher irgendwo und jemals der Fall gewesen ist und sein konnte, und somit wird das Strafverfahren im Geiste des konstitutionellen Systems eine repräsentative Verfassung erhalten, wie der Rechtsstaat sie prinzipiell fordern darf; die »öffentliche Anwaltschaft« erhält damit die ihr gebührende »Würde und Vornehmheit«, welche ihr ein Vertrauen verschaffen dürfte, das zur Festigung der Staats- und Gesellschaftsordnung und zur Stärkung der Staatsautorität vermöge der Achtung vor der Unparteilichkeit und Gleichmässigkeit der Rechtspflege mehr beitragen wird, als sich die Staatsanwaltschaft zu erringen vermochte — trotz aller phrasenhafter Lobpreisungen des Doktrinarismus.

Ist bisher die Gestaltung der »öffentlichen Anwaltschaft« in den Hauptzügen geschildert worden, so kommt noch der Abschluss derselben in der Spitze der Zentralisation in Frage. *Gneist* in den »Vier Fragen« gab der Aufsicht über die Justizverwaltung früherer Zeiten in den Händen der obersten Justizkollegien den Vorzug; das würde nach der heutigen Gerichtsverfassung des Reiches dahin führen, dass auch über die bei den Oberlandesgerichten zu errichtenden »öffentlichen Anwaltschaften« die Chef-Präsidenten jener die Aufsichtsbehörden wären, welche den Justizministerien der Einzelstaaten die Aufsichtsberichte zu erstatten hätten. Eine soweit reichende Umgestaltung wäre in mancher Hinsicht vorzuziehen, nicht aber inbezug auf eine doch notwendig und praktisch erscheinende Zentralisierung der »öffentlichen Anwaltschaft« in den einzelnen Oberlandesgerichtsbezirken; die Einheitlichkeit in der Amtsführung gewinnt dadurch, dass die bisherigen Oberstaatsanwälte als Spitzen der »öffentlichen Anwalt-

schaft« als »öffentliche Oberanwälte« beibehalten werden mit der Aufsicht über alle instanzenmässig untergeordneten Beamten der vereinigten Behörde — nicht also geteilt, ein besonderer Oberanwalt der Verteidigungsabteilung —; somit wird die Stellung des Oberanwalts eine dem Richteramt ganz analoge, indem er gleichmässig die beiden Abteilungen der »öffentlichen Anwaltschaft« zu überwachen hat und eine analoge Stellung einnimmt, wie die Präsidenten der Landgerichte ¹⁾. Die dem »Oberanwalt« zunächst untergeordneten öffentlichen Anwälte bei den Oberlandesgerichten für die Rechtsmittelinstanzen haben keine andere Stellung als die bei den Landgerichten, welche sämtlich in koordinierter oder auch subordinierter Stellung (erster, zweiter, dritter Anwalt) dem »Oberanwalt« untergeordnet sein sollten, mit der Aufsichtsführung des ältesten Beamten über die Amtsanwaltschaft (Klage- und Verteidigungsamt). Bei dieser an die bisherige Organisation sich eng anschliessenden Verteilung gewinnt das ganze Institut hauptsächlich durch die unabhängige Stellung der Oberanwälte, mit denen die Justizbehörde nach oben abschliesst ohne alle ministerielle Leitung, nur unter der Oberaufsicht des Justizministers. Betrachtet man aber im Sinne *H. Meyers* a. a. O. die »öffentliche Anwaltschaft« als gerichtliche Nebenbehörde im Zusammenhang mit der Gerichtsbarkeit, so würden die Oberanwälte allerdings unter nächster Aufsicht der Chef-Präsidenten der Oberlandesgerichte zu stehen und durch diese die Berichte an das Justizministerium zu gehen haben, damit auch die Aufsicht über die Gerichte von den Berührungen der öffentlichen Anwaltschaft mit den Gerichten in geschäftlicher Beziehung Kenntnis erhielte und letztere kontrollieren könnte.

Die Einrichtung der Reichsanwaltschaft oder der »öffentlichen Anwaltschaft« bei dem Reichsgericht macht keine Schwierigkeiten, da die Analogie bei den Oberlandesgerichten gegeben ist.

Die staatsrechtliche Stellung der Beamten der

1) Hiermit erhielten die Oberanwälte die ihnen von der jetzigen Gesetzgebung zugedachte Stellung in der Leitung und Aufsicht, ohne aber selbst das Anklage- oder Verteidigungsamt in einzelnen Fällen führen zu dürfen. Die Führung beider Aemter unterliegt nach dem Legalitätsprinzip aber der Kritik und Regelung der Oberanwälte, welche wie die Richter zwischen und über beiden sich bekämpfenden Aemtern als unparteiische Dritte stehen. Das ist ein schwerer, aber sehr hoher und Vertrauen erweckender Beruf!

öffentlichen Anwaltschaft kann nicht vollständig gleich mit der der Richter sein. Obschon sie als Justizbeamte unter die Autorität der Gesetze und ihres Rechtsgewissens zu stellen sein werden und ihre freie Ueberzeugung ihnen zu sichern ist, so müssen sie doch zu einem Gehorsam gegen die Vorgesetzten verpflichtet sein inbezug auf deren *a l l g e m e i n e* dienstlichen Anordnungen und die dienstliche Substitution, wie oben schon gefordert worden ist. Aber ihre Unabsetzbarkeit ohne gesetzliche Gründe und ohne gesetzliches Verfahren muss die Unterlage ihrer Freiheit sein, ebenso wie Nichtversetzbarkeit ohne ihre Zustimmung ausser in den gesetzlichen Ausnahmefällen, welche im Beamten-gesetz näher zu nennen sind und deren Vorhandensein durch einen Spruch eines Disziplinargerichtshofes festzustellen ist. Die *B e s o l d u n g s*verhältnisse dürften sich für die bisherigen Staatsanwaltsstellen etwas ändern, indem sie eine Abminderung im Verhältnis zu den Richterbesoldungen erfahren dürften da, wo die Besoldung der Staatsanwälte höher ist als die der Richter. Wo die Besoldungen mit dem Dienstalter steigen, kommt die Stellung nicht weiter in Frage. Zu wünschen wäre, dass ein Fortschreiten vom Verteidigungsamt zum Anklageamt besonders durch die Besoldungen geschaffen würde, indem voraussichtlich das Verteidigeramt weniger und leichtere Arbeit haben wird, als das Klage- und Vollstreckungsamt und eine gewisse und recht gute Vorschule für das letztere bildet, jedenfalls auch sehr erheblich zur Herstellung des Gleichgewichtes und der im Berichte der Justizkommission des deutschen Reichstages ersehnten »Harmonie zwischen Anklage und Verteidigung« beitragen dürfte und namentlich vor der stets gefürchteten einseitigen Befangenheit der Beamten der Staatsklage bewahren wird. Jedenfalls wird daran festzuhalten sein, dass die Beamten des Klage- und Vollstreckungsamtes aus dem unteren Richterstand zu wählen sind, dagegen die des Verteidigeramtes aus den Privatanwälten der Rechtsanwaltschaft, sofern es sich um den ersten Eintritt in die öffentliche Anwaltschaft handelt. Dass bei den Amtsgerichten die beiden Ämter mit rechtsgelehrten Trägern zu besetzen sind, dürfte nach dem Ausgeführten selbstverständlich sein, indessen reichen hier Gerichtsassessoren und Rechtsanwälte mit Entschädigung aus der Staatskasse als *s t ä n d i g e* Träger des Verteidigungsamtes aus, ähnlich wie dies in *N o r w e g e n* der Fall ist; denn auf die *S t ä n d i g k e i t* des Verteidigungsamtes

gegenüber dem Klageamt kommt es zur Herbeiführung des Gleichgewichts durchaus an.

Es könnte noch die Frage entstehen, ob nicht die Gesellschaftsanwälte als Träger des Verteidigungsamtes in Konsequenz des dem konstitutionellen Rechtsstaate eigenen Repräsentativsystems durch freie Wahl der Staatsbürger der Staatsregierung zur Bestätigung und Anstellung vorgeschlagen werden sollten und das System der Ehrenämter auch hier neben dem Staatsbeamtensystem eingeführt werden möchte, indem aus der Zahl der Rechtsanwälte die Gesellschaft ihre Vertrauensmänner selbst zu dem Ehrenamt beriefe, oder vielleicht durch die Anwaltskammer des Oberlandesgerichtsbezirks berufen lasse (ständische Repräsentation)? Der von Prof. *Carrara* a. a. O. gemachte Vorschlag, es sollten von Gemeinden oder Gemeindebezirken gewählte ständige Verteidiger das Verteidigungsamt gegen Entschädigung übernehmen und führen, nähert sich ja der obigen Auffassung, indessen ist damit mehr ein Notbehelf des Selfgovernments der Gesellschaft, als eine durchgreifende und in die ganze Organisation sich einfügende Gestaltung geschaffen, gewissermassen Gemeindeämter neben dem staatlichen Klageamt. Vor allen Halbheiten ist bei einer Neugestaltung des Organismus im Strafverfahren zu warnen, wo es gilt ein vollständiges Gleichgewicht der Thätigkeiten herbeizuführen, und die Überlassung der Bestellung von amtlichen Verteidigern zumal auf Kosten der Gemeinden wäre allerdings konsequent mit der Auffassung, dass die Träger der Verteidigung Gesellschaftsanwälte gegenüber den Staatsanwälten sind und die Gemeinden lokale Gesellschaftskreise darstellen und ihre Verwaltung zum grösseren Teil im Namen des Staates führen; allein die Strafrechtspflege ist eben nicht Verwaltungssache und darf es auch nie werden, sondern sie ist Staatsaufgabe durch und durch und Sache des Staates ist es auch, für die Einrichtungen zu sorgen, welche Bedingungen einer richtigen und vernunftgemäss notwendigen, der Gerechtigkeit entsprechenden Organisation sind. Fordert die Ausbildung des konstitutionellen Systems auch in seinen Konsequenzen die gleichmässige Funktionenverteilung von Anklage und Verteidigung mit dem Gegensatz von Staat und Gesellschaft und dessen Ausgleichung in der Rechtsgestaltung durch Einsetzung auch eines Verteidigungsamtes neben dem Anklageamt, so wird die Justizverwaltung sich mit der Zeit der Erfüllung dieser offenbaren Gerechtigkeitsforderung

nicht entziehen können und nicht der Gesellschaft hier die Selbsthilfe überlassen dürfen, sondern freiwillig aus Rechtsüberzeugung jene Erfüllung selbst übernehmen und die Einrichtung des Verteidigeramtes in den staatlichen Organismus mit aufnehmen müssen, wozu die Gesellschaft ihre Einwilligung und Mittelgewährung sicher nicht versagen wird. Beansprucht sie dabei die Vertretung ihrer Interessen mit äussern zu dürfen, indem sie die Beamten der Verteidigung nach einem zu ordnenden Wahlmodus aus den Rechtsanwälten selbst oder durch deren Repräsentation wählen lassen will, so wird dagegen seitens der Staatsregierungen kaum ein Einwand zu erwarten stehen, sofern die staatliche Bestätigung wie bei Gemeinde-Vorstandsbeamtenwahlen ihnen vorbehalten bleibt.

Wie bereits ausgeführt worden, bedarf es einer einheitlichen und deshalb dauernden, ständigen Behördeneinrichtung und zur Selbständigkeit der Justizbehörden erforderlich ist die Anstellung eventuell auf Lebenszeit wie bei den Richtern (§ 6 G.V.Ges.) und die Fähigkeit zum Richteramte, aber auch ein mindestens analoger, wenn auch nicht ganz gleicher, Schutz, wie der in § 8 des G.V.Ges. den Richtern rücksichtlich der Versetzbar- und Unabsetzbarkeit gewährte.

D. Das Strafrichteramt.

Das Repräsentativsystem des konstitutionellen Rechtsstaates ist in dem ersten Entwurf des Gerichtsverfassungsgesetzes und der Strafprozessordnung nach dem Vorgang der letzten sächsischen bez. württembergischen St.P.O. am vollständigsten in der Schöffengerichtsverfassung zur Geltung gebracht gewesen (kleine, mittlere und grosse Schöffengerichte), indem die Verbindung des Staatsrichteramtes mit dem Ehrenamt der Laienrichter als nach einem bestimmten Wahlmodus aus der Gesellschaft hervorgegangenen Vertretern eine konsequente Ausgleichung der Bestrebungen um eine individualisierende Strafrechtspflege wenigstens in der entscheidenden Hauptverhandlung enthielt. Wie bekannt, wurde indessen durch einen namentlich in Süddeutschland gepflegten Widerstand zugunsten des Schwurgerichts jene angebahnte Schöffengerichtsverfassung, welche im Königreich Sachsen eine Probe in den mittleren und niederen Schöffengerichten gut bestanden hatte, beiseite geschoben und nur für die geringeren Strafrechtsfälle bei den Amtsgerichten eingeführt — man möchte sagen: zur Probe. Beibehalten wurde das Schwur-

gericht in seiner seit 1848 von Frankreich überkommenen, wenig umgeformten Gestaltung für die schwersten Fälle, in der durch die Justizkommission des deutschen Reichstages beschränkten Zuständigkeit, und die rechtsgelehrten, ausschliesslich mit nunmehr fünf Staatsrichtern besetzten Strafkammern für die Delikte mittlerer Schwere in erster bez. in der Berufungsinstanz für Schöffengerichtssachen, welche letztere für die leichteren Vergehen und Beleidigungen nur mit drei Staatsrichtern besetzt ist.

Einer der besten Kenner der Entwicklung des neueren Strafprozesses, *Glaser*, (Handbuch I, 524) konnte nicht verhehlen, wie die Gestaltung des Strafprozesses überhaupt, auch die Juryfrage, eine e m i n e n t - p o l i t i s c h e Seite habe ¹⁾, indem die Jury eine die bürgerliche Freiheit schützende Einrichtung und eine bewährte

1) Vgl. *Buchner* im Gerichtssaal II (1853), S. 192 ff. über die politische Auffassung der Jury in England, Frankreich und Deutschland und die vorzügliche Schrift von *A. Vollert*, das Geschworenengericht, 1860. Die politische Parteistellung kennzeichnete durchgängig die Verteidiger und Gegner des Schwurgerichts; vgl. *H. A. Zachariä*, Handbuch a. a. O. I, § 17. *Mittermaier*, Gesetzgebung und Rechtsübung S. 218. Aus Frankreich hat Deutschland nach 1848 das Schwurgericht überkommen, wo es in der grossen Revolution als politische Anstalt in veränderter Gestalt aus England übertragen ward und der Schreckensherrschaft sich ebenso dienstbar wie dem napoleonischen Despotismus erwiesen hatte. Die Warnungen v. *Feuerbachs*, Betrachtungen über das Geschworenengericht, 1813, und seiner Nachfolger, *Möhl*, *Höpfner*, v. *Jagemann*, *Nöllner*, *Grohmann*, *A. Vollert* u. a. m. vermochten nicht eine allgemeinere Stimmung gegen das Schwurgericht zu erzeugen, obschon man den Widerspruch der französischen omnipotence und der alle Willkür begreifenden conviction intime der Geschworenen mit dem Wesen des Strafgesetzes recht wohl erkannte, denn die politische Beurteilung herrschte überall vor, da man das Schwurgericht als Garantie zum Schutz der individuellen Freiheit gegen den Missbrauch der Staatsgewalt ebenso wie in Frankreich betrachtete und auch die Theorie der Teilung der Gewalten aus Frankreich in die Entwicklung der konstitutionellen Idee in Deutschland Eingang fand. Die Geschworenen erschienen als Volksrepräsentanten wie in den alten Blutbanngerichten und die Theorie bemühte sich, dem politischen Institut eine historische, nationale Basis zu verschaffen (*Leue*, das deutsche Schöffengericht, 1847, und viele andere Schriftsteller), andererseits aber versuchten Rechtsphilosophen das Schwurgericht mit der Befreiung des Richterurteils von Beweisregeln in Verbindung zu bringen und mit geistreichen Phrasen der *Hegel'schen* Schule das Urteil der Geschworenen in das Prozesssystem einzuflechten (*Gans*, Beiträge zur Revision der preussischen Gesetzgebung, 1830, *Köstlin*, Wendepunkt des Strafverfahrens S. 391: »Vertretung des Gewissens eines leugnenden Angeklagten« — »Vermittelung der Subjektivität mit der objektiven Gerechtigkeit« u. s. w.). Einen sehr bemerkenswerten Aufsatz über Schwur- und Schöffengericht s. im Archiv für gemeines deutsches St.R. Jahrgang 39 (1891): »Oeffentlichkeit und Mündlichkeit. Aus der Mappe eines Juristen.«

Form sei, in welcher in Ländern von älterer parlamentarischer Schulung die Teilnahme des Volkes an der am tiefsten eingreifenden Art der Geltendmachung der staatlichen Gewalt stattfinde. In dem sehr lebhaft, in Deutschland mehr als in Österreich, entbrannten Kampf um die Beibehaltung der zweifellos überstürzten, im Drang der Ereignisse der Bewegung von 1848 aus dem französisch-englischen Prozess erfolgten Übernahme des Schwurgerichts ist aber die Wertschätzung desselben vorwiegend eine auf politische Vorteile gestützte geblieben und zu derselben wurden die verschiedensten Versuche, auch juristisch-praktische Vorteile zur Seite zu stellen, gemacht gegenüber den ernstesten Bemühungen, die Vorzüge der staatsrichterlichen Beweisprüfung und Entscheidungsgründe und der Unteilbarkeit der That- oder Schuld- und der Straffrage im Vergleich zu der im Schwurgericht notwendigen Zerreissung dieser und der rechenschaftslosen, unbegrenzten Laienüberzeugung zur Geltung zu bringen. Gerade diese hervorstechenden Nachteile zu beseitigen, wurde zur Verständigung jener extremen Richtung mehr und mehr in Vorschlag gebracht, das Laienelement in eine ungetrennte Verbindung mit dem Staatsrichteramt durch gemeinsame Beratung und ebensolche Urteilsfällung im Schöffengericht zu bringen und dieses zur Rechenschaftslegung seiner Entscheidung in Gründen des Urteils zu nötigen, und damit trat die juristisch-technische Seite des Schwurgerichts gegen die politische mehr hervor. Indessen in dem ganz konsequenten Verlangen nach einer durchgehenden Schöffengerichtsverfassung für alle Strafrechtsfälle wurde eine grössere Stabilisierung des Laienelements im Strafrichteramt befürchtet und daher kam das Kompromiss zustande, dass die Schwurgerichte in ihrer Zuständigkeit beschränkt, das Staatsrichteramt für die Mehrzahl der Strafrechtsfälle mittlerer Schwere wegen Wegfallens der Berufung verstärkt und das Laienelement mit den Amtsgerichten in Verbindung gebracht wurde. *Glaser* a. a. O. suchte die Vorteile des Schwurgerichts fast ausschliesslich auf der juristisch-technischen Seite und hauptsächlich darin, dass es besser sei, die unleugbaren technischen Schwierigkeiten des Zusammenwirkens mehrerer Personen, und zumal ungleichartiger Elemente, an derselben Entscheidung in der geordneten und der Verbesserung fähigen traditionellen Form des Schwurgerichtsverfahrens offen hervortreten zu lassen und ihnen offen zu begegnen, als sie dem Zufall der Abmachungen von Fall zu Fall, den unberechenbaren

Transaktionen im Schoos einer ungleichartig zusammengesetzten Körperschaft anheim zu stellen, während die Schöffeneinrichtung leicht Halbwissen, voreilige Abfertigung hervorrufen, das Gefühl der Verantwortlichkeit bei den Laien vermindern und bei der ungleichen Zusammensetzung der Kollegien da dem einen, dort dem anderen Element ein auf viele Fälle sich erstreckendes Übergewicht sichern könne, was bei dem Wechsel der Geschworenen nicht der Fall sei, da eine unglückliche Zusammensetzung nur vorübergehend und das Verantwortlichkeitsgefühl bei dem neu-abgelegten Eid ein stets reges sei. Endlich fand *Glaser*, dass der Widerspruch, der den ganzen Prozess beherrsche, das Bedürfniss zugleich nach festen Regeln und nach der vom einzelnen Falle geforderten Individualisierung, seinen entsprechenden Ausdruck in dem Gegensatz des Gerichts und der Jury und seine Ausgleichung in ihrem gesetzlich geordneten Ineinandergreifen finde.

Auch *Gneist* in den »Vier Fragen« a. a. O. hatte der vierten Frage über »die Konstruktion des Hauptverfahrens« ein »Schlusswort über die Schöffengerichte« angefügt und nach ausführlicher Abwägung der Gründe für und wider die Beibehaltung des Schwurgerichts und für und wider die Einführung der Schöffengerichtsverfassung, nach Beseitigung oder auch Beibehaltung jenes für die schwersten Fälle, die politischen Vorteile den rechtlichen Gesichtspunkten untergeordnet, indem er von dem Hauptgesichtspunkt ausging, dass innerhalb des Gesamtbaues unseres deutschen Gerichtswesens die Handhabung einer stetigen, unbeugsamen Gerechtigkeit unter dem Parteiwandel des konstitutionellen Staates unser höchstes Ziel sein müsse und dass dafür noch keine zuverlässigere Grundform gefunden sei, als die Handhabung des Gesetzes unter der bindenden Autorität eines höchsten Gerichtshofes, — welche sich als bindende Anweisung an die Geschworenen fortsetze — den Geschworenen aber das selbständige Urteil über die Subsumtion der Thatsachen unter das Gesetz überlasse. Jeder Geschworenenspruch vollziehe sich damit als ein Akt des Gehorsams gegen das Gesetz und gewöhne das bürgerliche Leben an das Bewusstsein der Unterordnung unter Gesetz und Obrigkeit, denn dass dieses Bewusstsein der Gesellschaft in ihrem vermeintlichen Rechte auf Selbstinterpretation der Verfassung und der Gesetze abhanden komme, sei die Wurzel des Uebels im bisherigen Schwurgerichte; erst wenn die Jury ihre

Unterordnung unter Gesetz und Richteramt begreife, werde sie die freie, sichere und bedeutungsvolle Stellung für den Schuldig-spruch gewinnen, welche ihr zukomme; statt sie zu heben, würde aber das Schöffengericht (des 1. Entwurfs) die herrschende Ver-wirrung der Vorstellungen durch die Autorität der höchsten Reichs-gewalt anerkennen, legalisieren und befestigen. *Gneist* ging, wie auch im 14. deutschen Juristentag, davon aus, dass »die Rechts-belehrung durch den Vorsitzenden für die Geschworenen kraft ihrer Amtspflicht b i n d e n d« s e i n m ü s s e, wie in England dies gewohnheitsrechtlich anerkannt sei. Dagegen aber wurde mit Recht bemerkt, dass sich dort die Rechtsbelehrung hauptsächlich auf das tief im Volksbewusstsein wurzelnde Beweisrecht, welches sich seit Jahrhunderten herausgebildet hat, erstrecke, während in Deutschland ein solches bindendes Gewohnheitsrecht nicht mehr besteht, und dass der Grundsatz der freien Beweiswürdigung in weitestem Sinne für den Laienrichterspruch bestehe, dass unter diesen Umständen die Geschworenen durch die Rechtsbelehrung des Vorsitzenden nicht zur Befolgung derselben, die doch auch eine irrige für rechtskundige Geschworene sein könne, verpflichtet werden dürften, da man ihnen auch nicht verbieten könne, die Rechtsausführungen der Parteivertreter mit der Rechtsbelehrung des Vorsitzenden abzuwägen oder mit einer abweichenden eines anderen Vorsitzenden zu vergleichen. Die bindenden Anweisungen des höchsten Gerichtshofes sind aber allen Richtern gegenüber nicht von der Bedeutung eines Ueberzeugungsunterordnungszwanges und dem gegenüber bleibt allen Richtern die Selbständigkeit ihres Urteils über die Thatsachenunterordnung unter das Gesetz vorbe-halten; der Akt des Gehorsams gegen das Gesetz, welcher sich in jedem Geschworenenspruch vollziehe, ist sonach kein Zwangs-akt infolge einer bindenden Rechtsbelehrung seitens des Vor-sitzenden, sondern ein Akt freier Ueberzeugung, mag sie auf klaren Gründen oder auf einem unklaren Rechtsgefühl, einer inner-lichen Befriedigung oder dem sog. Gesamteindruck beruhen, und dabei denkt kaum ein Geschworener daran, noch viel weniger das Publikum, dass mit jedem Geschworenenspruch sich die Geschwo-renen dem Gesetz und Richteramt und als Vertreter der Gesell-schaft diese dem Gesetze unterordne, wohl aber ist der Geschwo-rene sich seines Eides bewusst, nach bestem Wissen und Ge-wissen zu urteilen, wodurch die Willkür, sich selbst das Recht, ohne Beachtung des Gesetzes, zurechtzulegen, ausgeschlossen ist.

Will man aber den Richterspruch als Akt des Gehorsams gegen das Gesetz bezeichnen, so ist in dem eines Schöffengerichts auf seiten der Schöffen weit mehr Garantie dafür gegeben, dass bei der Beratung unter Leitung der Staatsrichter das Bewusstsein der Unterordnung unter das Gesetz aufrecht erhalten werde, als bei der Beratung der Geschworenen, wo ein einziges redebegabtes Mitglied nur die »Omnipotenz« der Geschworenen zu berühren braucht, um den übrigen den Gehorsam gegen das Gesetz schwinden zu machen. Die Selbstinterpretation Richtern verwehren zu wollen, ist gegen den Grundsatz aller Gewissensfreiheit, und nötigt man die Geschworenen, der Rechtsbelehrung zu folgen, so steht man vor der Alternative: sie folgen zwar, aber sie thun es wider ihre Ueberzeugung und die Rechtssubsumtion ist nicht die ihrige, sondern die des Vorsitzenden, oder sie folgen dem Gewissenszwang nicht, weil sie es nicht überwinden können, und subsumieren die That nicht, auf die Gefahr hin, sich den Vorwurf des Ungehorsams nicht gegen das Gesetz, das sie abweichend verstehen, aber gegen die Rechtsbelehrung des Vorsitzenden zuzuziehen. Die Ausgleichung aber zwischen Abweichungen der Gesetzesauslegung seitens Laien- und juristischen Richtern in der Urteilsberatung vermag daher weit eher im Schöffengericht als im Schwurgericht erreicht zu werden, da die Geschworenen mit dem Eintritt in das Beratungszimmer sich souverän fühlen und nur bei gänzlicher Hilflosigkeit sich den Vorsitzenden zur Beseitigung eines grundlegenden Zweifels in das Beratungszimmer erbitten. Die Wirkungen der souveränen Freisprüche aus Ungehorsam gegen das Gesetz werden im Publikum recht sehr empfunden, aber stets zum Nachteil des Vertrauens zur richtigen Organisation der Strafrechtspflege, viel weniger aus dem Erkennen zufälliger schlechter Besetzung der Geschworenenbank, welches dem Publikum nicht so leicht möglich ist, wie dem Richterpersonal oder den Parteivertretern. Wie aber gerade die Stetigkeit einer unbeugsamen Gerechtigkeit unter dem Wandel der Parteiherrschaft im konstitutionellen Staate durch die Geschworenen gesichert sein soll, ohne die englischen Garantien, das bleibt unfindlich, wenn mit dem steten Wechsel der Laienrichter bald mehr bald weniger konservative Elemente, unter der Herrschaft des Zufalles auf die Richterbank zu sitzen kommen und dem Vorsitzenden allein in der Rechtsbelehrung die Fürsorge für jene Stetigkeit anvertraut ist. Eine wirklich stetige Rechtspflege wird

nur durch ständige rechtsgelehrte Gerichtshöfe herbeigeführt und erhalten, wie sie im Herzogtum S. A l t e n b u r g nach Beseitigung eines kurzlebigen Schwurgerichts durchweg bestanden in der Besetzung mit einem Unterrichter, drei Mittelrichtern und fünf O b e r r i c h t e r n . Wohl motivierte und gutgearbeitete Urteile dieser Gerichte gaben ein Bild einer zuverlässigen, stetigen, soliden, vertrauenerweckenden Strafrechtspflege. Die zahllosen Bemühungen um die Verbesserung der Schwurgerichte werden vom juristisch-technischen Gesichtspunkt aus niemals solche Garantien einer sicheren und stetigen Strafrechtspflege geben, wie die vorerwähnte Gerichtsorganisation nebst der Befreiung des Verfahrens von einem gefährlichen und zeitraubenden Formalismus¹⁾. Die vielfachen Versuche, das mamentlich in B a y e r n besonders wegen der Press- und politischen Vergehen hochgehaltene Schwurgericht zu verbessern, ziehen sich durch eine Reihe d e u t s c h e r J u r i s t e n t a g e hindurch, worüber *G. Pfizer* a. a. O. S. 41 ff. unter »Schwurgericht und Juristentag« eine gute kritische Skizze gezeichnet hat. *Olshausens* Wertdekret: »Die Geschworenengerichte verdienen nicht das ihnen entgegengebrachte Vertrauen« wurde im 17. Juristentag (1886) nicht zur Abstimmung gebracht, wohl aber der *Kühne'sche* Antrag mit grosser Mehrheit angenommen: »Die dermalige Einrichtung des schwurgerichtlichen Verfahrens ist der Reform bedürftig«. Für Beteiligung der Laien an der Strafrechtspflege erklärte sich die Mehrheit, allein auch die Verteidiger des Schwurgerichts, welche es für »besser als sein Ruf« erklärten, gestanden die Reformnotwendigkeit zu, jedoch der Vorschlag, alsbald die Schwurgerichte durch »grosse Schöffengerichte« zu ersetzen, fand, da erst seit 7 Jahren die deutsche Gerichtsverfassung bestehe und die Mehrheit des Reichstages damit sich wohl nicht

1) Auch *Bennecke*, Lehrbuch a. a. O. S. 51, Anm. 5 bezeichnet von nur juristischem Standpunkte aus es als erstrebenswertes Ziel der Strafrechtspflege, Kollegialgerichte mit Berufsrichtern einzusetzen, was freilich den Staaten schwere Kosten verursachen möchte; bis dahin aber würden Laien- oder »Dilettanten«richter ihren Platz in der Strafgerichtsverfassung behalten, den sie als Schöffen immer noch weniger schlecht ausfüllten, denn als Geschworene, welche mit den Handelsrichtern im Zivilprozess, da sie technische Sachverständige wären, nicht zu identifizieren seien. Auch *H. Meyer* a. a. O. S. 28 will in Anerkennung der gewichtigen Gründe, welche die Zuziehung von Nichtjuristen zur Aburteilung von Strafsachen unterstützen, das Schöffengericht dem Schwurgericht vorgezogen wissen, erkennt aber prinzipiell von seiner Auffassung ausgehend in der Verdrängung des Staates aus der Rechtsprechung, als einer der obersten Staatsaufgaben, eine Verneinung des Staates.

einverstanden erklären werde, eine Veränderung eintreten zu lassen, keinen Anklang. Auch *Pfizer* a. a. O. stimmt dem *Ols-
hausen*'schen Misstrauensvotum zu, aber er schwankt sichtlich bei Beantwortung der Frage, was an die Stelle der Schwurgerichte treten solle? ob Gerichte ausschliesslich mit Rechtsgelehrten besetzt oder Schöffengerichte? und wenn letztere, dann in welcher Zusammensetzung? Wenn die Frage lediglich vom juristisch-theoretischen Standpunkt aus zu beantworten wäre, würde er sich unbedingt für rechtsgelehrte Gerichte erklären, weil auf dem Gebiet der Rechtsprechung der Jurist der Künstler, der Laie — im besten Fall — Dilettant und der tüchtige Jurist unter allen Umständen und in jeder Beziehung als Richter auch dem tüchtigen Laien überlegen sei. Da aber die Frage auch vom praktisch-politischen Standpunkt aus zu beantworten sei, so sei nur eine Organisation, die das Vertrauen des Volks genieße, beizubehalten und dies letztere sei im höheren Masse als den Beamtengerichten den Schwurgerichten gegenüber der Fall, ja es sei wohl nie zu erwarten, dass die Anhänger des Schwurgerichts auf dieses verzichten würden, falls ihnen nicht an seiner Stelle etwas anderes, eine Unbefangenheit und Unparteilichkeit seiner Mitglieder mindestens gleich gewährendes Gericht geboten würde. Das sei aber nicht der Fall mit dem auf dem 10. und 18. Juristentag in Vorschlag gebrachten und seiner Zeit vom preussischen Minister *Leonhardt* in Aussicht genommenen »grossen Schöffengericht« (drei Juristen und vier oder sechs Laienrichter oder auch deren neun) als ein einheitliches Kollegium, da hier die Einheitlichkeit ohne Bedeutung sei, wenn die Laienrichter den geübten Juristen gegenüber nur Nullen seien. *Pfizer* beruft sich hierbei auf seine Erfahrungen, welche er als Beisitzer in den in W ü r t t e m b e r g bis 1879 bestandenen unteren und mittleren gemischten Gerichten nach sächsischem Muster gemacht habe (bei den Oberamtsgerichten 2 Juristen und 3 Schöffen, bei den Kreisgerichten umgekehrt): »dass die Schöffen aber hier oder dort irgend einen Nutzen gestiftet haben, das wird, ohne rot zu werden, kaum ein württembergischer Jurist behaupten« ¹⁾. In

1) Das ist ein auffallend hartes Urteil über die Befähigung der Laien zum Richteramt, welches mittelbar auch sich gegen die Geschworenen richtet und nur in Ueberschätzung der Herrschaft der rechtsgelehrten Beisitzer und Unterschätzung des gesunden Urteils und der Selbständigkeit seiner Geltendmachung auf seiten der rechtsunkundigen Beisitzer seinen Grund haben kann. Der Bildungsstand der Schöffen

ziemlicher Uebereinstimmung mit Reichsgerichtsrat Dr. *Mittelstädt* wollte *Pfizer* a. a. O. ein Gericht aus zwölf Laien und einem ausgezeichneten Juristen als Vorsitzenden, möge man es Schwur- oder Schöffengericht nennen, mit eingeschränkterer sachlicher Zuständigkeit für eine Reihe von auch der Art nach, nicht bloss der Schwere nach, gesetzlich begrenzter Strafrechtsfälle periodisch zusammentreten lassen zu Hauptverhandlungen, worin die Leitung und alle damit zusammenhängenden Beschlüsse dem Vorsitzenden allein obliege und dieser den Laienrichtern die Gründe für einen Antrag vortrage, worauf ihnen die Entscheidung über die Schuldfrage in ihrem ganzen Umfang zustehen solle, jedoch solle die absolute Stimmenmehrheit schon entscheiden, aber eine Verurteilung durch die Schöffen nicht gegen den Antrag des Vorsitzenden, welche also namentlich die Parteivertreter zu überzeugen bestrebt sein müssten, eintreten dürfen, weshalb hier die falsche gerichtliche Beredtsamkeit der echten weichen müsse; dagegen würden für Bejahung mildernder Umstände sieben Stimmen einschliesslich derjenigen des Vorsitzenden erforderlich sein, dem die Strafbemessung wie in England, allein zufiele; an die Stelle des jetzt unanfechtbaren Wahrspruchs und des darauf gebauten Urteils solle ein einheitliches mit Gründen versehenes und anfechtbares Urteil, das der Vorsitzende (mit Hilfe jüngerer Arbeitskräfte) auszuarbeiten habe, treten. Ueber das Rechtsmittel und den Gerichtshof, an welchen dasselbe zur Entscheidung gehen soll, hat *Pfizer* sich vorerst nicht weiter ausgelassen. Der Durchführung der Schöffengerichtsverfassung nach unten vermag er sich jedoch nicht anzuschliessen, weil dadurch die Rechtsprechung technisch nicht verbessert werde und die den Strafkammern überwiesenen Fälle politisch von untergeordneter Bedeutung seien.

Der vorstehende Vorschlag wurde hier erwähnt, um zu zeigen,

in Württemberg wird wohl nicht geringer sein als in Mitteldeutschland, wo seit 1848 die Bildung in öffentlichrechtlichen Dingen, besonders durch eine auf Selbstverwaltung beruhende Gemeindeverfassung, durch das Vereinsrecht, Verbreitung vielseitiger Presserzeugnisse, eine erhöhte Schulbildung, ausserordentlich fortgeschritten ist und besonders durch die Oeffentlichkeit des Gerichtsverfahrens die Kenntnis dieses wie auch des Strafrechts in weiten Kreisen sich verbreitet hat. Das Begreifen der Rechtsfragen, welche sich so oft wiederholen, ist den Laien gar nicht abzusprechen, wenn ihnen nur gemeinverständlich erklärt wird, und es kommt häufiger zum Vorschein, was *Schiller* sagt: »was nicht der Rat der Verständigen sieht, das findet in Unschuld ein kindlich Gemüt« — um wie viel mehr aber ist der Rat und der Einwand eines gebildeten Mannes ein Prüfstein für den rechts(ein)gebildeten Staatsrichter!

welche Bemühungen gemacht werden, das Schwurgericht in einer anderen Form zu erhalten und die Anhänger desselben zu Transaktionen zu veranlassen — immer aber kehrt bei allen derartigen Versuchen der unüberwindliche Gedanke wieder, dass aus politischen Rücksichten das Laienelement in der Strafrechtspflege nicht zu missen sei, und wäre es nur, um dem Mangel des Vertrauens in eine nur von rechtsgelehrten Strafrichtern geübte Strafrechtspflege durch Beifügung von Gesellschaftsvertretern abzuhelpen, und dieser Gedanke ist es auch, der die Vorschläge zu einer durchgreifenden Schöffengerichtsverfassung, selbst bei denjenigen, welche von den praktischen Vorzügen dieser vor dem Beamtenrichtertum nicht überzeugt sind, immer wieder beherrscht.

Es ist jedenfalls der konstitutionelle Gedanke, welcher sich in den Nationen der Neuzeit eingelebt hat, mag es nun der von Frankreich überkommene der Teilung auch der richterlichen Gewalt zwischen Staat und Gesellschaft sein, oder der mit den aus England übertragenen mit dem Parlamentarismus gleichlaufenden Selbstverwaltungsbestrebungen, oder der der notwendigen Vertretung der Gesellschaft neben der Gesetzgebungsgewalt des Staates auch in der Gesetzesanwendung sein — kurz es ist die Ueberzeugung von der politischen Notwendigkeit einer Anteilnahme der Volksvertreter an einem der wichtigsten Staatsfunktionenbereiche, in welchem die Interessen von Staat und Gesellschaft sich am nächsten berühren und wo es gilt, eine feste und Dauer verheissende, gegen alle Parteiströmungen sichernde Organisation zu schaffen — auf dem Wege der Gesetzgebung einen Teil der Verfassung in einer dem konstitutionellen Rechtsstaat entsprechenden Rechtsordnung¹⁾. Es wird eben noch immer für

1) In der Reichsgesetzgebung tritt die Ausbildung des konstitutionellen Rechtsstaates immer mehr in den Vordergrund durch Heranziehung von Gesellschaftsvertretern zur Verwaltung von Staatsanstalten und Staatseinrichtungen, welche namentlich der Gesellschaft zugute kommen; auf die Ehrenämter wird ein Teil der Verwaltung übertragen, aber auch ein Teil der eine Ausgleichung mit einander in Widerspruch tretenden Interessen und Ansprüche, z. B. in den Friedensrichtern, in dem ausgedehnten Schiedsrichteramt, in den Einigungsämtern u. s. w. Die ganze neuere soziale Gesetzgebung fusst auf dem Repräsentativsystem und der verschiedenen Abgrenzung der Bewegungsgebiete durch Ordnungen verfassungsmässiger Art. Nachdem die sog. Rechtsgesetzgebung nahezu vollendet ist, erstreckt sich die gesetzgebende Thätigkeit auf die Verwaltungsgesetze und die wirtschaftlichen Lebensordnungen — alles das führt zum Ausbau des konstitutionellen Rechtsstaates im Deutschen Reiche, dem sich die Landesgesetzgebungen anzuschliessen nicht umhin können.

die konstitutionelle Rechtsstaatsidee eine passende Form gesucht, welche einer den Bedürfnissen des Staats wie der Gesellschaft entsprechenden Vertretung gerecht werde. Da das Strafverfahren vorwiegend öffentlichrechtlicher Natur ist, muss sich auch in ihm das konstitutionelle Prinzip abspiegeln und zwar das Repräsentativsystem nicht bloss in der Parteivertretung, sondern auch in dem Strafrichteramt, wenigstens der entscheidenden, über die Unterordnung der festgestellten Thatsachen unter das Strafgesetz urteilenden Gerichte. Das ist nur eine Konsequenz der Teilnahme der Gesellschaftsvertreter an der Strafgesetzgebung, indem dieselben Faktoren, welche hier gewirkt haben, Staat und Gesellschaft, auch durch Vertreter an dem Vollzug der Strafgesetze gegen deren Uebertreter mitwirken zur Auffindung der im Urteil des angestregten Verfahrens festzustellenden Individualrechtsnorm nach Massgabe des Strafgesetzwillens, woran sie ein gleiches Interesse haben, indem sie sich gegenseitig kontrollieren bei der Strafgesetzanwendung und dabei zu einer Vereinigung im Urteil gelangen nach Massgabe der gesetzlichen Abstimmung, jedenfalls mindestens nach Mehrheitsbeschlüssen, denen sich die Minderheit zu fügen hat. Hiermit aber ist eine ungetrennte Verbindung des Staatsrichteramtes mit dem Ehrenamt der Volksrichter in jedem Gericht geboten und das Schwurgericht in seiner jetzigen Geteiltheit ebenso ausgeschlossen wie das *Pfizer'sche* Surrogat. Der Grundgedanke im Schöffengericht, welches sonach allein die Möglichkeit jener Verbindung gibt, ist derselbe wie bei der Gesetzgebung: die Vereinigung der beiden Faktoren, hier Richter des Staates als ständige Beamte, dort Laienrichter nach einem gesetzlichen Wahlmodus entweder auf Zeiten oder für eine einzelne Sitzung gewählt, entsprechen der Staatsregierung und der Volksvertretung als den verfassungsmässig zur Gesetzesverabschiedung Berufenen. An der Auffassung der Staatsrichter prüfen die Laienrichter die Richtigkeit der vulgären Rechtsauffassung und umgekehrt an der kundgegebenen letzteren Auffassung prüfen die Staatsrichter die Richtigkeit ihrer auf dem Rechtsstudium und der Rechtsübung beruhenden Auffassungen; die gegenseitige Kontrolle führt zu einer Abwägung der abweichenden Meinungen und zu der bedeutsamen Vermittelung der vom Abstrakten ausgehenden Rechtsfolgerungen der Staatsrichter mit der im konkreten Falle gegebenen natürlichen und einfachen Beurteilung

der Laien, so dass dasjenige Ergebnis erreicht wird, was nach der Natur des Strafgesetzes, ganz besonders bei Zulassung der Annahme mildernder Umstände und bei dem weiten Spielraum für die Strafabmessung nach den sog. relativen Strafmassen, erzielt werden soll: — die Individualisierung oder die auf die Eigentümlichkeiten des Einzelfalles vom Gesetzesgedanken entlehnte Gesetzesanwendung. Diese aber wird vorzugsweise durch das Laienelement verwirklicht und daraus folgt die Notwendigkeit, dass es in ein angemessenes Verhältnis zum Staatsrichteramt gebracht werde —, die Ueberlegenheit an Qualität bei den Staatsrichtern dürfte auszugleichen sein durch die Quantität der Laienrichter, indem jenen die doppelte Anzahl dieser gegenüber oder zur Seite stehen dürfte, was die bisherige Schöffengerichtsbesetzung bei den unteren Schöffengerichten ergibt, eine Besetzung der mittleren Schöffengerichte mit zwei Staats- und vier Laienrichtern und eine der grossen Schöffengerichte mit drei Staats- und sechs Laienrichtern. Dass aber die nach einem Zensus der Ehrbarkeit, der Intelligenz und Tüchtigkeit stattfindende Wahl neben den Staatsrichtern blosse Nullen, wie *Pfizer* hyperbolisch meint, in jener Zusammensetzung ergeben würde, wäre wohl nicht zu befürchten, da die Wahrscheinlichkeit dafür spricht, dass doch wohl bei vier und sechs Laien wenigstens die Hälfte ein selbständiges Urteil habe, vollends nach und nach erlange, wenn das Schöffenamtsamt ein periodisch dauernd zu bekleidendes werden würde oder wenn es wiederholt von denselben Personen geführt wird.

Die Frage der Besetzung der Schöffengerichte hängt lediglich von der über die Zulässigkeit der Berufung gegen ihre Urteile ab und davon, wenn eine solche zugelassen wird, ob dieses Rechtsmittel ebenfalls wieder an ein Schöffengericht oder an ein nur aus Staatsrichtern bestehendes Obergericht, und im ersteren Falle, ob es an ein anderes bei demselben Gericht zu bildendes Berufungsgericht einzuwenden sein soll oder an ein höheres, zunächst übergeordnetes Gericht. Diese Fragen aber zu beantworten, liegt unserer Aufgabe zu fern, indessen mag hier nur bemerkt werden, dass Berufungen wegen Rechts- und Strafbemessungsfragen mehr vor ein nur mit rechtsgelehrten Richtern besetztes Obergericht als vor ein Schöffengericht gehören dürften, während solche wegen That- und Beweisfragen, bezüglich welcher meistens eine volle Reproduktion der ersten Hauptverhandlung in der Berufungsinstanz stattfinden müsste, vor ein neues anderes,

mit anderem Richterpersonal besetztes, vielleicht auch auf der juristischen Seite noch mit einem oder zwei Richtern verstärktes, oder vor ein höheres Schöffengericht zu bringen wären; dass bei der Devolvierung an ein höheres Gerichte die Oberlandesgerichte als Berufungsinstanz mit in Anspruch genommen werden müssten, ja bei Berufungen wegen That- und Beweisfragen sogar unter Zuziehung von Schöffen, würde ausser Zweifel stehen, während dies nicht der Fall ist, sofern die Berufung an parallel laufende Berufungsgerichte bei demselben Gericht gehen würde ohne Unterschied zwischen That-, Beweis- und Rechtsfrage (Straffrage), so dass bei den Amtsgerichten unter dem Vorsitz eines anderen Amtsrichters das Berufungsgericht mit zwei Schöffen gebildet würde, oder wo mehrere Schöffengerichtsabteilungen bereits bestehen, die Berufung an eine andere ginge; desgleichen muss auch bei den Strafkammern der Landgerichte, aus welchen als Gerichten für alle Zwischenbeschlüsse und Beschwerden die Vorsitzenden und rechtskundigen Beisitzer für die mittleren erstinstanzlichen Schöffengerichte und Berufungsgerichte mit Schöffen zu bilden wären und ebenso die verstärkt besetzten grossen (vielleicht alle zwei Monate zusammentretenden) Schöffengerichte als erstinstanzliche und eine andere Abteilung als Berufungs-Schöffengerichte. Dabei ist zu gedenken, dass die meisten auf eine Beweisreproduktion oder Beweisergänzung hinauslaufenden Berufungen nur eine Wiederholung oder Ergänzung einer Beweiserhebung behufs Ausschliessung eines Irrtums über den Thatbestand bezwecken und zur Erreichung dieses Zweckes weder ein im Personal verstärktes, noch ein höheres Gericht erforderlich ist, sondern nur ein anderes, gleichgeartetes vollkommen ausreicht; dagegen in reinen Rechts- und Strafbemessungsfragen würde eine verstärkte bez. höhere Instanz angebracht erscheinen — vorbehaltlich der Möglichkeit der Trennung jener von den Thatfragen. Die *Revisionsinstanz* bleibt selbstverständlich hier unberührt. Indessen schwebt die Frage wegen Wiedereinführung der Berufung, welche man bisher in den Schöffengerichtssachen nicht aufgeben zu dürfen gemeint hat, noch in betreff der Strafkammersachen und würde bei einer Umgestaltung der Schöffengerichte nicht zu umgehen sein. Dass sich aber hier Ausgleichungen finden werden, darf nicht in Zweifel zu ziehen sein.

Unter der Voraussetzung jedoch, dass das Vorverfahren in der oben ausgeführten Weise organisiert und gegen Unvollständig-

keiten und Unsicherheiten durch eine gleichmässige Parteivertretung vor Gericht geschützt wird, sind ausreichende Garantien für eine dem Ernst der Sache entsprechende Vorbereitung der Hauptverhandlung gegeben, sodass die Berufung entbehrt werden kann, wenigstens gegen Urteile der stärker besetzten Schöffengerichte, sofern auch die Wiederaufnahme der Hauptverhandlung eine Erweiterung finden würde. Wird in den jetzigen Schöffengerichtssachen die Berufung ebenfalls ausgeschlossen, so bedarf es für diese einer analogen Bestimmung des § 199 St.P.O., welche bisher ausgeschlossen war, weil in Schöffengerichtssachen die Berufung zugelassen worden war und hiermit die gesetzgeberische Voraussetzung, auf der § 199 beruht, für diese Sachen sich erledigt. »Man darf daher sagen, dass der § 199 nicht zur Anwendung kommt, sobald zur Entscheidung ein Gericht zuständig ist, gegen dessen Urteil die Berufung zugelassen ist« ¹⁾. Bekanntlich war nach dem Plan des preussischen Justizministers *Leonhardt* im ersten Entwurf des Gesetzes das System der Schöffengerichte in drei Stufen aufgebaut nach der Dreiteilung der Verbrechen i. w. S. in folgender Weise: die kleinen Schöffengerichte bei den Amtsgerichten sollten aus zwei Schöfften und einem Amtsrichter als Vorsitzenden, die mittleren aus drei Schöfften und drei Landrichtern einschliesslich des Vorsitzenden und die grossen ebenso aus drei Staatsrichtern jedoch dazu aus 6 Schöfften bestehen; eine dem Angeklagten nachteilige Entscheidung der Schuldfrage sollte nur mit mindestens zwei Dritteln der Stimmen beschlossen und ein mit Gründen zu versehendes, nur von den Staatsrichtern zu unterschreibendes Urteil binnen drei Tagen zu den Akten gebracht werden. Dieses System war insofern neu und, was allgemein anerkannt wurde, auch k o n s e q u e n t, als es für alle Stufen der Straffälle und Strafgerichte die Aufnahme des Laienelements in einer überwiegenden Zahl zur vollständigen Mitwirkung in der ganzen Hauptverhandlung anordnete, während im Königreich *Sachsen* 1855 durch Befürwortung des Generalstaatsanwalts Dr. v. *Schwarze* das Schöffengericht bei den Einzelrichtern mit zwei Schöfften, bei den Bezirksgerichten als Mittelgericht mit 3 Richtern und 4 Schöfften eingerichtet war, in *Baden* und noch vereinzelt aber zwei Nachbarschöfften neben einem Einzelrichter zur Aburteilung der geringsten Straffälle berufen waren,

1) *Schwarze*, Erörterungen a. a. O. S. 90.

und in W ü r t t e m b e r g an althergebrachte Einrichtungen sich anschliessende Untergerichte von zwei Staatsrichtern und drei Schöffen und auch Mittelgerichte von drei Staatsrichtern und zwei Schöffen bis zum Jahre 1879, nach sächsischem Muster eingerichtet, bestanden (Gerichtsverfassung und Strafprozessordnung von 1868). Es handelte sich, wie auch *Gneist* a. a. O. S. 172 zugestehen musste, in jenem Entwurf I des deutschen Gerichtsverfassungsgesetzes um einen neuen Versuch, welcher das »sehr löbliche Bestreben einer durchgehenden Gleichheit des Grundsystems« und einer äusserlich vollkommen durchgeführten *E i n h e i t* aufwies. Wenn auch *Gneist* für die Uebertretungen nur das Einzelrichtersystem nach englischem Vorbild für geeignet erachtete, weil er in den beiden Schöffen (»Habitué's auf der Gerichtsbank«) mehr ein Hindernis für die Beweglichkeit des Polizeirichters als eine Sicherung des Richterurteils erkannte, so hält er das Bestreben einer Gleichmässigkeit des Gerichtssystems für Verbrechen und Vergehen für ein vollkommen berechtigtes und erkennt auch nicht die *s e h r e i n f a c h e u n d g l e i c h m ä s s i g e F o r m* des Verfahrens und des Rechtsmittelsystems des Entwurfs I. der St.P.O., sowie, dass damit weit verbreiteten Meinungen der heutigen Gesellschaft (1874), namentlich bezüglich der vollständigen Teilnahme der Schöffen an allen Entscheidungen und Beschlüssen in der Hauptverhandlung vermöge der *v o l l s t ä n d i g e n F u s i o n* beider Richterklassen entgegengekommen worden sei; indessen *Gneist* erachtet die Stellung der Laien im Schöffengericht mit der heutigen Natur des Strafrechts für völlig unvereinbar und alle jene bestehenden Vorzüge nicht für geeignet, die Aufopferung von Rechtsgrundsätzen, die ein deutscher Gesetzgeber nicht aufgeben könne, aufzuwiegen; allein seine Gründe laufen auf eine Vergleichung des Schöffengerichts mit dem Schwurgericht hinaus, dessen rechtlichen Wert er aber stets in die problematische Voraussetzung verlegt, dass das Schwurgericht nur dann als lebendiges und zuverlässiges Organ des Gesetzes erscheine, wenn es die richtige Rechtsweisung erhalte — und befolge! Der Angeklagte hat, wie der Richter *Story* seinen Mitbürgern erklärte, allerdings ein Recht, nach dem Rechte des Landes gerichtet zu werden, nach dem feststehenden Rechte des Landes, nicht nach dem Rechte, wie es eine beliebige Jury verstehe, oder aus Uebermut, Unwissenheit oder zufälligem Missverständnis auslegen möchte, und dazu soll ihm der Richter ver-

helfen in seiner charge — die, wie oben betont, hauptsächlich das Beweisrecht neben dem Gesetz über Bestrafung, das nur in seinem ersten Teil betr. den Thatbestand in Frage kommt, erklären und den Geschworenen als sie bindend vorführen soll. Aber die Garantie für eine Belehrung und Verständigung der Laien ist doch sicher im vereinten Schöffengericht selbst für den Fall einer Meinungsverschiedenheit der Staatsrichter unter sich, eine weit grössere als im Schwurgericht, wo bei der Beratung der Geschworenen jede Möglichkeit einer rechtskundigen Belehrung und Ansichtenberichtigung ausgeschlossen ist, welche erst recht am Platze ist, wenn die Laien ihre Auffassungen gegen einander austauschen und vor der Abstimmung stehen. Eine Verweisung auf die Autorität der Rechtssprüche des obersten Gerichtshofes ist bei herrschenden Meinungsverschiedenheiten in der Beratung mit den Schöffen das wichtigste Mittel der Ueberzeugungsgewinnung und die Verweisung auf die Praxis in Beweisfragen nicht minder von Bedeutung. Eine Majorisierung der Staatsrichter durch die Schöffen wird jedoch zu den Seltenheiten gehören und dann, wenn sie stattfindet, so ist die Verantwortung einer Unrichtigkeit im Spruche auf Kosten der Einrichtung zu setzen, welche die Gesellschaft ihrer Vertretung verdankt. Indessen auch hiergegen lässt sich eine Abhilfe verschaffen durch eine gesetzliche Bestimmung dahin, dass die Staatsrichter, ganz besonders der vorsitzende Amtsrichter, das Recht erhalten, wenn sie z. B. bei einer Verurteilung eine Majorisierung zu befürchten haben oder bei der Abstimmung durch die Schöffen allein majorisiert werden und diese Abstimmung eine durchaus vor dem Gesetz unhaltbare ist, vor der Urteilsverkündung die fr. Sache vor ein anderes Schöffengericht, mit anderer Schöffenbesetzung verweisen zu dürfen¹⁾.

Es lassen sich ja für und gegen das Schwurgericht sowie auch für oder gegen Schöffengerichte, für oder gegen ausschliessliche Staatsgerichte eine Menge Gründe aufführen und sind deren schon wiederholt aufgeführt worden²⁾, allein es sind doch immer

1) Etwas ähnliches besteht im englischen Strafprozess, wo der vorsitzende Richter sein Urteil aussetzen kann, wenn er überzeugt ist, dass der Wahrspruch der Jury dem Gesetze nicht entspreche, oder wenn er wenigstens darüber im Zweifel ist, ob Beweisrechtsfragen oder sonst zweifelhafte Rechtsfragen in dem Spruche beachtet sind. Dann wird die Sache an den aus 5 Richtern besetzten obersten Gerichtshof (court of appeal) gebracht, vor dem die Parteien verhandeln und welcher die Rechtsfrage entscheidet; vergl. *Mittermaier*, Gesetzgebung und Rechtsübung S. 646.

2) Verfasser hat in dem Aufsatz: »Der Schwurgerichtsstreit in Deutschland«

einzelne hervorragende Gesichtspunkte, welche als durchschlagend zu betrachten sind, und so auch bei *Gneist*, welcher in dem einheitlichen Walten der Grundsätze des Strafrechts die Rückkehr der Nation zu der Einheit des Rechtslebens in höchster Bedeutung und in dieser Lage es als den Beruf der Rechtsverständigen Deutschlands erkannte, dies Kleinod zu wahren und sich und ihre Mitbürger endlich zu überzeugen, dass die *Selbstauslegung* des streitigen Rechts durch die Gesellschaft — »eine grosse Thorheit der Zeit« (*Gneist*, Rechtsstaat, 1872), dass die streitige Auslegung solcher Rechte nicht die Sache von 3 Nachbarsleuten sein könne, sondern dass das Gesetz, in seinem Geiste und seiner Wahrheit nur walte, wo sich der Laie wie der Richter einer endgültigen Autorität der Auslegung in Gehorsam unterordne — und das sei es, was für die Beibehaltung der Schwurgerichte und gegen die Einführung der Schöffengerichte entscheidend werde. Es wurde aber darzuthun versucht, dass dem einheitlichen Walten der Grundsätze des Strafrechts weit mehr durch den in den Schöffengerichten möglichen und hervortretenden Einfluss der rechtskundigen und jene einheitliche Autorität gehörig würdigenden und zur Geltung bringenden Staatsrichter Rechnung getragen werden könne, als bei der mehr oder weniger guten, sehr von der Persönlichkeit des Vorsitzenden abhängenden Rechtsbelehrung der Geschworenen, welche wie jede Belehrung ohne Einflechtung eines subjektiven Urteils, kaum einmal objektiv rein und frei von Berücksichtigung auch der Beweisfragen ausfällt, der Versuch, die Geschworenen zum unbedingten Unterwerfen ihrer Ueberzeugung unter eine reichsgerichtliche Gesetzesauslegung zu bringen, an dem Widerspruch scheitert, der sich aus der weiteren Belehrung ergibt, dass sie ihre Stimme »nach bestem Wissen und Gewissen« abzugeben haben (§ 288 Abs. 3 St.P.O.), worin ihnen die volle Freiheit ihrer richterlichen Ueberzeugung gewahrt ist, die aber weit eher missbraucht werden kann, als bei einer Beratung der Schöffen mit den rechtsgelehrten Richtern zusammen, bei welcher diese jener Freiheit die Grenzen

bereits schon 1859 in der Kritischen Ueberschau VI, Nr. XVII darzuthun versucht, wie die politischen Rücksichten die juristischen bei der Einführung der Schwurgerichte überwogen haben, und damals sich auf die letztere Seite gestellt, wo man noch nicht an die Ausgleichung der Gegensätze von Staats- und Volksgerichten im Schöffengericht dachte. Diese Ausgleichung erscheint nunmehr mit der Entwicklung des konstitutionellen Rechtsstaates ihm als eine Notwendigkeit und — Frage der Zeit.

ziehen wie umgekehrt die Schöffen die rechtsgelehrten Richter davor bewahren, allzu abstrakt und entfernt von den Anschauungen eines gesunden vulgären Rechtssinnes am Gesetzesbuchstaben oder veralteten juristischen Traditionen, Restriktionen, Fiktionen u. dgl. »gelehrten Kram« festhaltend die Gesetze auszulegen. Die von *Gneist* befürchtete Gefahr der Selbstauslegung des streitigen Rechts erweist sich sonach bei der Souveränität der Geschworenen wegen des Mangels aller staatsrichterlichen Kontrolle während ihrer Beratung weit grösser als in den Schöffengerichten, selbst unterster Ordnung, welche *Gneist* wegen der hier möglichen Ueberstimmung des Vorsitzenden besonders vor Augen gehabt haben mag.

Für die rechtliche Beurteilung will uns doch gerade das Wesen des Strafgesetzes massgebend erscheinen und dem widerspricht die gewaltsame Zerreissung des Urteils im Schwurgericht in zwei logisch untrennbare Teile und deren Zuteilung an zwei verschiedene Organe, welche eine Einheit bilden müssten, die Zerlegung des Urteils in eine Schuld- und eine Straffrage und die Beantwortung der ersteren durch die Laienrichter nach vorgängiger Formulierung durch den Vorsitzenden, dann aber die Beantwortung der letzteren durch den Gerichtshof, auch wenn er inbezug auf die Beantwortung der Schuldfrage (besonders ob mildernde Umstände vorhanden seien) abweichender Ansicht ist. Wenn jedes Urteil ein Syllogismus ist und das Strafurteil im Ausspruch der Straffolge den zweiten Teil des Strafgesetzes nicht bloss deklaratorisch, sondern befehlend (»im Namen des Reichs, des Königs« u. s. w.) den Gesetzeswillen in der Form einer selbständigen Individualnorm zum Ausdruck bringen soll in der Bedeutung, dass das abstrakte Gebot des Gesetzgebers im vorliegenden Falle verwirklicht werde, so kann nur dann dieser Befehl im Geiste des Gesetzes ausgesprochen werden, wenn der ihn aussprechende Richter seine Voraussetzungen als bestehend anerkannt hat, d. h. wenn er das Vorhandensein der im Gesetz vorausgesetzten Thatbestandsmerkmale auch im vorliegenden Falle selbst annehmen kann; das wäre also nur der Fall, wenn das Geschworenenurteil ganz der Auffassung des Gerichtshofes entspricht. In allen anderen Fällen ist der Gerichtshof genötigt, wider seine Auffassung die Straffolgen in möglichsten Einklang mit dem Geschworenenurteil zu bringen, aber es hält ihn nichts ab, ihm grell erscheinende Fehlgriffe doch nach seiner

Schuldfragenbeurteilung auszugleichen, z. B. trotz der Annahme mildernder Umstände seitens der Geschworenen eine diese ziemlich paralysierende Strafhöhe zu erkennen und umgekehrt bei einer Verneinung mildernder Umstände seitens der Geschworenen, wenn er solche als vorhanden annahm, in dem Strafmass herabzugehen. Das sind Notbehelfe, welche aus der Zerlegung des Strafurteils folgen, im Interesse der Ausgleichung ungerecht erscheinender Aussprüche der Geschworenen. Über diesen Widerspruch des Schwurgerichtsurteils mit dem Wesen des Strafgesetzes hilft keine Phrase hinweg und seine Unlösbarkeit ist der Hauptgrund für die Beseitigung des Schwurgerichts oder eines Surrogates mit Urteilszerlegung.

»In seiner Eigenschaft als reale Lebensmacht wird das Recht nicht dadurch verwirklicht, dass Imperative erlassen, sondern dass sie befolgt werden« (*Fr. Öttker* a. a. O. S. 22). Dass dieser Machtbegriff auf den einzelnen Übelthäter dem Strafgesetze entsprechend angewendet werde, darüber entscheidet das Strafurteil als eine unteilbare Wertschätzungseinheit und, wie oben begründet wurde, in einer Verbindung von Vertretern der Gesetzgebungsfaktoren in den Staatsrichtern und Schöffen personifiziert, welche sich gegenseitig in ihrer Pflichterfüllung kontrollieren — und darauf beruht ihre Verantwortung und andererseits das die Strafrechtspflege in ihrem Ansehen stützende Vertrauen, welches ihr allein Stetigkeit und Dauer und eine gebührende Unabhängigkeit verschafft.

Die Garantien für ein möglichst gerechtes Urteil liegen in der umfangreicheren Verbesserungsfähigkeit des Schöffengerichts als des Schwurgerichts, teils durch den Wahlmodus, teils durch das Verhältnis der Besetzung, teils auch durch die Ordnung der Abstimmungen. Das Schöffengericht wird erst seine Probe zu bestehen haben, um sich für die Dauer als brauchbar zu erweisen und die Verbesserungen, denen es schon in betreff seiner Zusammensetzung und Abstimmungsregulierung fähig ist, werden natürlich schwanken, je nachdem das Machtverhältnis zwischen Staat und Gesellschaft noch nicht vollständig geregelt ist; indessen auch hier wird sich eine Ausgleichung wie auf anderen Gebieten finden lassen.

Der Wahlmodus zur Beschaffung von tauglichen Schöffen, welcher das Zensus- mit dem Kapazitätensystem verbindet, wird sich am meisten empfehlen, indem das erstere an einen Ver-

mögensbesitz die Vermutung des Besitzes einiger Bildung und Unabhängigkeit anknüpft, das letztere aber aus den verschiedenen Klassen der Gesellschaft (z. B. im italienischen Gesetz vom 8. Juni 1874 nicht weniger als zwanzig Personengruppen, zu denen auch noch die Höchstbesteuerten als Klasse hinzutreten) die ihrer Stellung oder sonst bewiesenen Bildung nach als befähigt Erscheinenden zum Geschworenendienst zur Auswahl stellt. Der in §§ 31 ff. des deutschen G.V.Ges. aufgestellte Wahlmodus hat sich anerkanntermassen bewährt, indem die unfähigen und nicht zum Schöffenamte berufenen Personen klassifiziert sind, aus der in die Urliste eingetragenen Zahl eine Sichtung der Fähigeren stattfindet durch einen aus dem Amtsrichter, einem Regierungskommissar und sieben aus der Gesellschaft nach näherer Bestimmung zu wählenden Vertrauensmännern bestehenden Ausschuss und durch die daran sich schliessende Aufstellung einer Jahresliste, deren Zahl (Haupt- und Hilfsschöffen) durch die Landesjustizverwaltung bestimmt wird, sodass voraussichtlich jeder höchstens zu fünf ordentlichen Sitzungstagen im Jahre herangezogen wird. Hier wird selbstverständlich die Zahl eine weit grössere werden und es dürfte wohl eine Verbindung des für die Geschworenen bisher bestehenden Wahlverfahrens mit dem für die bisherigen Schöffengerichte bestehenden herbeizuführen sein, da die Hauptwahlen künftig bei den Landgerichten nach einer entsprechenden weiteren Sichtung vorzunehmen sein dürften analog der Wahl aus der Vorschlagsliste der Geschworenen. Das im ersten Entwurf des Gerichtsverfassungsgesetzes enthaltene Wahlverfahren wird hier Beachtung verdienen. Auch über die Geschworenenauswahl sind zahllose Meinungsäusserungen veröffentlicht worden und das Prinzip bleibt wie dort auch hier eine entsprechende Beteiligung der Volksvertretung und der Regierungsvertretung an der Auswahl der Befähigteren, eine Erhaltung des Gleichgewichts der Machtverhältnisse mit Rücksicht auf den höheren Wahlzweck, Laienrichter in die Strafgerichte zu bringen, welche an Charakterfestigkeit, Sinn für Erhaltung der Staats- und Gesellschaftsordnung durch Rechtsherrschaft und an Einsicht, gutem Willen und Unabhängigkeit den an Beamtenrichter gestellten Anforderungen nichts nachgeben. In dem Wahlgesetz wird sich ebenfalls das Repräsentativsystem des konstitutionellen Rechtsstaates abzuspiegeln haben, indem es hier besonders darauf ankommt, streng rechtlich gesinnte und zugleich gebildete, einsichtsvolle und lebens-

erfahrene Männer aus verschiedenen Gesellschaftsklassen zu finden, denen das Ansehen der Gesetze am höchsten steht, andererseits aber destruktive Elemente von den Jahreslisten fern zu halten. Das wahre Verständnis von der Bedeutung und dem Zweck der Wahl in dem Ausschuss herbeizuführen, wird Aufgabe des Vorsitzenden und des Regierungskommissars sein müssen, denn hier ist die Grundlage aller weiteren Wahl zu finden.

Die verhältnismässige Repräsentation der Staats- und Gesellschaftsrichter in den Schöffengerichten der drei Stufen war in dem ersten Entwurf des G.V.Ges. eine das Staatsrichteramt nur in den mittleren und grossen Schöffengerichten bevorzugende. Der Entwurf ging von der Ausschliessung des Rechtsmittels der Berufung aus und kannte nur die Beschwerde und Revision. Die gleiche Zahl von Staats- wie Laienrichtern (3 + 3) in den Mittelgerichten entsprach nicht dem offenbaren Uebergewicht der Staatsrichter und die Verdoppelung der Schöffenzahl in den grossen Schöffengerichten stand wieder nicht in einem Verhältnis zu den Mittelgerichten. Das entsprechende Verhältnis dürfte, wie oben angeführt worden, die Verdoppelung der Zahl der Staatsrichter für die Schöffen sein, indem dadurch dem Gedanken am nächsten gekommen wird, welcher dem Schwurgericht zu Grunde gelegt ward, dass die That- und Schuldfragenbeantwortung als die Hauptsache der richterlichen Beurteilung vorzugsweise von Laien auszugehen habe aus den bekannten Gründen. Hält man daran fest und muss man zugeben, dass die Schuld- und Straffrage dem Strafgesetz entsprechend untrennbar und daher ebenso von den Laien- wie von den Staatsrichtern zusammen zu beantworten ist, so muss man auch dazu kommen, dass in der Besetzung der Schöffengerichte die Möglichkeit gegeben sein muss zur Stimmenmehrheit in der Beurteilung durch das Laienelement. Die Gefahr unpassender Urteile im Fall unglücklicher Besetzung mit Schöffen lässt sich durch Aushilfeb Bestimmungen wegen der Stimmenzahl, welche z. B. bei reinen Rechtsfragen den Laien gegenüber für die Staatsrichter verdoppelt werden kann, so dass die Staatsrichterstimmen den Schöffenstimmen gleich stehen und die des Vorsitzenden die einfache Majorität ergibt, abwenden oder indem Unterschiede in der Stimmenmehrheit gemacht werden je nachdem dem Angeklagten günstige oder ungünstige Entscheidungen in Frage sind. Der Entwurf I der St.P.O. erforderte nur für eine dem Angeklagten nachteilige Entscheidung

der Schuldfraße eine Stimmenmehrheit von mindestens zwei Dritteln der Stimmen, sodass im übrigen, wie in den meisten deutschen Landes-Prozessordnungen es der Fall war, die einfache Stimmenmehrheit entscheiden sollte. Will man in der Besetzung der Mittelgerichte mit zwei Staatsrichtern und vier Schöffen (die Verdoppelung der Besetzung der kleinen Schöffengerichte) bei Wegfall der Berufung noch keine genügende Garantie finden, dann bliebe als Maximalzahl der Staatsrichter nur drei übrig und ihnen müssten dann sechs Schöffen zur Seite stehen oder wenigstens fünf; es erfordern dann aber auch die grossen Schöffengerichte eine im Verhältnis erheblich zu verstärkende Zahl der Beisitzer, fünf oder vier Staatsrichter mit verdoppelter Zahl der Schöffen, sodass die Besetzung auf fünfzehn bez. zwölf Richter anwachsen würde, während bei der oben vorgeschlagenen Besetzung der Mittelgerichte mit zwei Staatsrichtern und vier Schöffen das grosse Schöffengericht mit drei Staatsrichtern und mit sechs Schöffen zu besetzen wäre, welche Besetzung der Entwurf ja für die mittleren Schöffengerichte vorschlug. Der etwaige Einwand, dass für die stärkere Besetzung mit Schöffen eine zu grosse Belastung der Gesellschaft auferlegt würde, erledigt sich dadurch, dass dieselbe nicht grösser sein dürfte als bisher für die Geschworenen, indem für die Mittelgerichte zwar allwöchentlich die geforderte Zahl von Schöffen und Hilfsschöffen und für die grossen Schöffengerichte monatlich oder alle zwei Monate bereit sein müssen, aber die Zahl derselben die für die Vierteljahrssitzungen bereitzuhaltenden Geschworenen um wenigstens übersteigen dürfte, vor allem aber die Dauer der Sitzungsperioden der grossen Schöffengerichte sich erheblich verkürzen und die Belastung auch weniger empfindlich würde, wenn aus der Staatskasse den Schöffen eine Entschädigung (Tagesgelder zu den Reisekosten) gewährt wird. Wenn soviel als möglich ein Experimentieren in der Gesetzgebung vermieden werden soll, so ist es doch, wie hier, nicht überall zu umgehen und Strömungen hin und her sind gerade hier nicht zu vermeiden, wie sie ja auch in der Parlamentsverfassung sich immer wieder zeigen, bis doch endlich zu festerem Bestand gelangt wird. Es ist nicht unbeachtet zu lassen, dass in den letzten zwanzig Jahren, seit die Frage um Einführung der Schöffengerichte näher erörtert worden ist, das Interesse für die Teilnahme der Gesellschaft an allen Staats- und öffentlichen Angelegenheiten sich ausserordentlich gesteigert hat und die Volksbildung in Rechts-

und Wirtschaftsfragen erheblich gewachsen ist und damit ein Selbständigkeitsbewusstsein der Einzelnen, wodurch eine reichliche Gewähr für eine entsprechende Zusammensetzung in der oben vorgeschlagenen Weise 1 zu 2, 2 zu 4 und 3 zu 6, wenigstens vorerst und versuchsweise, gegeben sein dürfte, erst eventuell später in dem Verhältnis von 1 zu 2, 3 zu 6 oder 4 bez. 5 zu 8 oder 7 oder äusserstens zu 10 oder 9.

Ob bei den grossen Schöffengerichten noch mehr Garantien in der Besetzung der Staatsrichterbank, etwa dadurch, dass wenigstens der Vorsitzende oder mit ihm drei Mitglieder aus dem Oberlandesgericht zugezogen werden, zu verlegen sei oder die grossen Schöffengerichte alle Sitzungen am Sitz eines Oberlandesgerichts unter Beiziehung des einen oder anderen Landrichters zur Staatsrichterbank abzuhalten haben würden, könnte noch einiger Erwägung bedürfen, wobei freilich der Konsequenz verschiedene praktische Rücksichten entgegenstehen möchten. Jedenfalls aber würden die Oberlandesgerichte hiermit der Gesellschaft näher gebracht als bisher und das Vertrauen in die Strafrechtspflege noch erheblich vermehrt werden, wenn für die schwersten und eigenartigsten Strafrechtsfälle Mitglieder des obersten Landesgerichtshofes mit einer grösseren Laienrichterzahl das oberste Strafgericht erster Instanz bilden würden.

Wenn die Schöffengerichtsverfassung zur vollen Wahrheit werden soll, so wird sie aber auch bis in das Reichsgericht zu erstrecken sein, wo in erster und letzter Instanz in den Fällen des Hoch- und Landesverrats, insofern diese Verbrechen gegen den Kaiser und (oder) das Reich gerichtet sind, die Untersuchung geführt und die Entscheidung gegeben wird. Um eine genügende Garantie für die gerechte Handhabung dieser offenbar privilegierten oder sachlich eximierten Gerichtsbarkeit der Gesellschaft gegenüber zu geben und die konstitutionelle Repräsentation konsequent durch die Strafrechtspflege durchzuführen und dadurch jene Ausnahmestellung des vereinigten zweiten und dritten Strafsenats des Reichsgerichts, wovon mindestens zwei Dritteile aller Mitglieder, also mindestens elf Richter teilnehmen müssen, zu beseitigen, sollten auch hier Schöffen nach dem obigen Massstabe, also mindestens 22, höchstens 33, an Zahl zugezogen werden. In der Justizkommission des Reichstags war der Vorschlag gemacht worden, die fragliche Gerichtsbarkeit durch ein Reichs-Schwurgericht, das 30 Mitglieder stark aus den Mitgliedern des Reichs-

tages oder aus der Vorschlagsliste des Landgerichtsbezirks, worin das Reichsgericht seinen Sitz habe, hervorgehen sollte, auszuüben. Jedenfalls würde eine Besetzung des Reichs-Schöffengerichts mit Schöffen aus der Zahl der Reichstagsmitglieder eine entsprechende Repräsentation der Gesellschaft neben den höchsten Reichsrichtern darstellen und mehr Aussicht auf eine gesetzgeberische Miterwägung haben als jener nicht weiter verfolgte Vorschlag.

Von besonderer Bedeutung für das richtige Verhältnis der rechtsgelehrten und nicht rechtskundigen Beurteilung im Schöffengericht ist die Ordnung des Stimmenverhältnisses und hier muss der durchschlagende Gesichtspunkt der der Qualifikation zur Beurteilung der betreffenden Fragen sein. In allen, auch den prozessrechtlichen Fragen soll das ganze Schöffengericht entscheiden und beschliessen; über reine Rechtsfragen aber, deren genügende Beantwortung vorzugsweise Rechtskenntnis und praktische Erfahrung voraussetzt, gebührt den rechtskundigen Richtern ein Uebergewicht über die nichtrechtskundigen, welches jedoch nicht zur gänzlichen Ausschliessung ihres Urteils führen kann, aber doch von der Art sein muss, dass nur mit Hilfe des einen oder anderen rechtsgelehrten Richters, der die Meinung auch der Laien, welche seine Darlegung begriffen haben und der Gegenmeinung vorziehen, entspricht, eine Majorisierung der anderen Staatsrichter möglich ist. Diejenigen Fragen, welche nicht als reine Rechtsfragen wegen ihrer auch thatsächlichen Natur betrachtet werden können, sind als Thatfragen anzusehen, und insoweit gilt, wie überall bezüglich der letzteren das einfache Stimmenverhältnis, d. h. die Stimmen aller Richter gelten als einfache und deren Mehrzahl entscheidet — ausser bei der dem Angeklagten nachteiligen Entscheidung der Schuldfrage, wo mindestens eine Zweidrittelmehrheit zu erfordern ist (§ 219 des Entwurfs I). Wegen des engen Zusammenhanges der Straffrage mit jener wird auch für die härtere Strafzumessung eine solche Mehrheit zu erfordern sein, während die Frage nach mildernden Umständen schon mit einer einfachen Mehrheit als bejaht zu gelten haben wird. In allen reinen Rechtsfragen sind aber jedem Staatsrichter zwei Stimmen zuzubilligen und im Falle der Stimmengleichheit der Staatsrichter- und Schöffenstimmen hat die Stimme des Vorsitzenden zu entscheiden, was bei den Schöffengerichten unterster Ordnung dahin führt, dass in solchen Rechtsfragen der Amtsrichter durch die Schöffen nicht überstimmt werden kann,

sonst aber bei den übrigen Schöffengerichten die Ueberstimmung der Mehrheit der rechtsgelehrten Richter nur mit Hilfe eines derselben und aller Schöffen möglich ist, da sonst bei Stimmengleichheit die Stimme des Vorsitzenden den Ausschlag gibt für die übereinstimmenden Staatsrichter. Daher wird der Vorsitzende auch seine Stimme stets zuletzt abzugeben haben, während im übrigen die Stimmabgabe nach dem Lebensalter vom jüngsten Richter an zu beginnen und fortzuschreiten haben dürfte.

Dass die Strafurteile, mögen sie auf Verurteilung des Angeklagten oder auf dessen Freisprechung lauten, mit *Entscheidungsgründen* versehen werden, ist eine Forderung des Rechtsstaates, welche im Schöffengericht ebenfalls ihre Verwirklichung finden muss, freilich innerhalb der Grenzen, die sich aus der Zusammensetzung mit Laienrichtern in der Mehrzahl ergibt. Es ist ein grosser Vorzug der Beratungen der Strafurteile des Schöffengerichts vor den Geschworenenberatungen, dass in jenen die Staatsrichter genötigt sind, ihr Wissen und ihre Erfahrungen den Laienrichtern zu offenbaren und umgekehrt diese ihre Erfahrungen und Sach- und Menschenkenntnis jenen wieder mitzuteilen haben, was natürlich in einzelnen Fällen etwas mehr Zeit als gewöhnlich bei Staatsrichtern allein in Anspruch nimmt, weil hier bei jedem das Erforderliche als bekannt vorauszusetzen ist. Es werden also gewisse Massstäbe der Beurteilung angelegt und gemäss derselben findet ein Abwägen der Gründe für die oder jene Beweisannahme statt, welche ihrerseits die Schöffen ebenso anzugeben durch die Beratung genötigt sind, wie die Staatsrichter. Allein man kann von den Schöffen nicht erwarten, dass sie ihre Entscheidungsgründe mit solcher Schärfe und Klarheit zum Ausdruck bringen und zerlegen können, wie die geübten Staatsrichter, zumal ihre Beurteilung sich häufig auf den Gesamteindruck, der eben nicht gut beschrieben werden kann, stützt wie bei den Geschworenen, mit denen sie in dieser Beziehung auf gleicher Linie stehen, vor deren Beurteilung sie jedoch das voraus haben, dass sie darin von den rechtsgelehrten Richtern aufgeklärt, belehrt, unterstützt werden und damit eine Annäherung zwischen beiden stattfindet, indem andererseits auch die letzteren an den Anschauungen der Schöffen die Haltbarkeit der ihrigen erproben¹⁾. Dem-

1) Vergl. des Verf. Aufsatz in *Goltdammers Archiv* VIII, S. 460 ff., 591 ff., IX, S. 13 ff., 234 ff., 370 ff.: »Beweisregeln und Entscheidungsgründe«. *Geyer*, Lehrbuch a. a. O. § 215: »Urteilsgründe«. *v. Schwarze*, Kommentar zu § 266. *Stenglein*, Komment., 2. Aufl., S. 468 ff.

nach würde die formulierte Angabe von Entscheidungsgründen, namentlich der sog. subjektiven Gründe, worauf sich die freie Beweiswürdigung stützt, den Schöffen so wenig wie den Geschworenen angesonnen werden können und die Formulierung solcher Beweis- oder Ueberzeugungsgründe aus Indizienbeweis, Zeugen- und Sachverständigen-Beweis, Geständnis u. s. w. den rechtsgelehrten Richtern allein zufallen; dann aber bleibt die Frage offen, ob denn auch die Schöffen hiermit einverstanden waren? Jedoch bliebe immerhin eine Einseitigkeit der Urteilsbegründung übrig, die um so mehr äusserlich hervortritt, wenn nicht die Unterschrift aller Beisitzer als Gewähr des Mehrheitsbeschlusses, dem sich die Minderheit zu fügen hat, erfordert wird (§ 228, Abs. 2 des Entwurfs I). Mit dem Entbinden der richterlichen Ueberzeugung von dem Zwang gewisser Beweisregeln (positiven wie negativen Minimalvoraussetzungen einer Beweiserfüllung) und der Verweisung der Richter durch das Gesetz auf ihre Ueberzeugung als Ergebnis unbegrenzter Verstandes- und Gefühlsreflexion, verzichtete das Gesetz auf die Forderung, dass die Richter in ihren Ueberzeugungsgründen übereinstimmen müssten, und das entsprach der stets wiederkehrenden Erfahrung, wonach die zur Entscheidung berufenen Richter von der Wahrheit einer Thatsache übereinstimmend überzeugt sind, aber aus verschiedenen, ja von einander abweichenden, Gründen, und deshalb ist die Forderung, dass die Kollegialgerichte die Bestimmungsgründe ihrer Ueberzeugung, zumal wo mit Freigabe der Beweiswürdigung auch unbeschreibbare Eindrücke mitwirken, dem Urteil beigeben sollen, meistens geradezu unerfüllbar und insofern wird heutigentages in den Strafurteilen zu viel zu leisten versucht. Aber im richtigen Verständnis des Begriffes der thatsächlichen Entscheidungsgründe (*v. Savigny*, System des heutigen römischen Rechts VI, §§ 291—294) ist zu fordern, dass die Elemente oder Bestandteile des Urteils als der Individualrechtsnorm, welche aus dem allgemeinen Strafgesetz, als dem Obersatz, Untersatz und Schlussfolge abzuleiten ist durch Vergleichung des zu beurteilenden Strafrechtsverhältnisses mit der allgemeinen Unterlage, der Entscheidung beigefügt werden; denn »jedes Urteil, welches den Angeklagten einer strafbaren Handlung für schuldig erklärt, stellt sich das schliessliche Ergebnis als ein Zusammenfassen einer Reihe von thatsächlichen (positiven oder negativen) Annahmen oder Feststellungen dar«, welche eben jene Elemente oder Bestandteile bilden und

Teilentscheidungen enthalten, aus denen sich das Urteil nach und nach zusammensetzt als Gesamtentscheidung — Unterordnung des konkreten Thatbestandes unter den allgemein vom Gesetz festgestellten nach Deckung der Bestandteile mit den vorausgesetzten Merkmalen, oder Nichtunterordnung wegen eines Mangels einer wesentlichen Voraussetzung. Die Bestimmungen des Entwurfes I in § 222 gaben schon dem Erfordernis der sog. objektiven Entscheidungsgründe in Schöffengerichtsurteilen einen klaren Ausdruck: »Wird der Angeklagte verurteilt, so müssen die Urteilsgründe die für erwiesen erachteten Thatfachen, in welchen die gesetzlichen Merkmale der strafbaren Handlung gefunden werden, sowie das zur Anwendung gebrachte Strafgesetz angeben.

Waren in der Verhandlung mildernde Umstände behauptet worden, welche nach ausdrücklicher Vorschrift des Strafgesetzes die Strafbarkeit ausschliessen, vermindern oder erhöhen, so müssen die Urteilsgründe sich darüber aussprechen, ob diese Umstände für festgestellt oder nicht festgestellt erachtet worden sind.

Wird der Angeklagte freigesprochen, so müssen die Urteilsgründe ergeben, ob der Angeklagte für nicht überführt, oder ob und aus welchen Gründen die für erwiesen angenommene That für nicht strafbar erachtet worden ist.« (Klage- und Straf-Freisprechung.) Die Motive S. 143 führten dazu ein Beispiel an: »Wenn in einer Untersuchung, welche einen mittels Einsteigens verübten Diebstahl betrifft, der Angeklagte für schuldig erachtet und, obwohl er mildernde Umstände für sich in Anspruch genommen, zu Zuchthausstrafe verurteilt wird, so beruht dieses Urteil auf der Annahme 1) dass der Angeklagte einem anderen eine bewegliche Sache in der Absicht rechtswidriger Zueignung weggenommen, 2) dass er die That in einem Gebäude mittels Einsteigens begangen, und 3) dass mildernde Umstände nicht vorhanden seien. In allen diesen Annahmen muss das Gericht übereinstimmen, weil sie sämtlich schon eine Entscheidung enthalten und weil der Urteilstenor, welcher die Verurteilung des Angeklagten zu Zuchthausstrafe wegen schweren Diebstahls ausspricht, in Wahrheit nur das Gesamtergebnis aus jenen drei Einzelentscheidungen darstellt«. Dass diese Einzelentscheidungen und mit welcher Stimmenzahl sie stattgefunden haben, wäre durch Protokoll stets festzustellen, damit in den Entscheidungsgründen, in welche also nicht die Beweisgründe als »subjektive« von der Beweisaufnahme dargebotene Ueberzeugungsgründe, aufzunehmen

sind, die zusammenwirkenden Thatsachenfeststellungen hervortreten und der Urteilsverfasser wie die Mitunterzeichner des Urteils einen festen Anhalt für die Beschlussgemässheit haben. Die Motive hoben zu § 222 noch besonders hervor, dass die Verabfassung auch der subjektiven Beweisgründe häufig nur ein »Referat über die Zeugenaussagen« oder die sonstigen Beweisergebnisse enthalte, der Urteilsverfasser häufig auch nur diejenigen Gründe darstelle, welche er selbst als die seiner Abstimmung gehabt oder mündlich vorgetragen oder auch nicht verkündet habe, worauf er sich nicht immer werde genau besinnen können; aus diesen Erwägungen sei die Bestimmung hervorgegangen, dass das Urteil nur die objektiven thatsächlichen Entscheidungsgründe enthalten müsse.

Weiter wurde noch mit Recht gegenüber den Schwierigkeiten der Fragestellung im Schwurgericht die Einfachheit der rechtlichen Urteilsbegründung und Strafgesetzuoterstellung bei verurteilenden Erkenntnissen hervorgehoben.

Andererseits wurde für freisprechende Urteile inbezug auf die Entscheidungsgründe noch geltend gemacht, dass die für das Nichtschuldige stimmende Zahl von Richtern sich über einen bestimmten, durchschlagenden Grund verständigt haben werde, indessen werde in dem einen Fall die That selbst oder die Thäterschaft des Angeklagten für nicht erwiesen, in einem anderen Fall ein Strafausschliessungsgrund für dargethan erachtet u. s. w., auch sei es denkbar, dass ein Teil der Richter den Angeklagten für nicht überführt, der andere Teil einen Strafausschliessungsgrund für dargethan erachtet, welchenfalls der Angeklagte auch freizusprechen sei, weil, wenn eine Verurteilung erfolgen solle, die Mehrheit der Richter darüber einig sein müsse, dass der Angeklagte schuldig sei, und weil der Mangel der Einigung über die Gründe der Freisprechung nicht zu einer Verurteilung führen könne. In einem solchen Falle haben sich die Urteilsgründe nur auf die Angabe zu beschränken, dass das Gericht die oder jene zur Schuldannahme erforderlichen Thatsachen nicht als bewiesen habe erachten und sich sonach nicht von der Schuld des Angeklagten habe überzeugen können.

Im wesentlichen ist im § 266 der deutschen St.P.O. auch für die Urteile der Strafkammern und Schöffengerichte der Inhalt des § 222 des Entwurfs I beibehalten, jedoch der Kreis der in die Entscheidungsgründe aufzunehmenden Erwägungen durch die Justizkommission des Reichstags erweitert worden und zwar durch

den Zusatz zu Abs. 1: »Insoweit der Beweis aus anderen That-
sachen gefolgert wird, sollen auch diese That-
sachen angegeben werden«, wodurch auf den Indizienbeweis hingewiesen wird, aber
diese Anordnung nicht als wesentliche, deren Verletzung ein
Revisionsgrund wäre, weil sonst »müssen« gestanden haben würde,
bezeichnet worden ist. Der Abs. 3 des § 266 ist ebenfalls neu.
Die Begründung muss aber überall erkennen lassen, ob sie auf
thatsächlichen oder rechtlichen Gründen beruhe, um die Zulässig-
keit einer Revision erkennen zu können, indem nur Mängel in
den Rechtsgründen eine Nichtigkeit begründen, Mängel in den
thatsächlichen Gründen nur insoweit, als die festgestellten That-
sachen zur Rechtfertigung der auf sie gestützten Rechtsanwendung
nicht ausreichen. —

Auf das Rechtsmittelsystem einzugehen, liegt hier keine
weitere Veranlassung vor; da bei dem Ausschluss der Berufung
nur die Beschwerde und Revision übrig bleiben, beide aber vor-
zugsweise Rechtsfragen betreffen, liegt kein Grund vor, den rechts-
gelehrten Gerichten noch ein Laienamt beizufügen¹⁾.

E. Das Strafvollzugsamt.

Die Vollziehung des in den Strafgesetzen ausgesprochenen
Gesamtwillens fällt den im Strafprozess thätigen Organen zu.
Der Vollzug der richterlich erkannten Strafen erfordert ebenfalls
ein Organ und obschon die sog. Strafvollstreckung wie überhaupt
die Zwangsvollstreckung mehr in das Gebiet der Verwaltung
gegenüber dem eigentlichen Prozess oder der Rechtspflege fällt,
so haben doch die Prozessordnungen die Normen für die recht-
liche Begrenzung der bei der Zwangsausübung notwendigen Macht-
entfaltung der Staatsgewalt im Zivilprozess ausführlich, im Straf-
prozess mehr in Bausch und Bogen, aufgestellt, besonders in
letzterem die aus der Verschiedenheit der Strafen sich ergebenden
Begrenzungen, während die für die Vollstreckung der Freiheits-
strafen geltenden Bestimmungen noch keine reichsrechtlichen,
sondern, weil eben in das Gebiet der Verwaltung fallend, landes-
rechtliche, in den Gefängnisordnungen enthalten, sind. Dass in
letzterer Beziehung angesichts der Einheitlichkeit der deutschen
Reichsstrafgesetze der Vollzug der Freiheitsstrafen noch ein par-

¹⁾ Vergl. des Verf. Aufsatz im Gerichtssaal, 1871, S. 184 ff., 298 ff., 321 ff.
»Die Rechtsmittel im Strafverfahren«.

tikulärer ist, wird ja vielfach mit Recht beklagt, allein eben der Umstand, dass die Gefängnisverwaltung in den einzelnen Staaten von der Abteilung der Justizverwaltung ganz getrennt und dem Ministerium des Inneren als sog. Verwaltungssache, oder diesem wie dem Justizministerium gemeinschaftlich, oder je nach den zu entscheidenden Fragen ressortmässig, zugeteilt ist und es zweifelhaft ist, ob die Reichsgesetzgebung nach der Reichsverfassung zu einer Ordnung des Gefängniswesens zuständig sei¹⁾, hat bis jetzt eine einheitliche Gestaltung der Vollstreckung der Freiheitsstrafen gehindert, nicht minder aber auch die Rücksicht auf die besonders für die kleineren Bundesstaaten sehr erheblich, fast drückend ausfallenden Kostenansprüche, welche eine Umgestaltung ihrer Gefängniseinrichtungen nach den neueren Systemen ergeben würde (Trennung der Gefangenen nach Geschlecht, Alter, Strafart, der Straf- von den Untersuchungsgefangenen, Zellensystem, Uebergang in Gemeinschaft, Arbeits-Unterrichtsorganisation u. s. w.). Dass eine Einheitlichkeit des Strafvollzugs erst dem Strafgesetz eine einheitliche Wirkung ermöglicht, liegt auf der Hand und die Vorbilder benachbarter Staaten, welche ein zentralisiertes Gefängnis-system mit einheitlicher Leitung durch eine General-Gefängnis-inspektion, wie in England, Schottland und Irland, besitzen, geben auch dem Deutschen Reich Veranlassung genug, in der Strafvollzugspflege für Freiheitsstrafen ein gleiches Mass der Macht- oder Zwangsübung zu verschaffen, indem erst hierdurch die Reichs-strafgesetze das werden, was sie sein sollen. Das Verlangen nach einem deutschen Reichsgesetz über den Vollzug der Freiheitsstrafen ist im konstitutionellen Rechtsstaat um so mehr begründet, als hier alle Willkür und Ungleichmässigkeit der Grundforderung der Gleichheit vor dem Gesetz bis zum äussersten Vollzug desselben widersprechen würde. Dass auch hier namentlich das Repräsentativsystem bei der Vollstreckungsthätigkeit sich äussern muss, ist zum Teil in fremden

1) Hiergegen hat die Justizkommission des deutschen Reichstags ausweislich ihres Berichts S. 102 kein Bedenken getragen, indem sie die notwendigen Ergänzungen der offenbaren Lücken des Abschnittes 1 des Buchs VII der St.P.O. dem künftigen Strafvollzugsgesetz vorbehalten hatte. Allerdings fehlt die einheitliche Vollendung der Strafgesetzgebung, solange die Berufsverbrecher noch die Hoffnung haben, in dem oder jenem Bundesstaate eine leichtere Vollstreckung einer Freiheitsstrafe als in den anderen Staaten über sich ergehen lassen zu können. Die Gleichheit des Gesetzes vollzugs ist ebenso wie die vor Gericht und dem Gesetz eine zweifellose Konsequenz des Rechtsstaates.

Ländern, zum Teil in einzelnen deutschen Staaten thatsächlich anerkannt durch Teilnahme von Vertrauensmännern an wichtigen Entscheidungen während der Vollstreckung der schwereren Freiheitsstrafen neben den staatlichen Verwaltungsbeamten. Zunächst war bei der Neugestaltung des Strafverfahrens im Deutschen Reich die Frage nach der die ganze Strafvollstreckung leitenden Staatsbehörde entstanden, ob die Strafgerichte ihre Strafurteile selbst vollziehen sollten, oder die Staatsanwaltschaft als Behörde der Justizverwaltung, welche überhaupt gerichtliche Entscheidungen aller Art zum Vollzug zu bringen als geeignet erschien, auch die Strafurteile zu vollstrecken berufen sein sollte?

Schon die Motive zu dem Entwurf I der St.P.O. hatten die auf die Strafvollstreckung bezüglichen Entscheidungen den Gerichten belassen, die Vollstreckung der erkannten Strafen selbst aber der Staatsanwaltschaft übertragen zu sollen vermeint und zwar im Anschluss an die preussische St.P.O. von 1867 im § 430, ingleichen die hessische, oldenburgische, braunschweigische und die hamburgische St.P.O., welche Gesetzgebungen insoweit ebenfalls der Ausdehnung der staatsanwaltlichen Machtbefugnisse im französischen Recht (Code d'instr. crim. art. 376) gefolgt waren, während die übrigen in Kontinuität der deutschrechtlichen Auffassung, dass die Realisierung eines Strafurteils ein Akt der Strafgerechtigkeit und Gerichtsbarkeit sei, die Strafvollstreckung in den Händen der Strafgerichte gelassen hatten¹⁾.

1) Auch hier findet man wieder, dass die süd- und mitteldeutschen Staaten die geschichtliche Kontinuität mehr gewahrt hatten, als die im Text angeführten norddeutschen, von denen die hannoversche St.P.O. von 1850/59 vorausging. In Bayern, Württemberg, Baden, Kurhessen, Sachsen und in den thüringischen Staaten, auch in Mecklenburg und Lübeck erfolgte die Strafvollstreckung durch die Gerichte. *H. A. Zachariä*, Handbuch II, S. 688 ff. betont, dass die Strafvollstreckung als Rechts- oder Justizakt lediglich zum Ressort des Justizministeriums gehöre, auch die unmittelbar notwendige Verfügung des zur Strafvollstreckung Gehörigen ein gerichtlicher Akt ebenso wie die Entscheidung der bei der Vollstreckung des Urteils sich etwa ergebenden Zweifel und Streitigkeiten, und damit stimme auch die ältere deutsche, bis zur neuesten Reform des Strafverfahrens (1868) herrschende Ansicht durchaus überein, wogegen die, auf einer (unrichtigen) Theorie von der Teilung der Gewalten beruhende französische Auffassung die gerichtlichen Funktionen mit der Urteilsverkündung als beendet betrachte und dem justizhoheitlichen Organe der Staatsgewalt nicht bloss die Sorge für die Vollstreckung, sondern auch das darauf bezügliche Verfügungsrecht überweise. In der Justizkommission des deutschen Reichstags wurde die Verlegung der Strafvollstreckung in die Hände der Staatsanwaltschaft angefochten, aber ein Antrag, sie dem Untersuchungs-

Indessen das Bestreben der neueren Gesetzgebung, das Richteramt von allen ausserhalb der Sphäre der Rechtsprechung liegenden Geschäften möglichst freizuhalten, führte in Betonung des Umstandes, dass die Vollziehung richterlicher Entscheidungen nicht Sache des Richteramtes sei, dahin, diese Vollziehung der Justizverwaltungsbehörde neben der Strafrechtspflege zu übertragen. Daneben wurde die grössere praktische Zweckmässigkeit dieser Uebertragung hervorgehoben, indem eine gute Strafrechtspflege auch eine schnelle und energische Vollstreckung der erkannten Strafen erfordere, welcher Anforderung aber von Kollegialgerichten weniger als durch die Staatsanwaltschaft entsprochen werden könne, wie die Erfahrungen in Preussen und Bayern gezeigt hätten. In letzterem Staat hatten die Motive zu dem Strafgesetzentwurf von 1870 sich namentlich auf die überwiegende Mehrzahl der von Gerichten und Staatsanwaltschaften abgegebenen Gutachten bezogen, wonach eine folgerichtige Scheidung der richterlichen Aufgabe von den Geschäften der administrativen Rechtspflege notwendig zur Trennung der Exekution von der Judikatur führe und erstere in die Hände der Staatsanwaltschaft zu legen sei. Dass bei jener Begutachtung die Gerichte den prinzipiellen und geschichtlichen Standpunkt der Kontinuität aus praktischen Rücksichten nicht allzusehr betont haben werden, andererseits aber die Staatsanwaltschaften als Behörden der Justizverwaltung einer Machterweiterung an einer so schwerwiegenden Stelle (wegen der häufigen Gnadengesuche und der bedingten Entlassung) nicht abgeneigt waren, liegt sehr nahe. Der Haupt Gesichtspunkt aber für jene Uebertragung der Strafvollstreckung auf die Staatsanwaltschaft muss doch die bei Kollegialgerichten bemerkte Schwerfälligkeit (Vortrag eines Berichterstatters, Beschliessung im Kollegium, schriftliche Ausfertigung u. s. w.) gewesen sein, denn nach Abs. 2 des § 377 des Entwurfs I war der Landesjustizverwaltung nachgelassen, für die zur Zuständigkeit der kleinen Schöffengerichte gehörigen Sachen die Strafvollstreckung einem Richter bei den Amtsgerichten zu übertragen, was ja auch in den heutigen Straf-

richter zu übertragen, abgelehnt und v. *Schwarze*, Kommentar a. a. O. S. 601 bemerkt ganz treffend, dass der Einwand in den Motiven S. 249, die Strafvollstreckung könne nicht von einem Kollegium besorgt werden, zwar richtig sei, aber nicht dahin führe, sie der Staatsanwaltschaft zu überweisen. Der Untersuchungsrichter ist jedenfalls ebenso geeignet dazu wie jeder beauftragte Richter eines Landgerichts, als Einzelrichter ad hoc.

prozess übergegangen ist — weil »die Organisation der Staatsanwaltschaft bei diesen Gerichten vielleicht nicht überall die ausreichende Gewähr für angemessene Strafvollstreckung geben werde«. *Geyer*, Lehrbuch a. a. O. S. 888 hatte hierzu bemerkt, dass alle diese Erwägungen in richtiger Weise nur dann berücksichtigt würden, wenn man zwar nicht eine kollegialische Behörde, aber doch einen richterlichen Beamten mit der Strafvollstreckung betraute, wie ja selbst in § 483 Abs. 3 St.P.O. die Landesjustizverwaltung das eben erwähnte Recht übertragen erhalten habe. In manchen Strafprozessordnungen, z. B. in der thüringischen Art. 350 ff., sächsischen Art. 414 ff. u. a. m. lag bei den Kollegialgerichten die Strafvollstreckung in der Hand des Untersuchungsrichters, der ja überhaupt, vom Anbeginn des Verfahrens bis zu dessen Schluss mit der Aktenrücklegung, der Einzelrichter nicht bloss für die Untersuchungsführung, sondern für alle Ausführung der Entschliessungen des Kollegialgerichts war und in wichtigeren und zweifelhaften Fällen auch solche einholen durfte. Bei dieser Organisation behielt er die ganze Aktenleitung und die ganze Gefangenverwaltung im Gerichtsgefängnis in der Hand und die Strafvollstreckung konnte nicht strammer sein als heute, lag aber organisch richtiger in der Hand nicht einer vorherigen Prozesspartei, sondern in der eines ad hoc delegierten Richters als besonderen Vollzugsorgans des Kollegiums. Bei dieser Einrichtung blieb der Untersuchungsrichter dasjenige Kollegialmitglied, an welches als leitungsberechtigtes Organ der Gerichtshängigkeit die Akten immer wieder zurückkamen, vom Kollegium, der Staatsanwaltschaft, der Verteidigung, der Gefängnisverwaltung u. s. w. und seine beratende Stimme, besonders auch in Fragen der Begnadigung, Strafunterbrechung, bedingten Entlassung u. s. w., war, da er jede Strafsache, auch wenn sie nach unmittelbarer Erhebung der Anklage erst an ihn kam, am vollständigsten kennen lernte, eine nicht zu unterschätzende Hilfe bei notwendig kollegialer Beratung und Entschliessung. Dagegen, dass der Untersuchungsrichter, dem ja eine Entscheidung einzelner prozessualer Rechts- und Verwaltungsfragen, aber keine sachliche Entscheidung als Rechtsprechung zusteht, auch mit der im Strafvollzug hervortretenden Verwaltungsthätigkeit betraut war, ist nie ein theoretisches oder praktisches Bedenken hervorgetreten. Dagegen darf man nicht behaupten, dass das Vertrauen der Gesellschaft zu einer parteilosen Voll-

streckung der Strafurteile durch einen Richter mit der dahinter stehenden Entschliessung des Kollegialgerichts, ein weit grösseres war als da, wo der Verurteilte in die Hand desjenigen Beamten überging, der sein Ankläger und Prozessgegner war und vermutlich diesen Standpunkt weiter vertreten müsse bis zum Ende der Strafvollstreckung. *H. Meyer* a. a. O. S. 27 findet geradezu etwas Anstössiges darin, wenn das Strafurteil als ein von der Regierung erstrittenes Recht durch ein Organ der Regierung zur Vollstreckung gebracht werde; einfacher und würdiger und jedenfalls richtiger müsse es vielmehr erscheinen, wenn das Gericht, welches die Strafe verhängt habe, dieselbe auch im Wege der Strafvollstreckung verwirkliche. Betrachtet man freilich die Staatsanwaltschaft als eine den Gerichten beigeordnete Vollzugsbehörde, dann würde sie auch die in den Strafurteilen liegenden richterlichen Befehle, wie andere Entscheidungen zu vollziehen haben. Das sind Bedenken, welche nicht von der Hand zu weisen wären, zumal wenn man auf die praktischen Einzelheiten bei der lange Zeit hindurch dauernden Vollstreckung von Freiheitsstrafen eingehen will. Um diese letztere dreht sich ja die Strafvollstreckung hauptsächlich und daher wird sie gerade besonders im Auge zu behalten sein. Die vielen Anliegen der Strafgefangenen, welche kurze Freiheitsstrafen zu verbüssen haben, gelangen je nach ihrer Bedeutung an die Gefängnisverwaltung und bei den Landgerichtsgefängnissen an die Staatsanwaltschaft, welche jetzt darüber Entschliessung zu fassen hat, während in der Untersuchungshaft der Richter (Vorsitzende) über dergleichen zu befinden hatte. Dass hier wie dort unterschiedliche Auffassungen über Gewährung oder Versagung der Bitten vorkommen, ist erklärlich, und die Strafgefangenen werden in der Strenge der Staatsanwaltschaft als ihres Gewalthabers immer noch den Prozessgegner erkennen, was sie dem vollziehenden Richter gegenüber nicht können, woher es kommt, dass die Strafgefangenen aus Ablehnung ihrer Bitten seitens der Staatsanwaltschaft eine persönliche Abneigung ihres Gegners entnehmen, welche bei ihnen Rache und Hassgefühle erzeugt; denn Einsicht in die Unstatthaftigkeit oder Unvereinbarkeit der erwünschten Bittgewährung mit den Vollstreckungsregeln haben nur wenige Strafgefangene. Weiter aber war früher, als die Strafgerichte die Strafvollstreckung zu verwalten hatten, nicht bloss die Entscheidung von Rechtsfragen, sondern besonders die Begutachtung aller Strafverwand-

lungs-, Kürzungs- und Begnadigungsfragen, wenn auch nach Gehör der Staatsanwaltschaft, allein und schliesslich in die Gerichte verlegt worden, während jetzt, wie auch bei der bedingten Entlassung, die Staatsanwaltschaft allein ihr Gutachten bei Ueberleitung der Sache an die oberste Justizstelle abgibt, wodurch nicht ausgeschlossen wird, dass ausserhalb der Strafurteile und der strafrichterlichen Beobachtung des Fragefalles liegende subjektive Empfindungen, Eindrücke, Ansichten, welche von den Strafrichtern nicht geteilt worden sind, in Berichten an die oberste Justizstelle eingeflochten werden, infolgedessen diese sich fragen muss, ob ihr Organ nicht von der Parteistellung im Prozess ausgegangen und doch etwas befangen sein könne. Der Bittsteller wird regelmässig eine derartige Befürchtung hegen und die Gesellschaft nicht minder. Das Misstrauen richtet sich aber hier weit weniger gegen den einzelnen Beamten der Staatsanwaltschaft als gegen die ganze Einrichtung, die Uebertragung der Begutachtung solcher Gesuche auf die vormalige Prozessgegnerschaft. Im Grunde ist unter der Strafvollstreckung bei erkannten Freiheitsstrafen nur die Ueberlieferung in die Gefängnisanstalten zu verstehen, da die Bestimmungen über die Verwaltung und Beaufsichtigung der Strafanstalten ausserhalb der Strafprozessordnung liegen; indessen ist der Staatsanwaltschaft bei den Landgerichten die Verwaltung und Aufsicht über die Gerichtsgefängnisse, unter Revision des Oberstaatsanwalts, meist übertragen, während die Amtsgerichtsgefängnisse unter den Gerichtsvorständen (Aufsicht führenden oder Ober-Amtsrichtern) zu stehen pflegen. Die Landesgefängnisse und Zuchthäuser jedoch haben ihre besonderen unter der ressortmässigen Ministerialaufsicht stehenden Verwaltungen, welche indessen nach der heutigen Einrichtung nur mit den Staatsanwaltschaften als Strafvollstreckungsbehörden in unmittelbarem Verkehr stehen, so dass durch diese die wichtigeren Fragen an die Oberaufsicht gelangen.

Mag die Strafvollstreckung bei der Staatsanwaltschaft wie bisher belassen oder an die Gerichte zur Ausübung durch einen bei ihnen delegierten Einzelrichter (Kollegialmitglied) zurückgegeben werden, so muss doch an der Forderung festgehalten werden, dass alle Fragen, welche mit einer Aenderung des Strafurteils in Beziehung stehen, nur durch das betreffende Gericht entschieden werden dürfen, dessen Urteil davon berührt wird, und dass nach Gehör der »öffentlichen Anwaltschaft« alle Begnadigungsgesuche und insonderheit die bedingten Entlassungen durch das betreffende

Gericht zuletzt hindurch an die oberste Justizverwaltungsstelle gelangen. Der »öffentlichen Anwaltschaft« in der obigen Begrenzung (Anklage- und Verteidigungsamt) gebührt auch in der Strafvollzugsinstanz überall, wo erhebliche Fragen zur Entscheidung kommen, das beiderseitige rechtliche Gehör und insoweit wird auch hier die Parteivertretung noch konsequent durchzuführen sein, was eine wesentliche Voraussetzung der Gewinnung und Erhaltung des allgemeinen Vertrauens zur Gerechtigkeit auch der Strafvollstreckung sein dürfte. Eine Vertretung der bürgerlichen Gesellschaft findet bei einzelnen Strafanstalten im »Aufsichtsrat« statt, indem ausser den staatlichen Verwaltungsbeamten (Direktor, Geistlichen, Lehrern, Arzt, Verwalter) einige Staatsbürger mitbeteiligt sind an periodischen Sitzungen unter dem Vorsitz einer vom Justizministerium beauftragten Gerichtsperson oder eines Oberstaatsanwalts als Inspektor der Strafanstalten, welcher die Visitationen und an das Ministerium die Aufsichtsberichte zu erstatten hat. Dem Aufsichtsrat liegt ob: die Kognition über Einhaltung der Hausordnung und vorschriftsmässige Behandlung der Sträflinge, über Beschwerden derselben gegen die Verwaltung oder wegen Disziplinarurteilen des Vorstandes, über Dienstfehler der niederen Beamten, über Arbeitsverteilung oder Belastungen, über Belohnungen und Verrechnungen des Ueberverdienstes, über Versetzung aus der Einzelhaft in Gemeinschaftshaft und Rückversetzung aus dieser in jene, über Vergünstigungen und Erleichterungen u. s. w. Ausserdem hat der Aufsichtsrat die Voranschläge zur Verwaltung zu prüfen und alle in die Anstaltsverwaltung einschlagenden Vorschläge vorzubereiten, sowie die vom Ministerium gestellten Fragen zu begutachten. Die Einrichtung eines solchen Aufsichtsrates, wie sie z. B. in dem Zellengefängnis zu Bruchsal schon lange besteht, vermeidet manche Schwierigkeiten, welche das Verhältnis der neben einander in der Anstalt wirkenden Beamten mit sich bringt. Der Geistliche, der Arzt, Lehrer glauben dem Vorstand sich nicht unterordnen zu sollen und die Thätigkeitskreise derselben erfordern zur Vermeidung von Uebergriffen eine möglichst scharfe Abgrenzung; aber überall, wo die Anstaltspolizei in Frage kommt, verlangt der Vorsteher Unterordnung aller an der Anstalt thätigen Beamten und dabei kommen Konflikte vor, welche durch Vermittelung des Aufsichtsrats vermieden oder beseitigt werden, indem er gewissermassen auch Disziplinarbehörde sein soll.

In den Gefängnisordnungen pflegen auch besondere Bestimmungen über die Abgrenzungen der einzelnen Beamtenthätigkeiten getroffen zu sein, wie z. B. in dem Reglement der mecklenburgischen Strafanstalt zu Dreierbergen. Bei einem später doch zu erwartenden Reichsgesetz über den Vollzug der Freiheitsstrafen wird die Gesellschaftsvertretung in einer derartigen Kontrolbehörde bei den grösseren Strafanstalten (Zuchthäusern und Landesgefängnissen) nicht wohl zu umgehen sein, ganz besonders schon zur Vermeidung eines Misstrauens gegen eine nicht unparteiische und ungleichmässige, aber auch der Individualisierung nicht Rechnung tragende Anstaltsleitung.

Verlag der H. Laupp'schen Buchhandlung in Tübingen.

Soeben erschien:

ZEITSCHRIFT
FÜR DIE GESAMTE
STAATSWISSENSCHAFT

In Verbindung mit

Oberbürgermeister **F. ADICKES** in Frankfurt a./M., Ministerialrat **A. BUCHENBERGER** in Karlsruhe, Prof. Dr. **K. BÜCHER** in Karlsruhe, Prof. Dr. **G. COHN** in Göttingen, Prof. Dr. **K. V. FRICKER** in Leipzig, Landger.Rat Dr. **L. GAUPP** in Tübingen, Oberbürgermeister Dr. v. **HACK** in Stuttgart, Geh.Reg.Rat Prof. Dr. **G. HANSSEN** in Göttingen, Geh.Hofrat Prof. Dr. **J. A. R. v. HELFERICH** in München, Prof. Dr. **L. v. JOLLY** in Tübingen, Prof. Dr. **F. v. MARTITZ** in Tübingen, Kaiserl. Unterstaatssekretär z. D. Dr. **G. v. MAYR** in Strassburg, Prof. Dr. **Fr. J. NEUMANN** in Tübingen, Geh.Rat Prof. Dr. **W. ROSCHER** in Leipzig, Dr. **G. RUHLAND** Direktor auf Schloss Grubhof, Salzburg, Geh. Ob.Reg.Rat Dr. **K. SCHENKEL** in Karlsruhe, Prof. Dr. **G. v. SCHÖNBERG** in Tübingen, Dr. **A. VOIGT** in Weinheim, Geh.Reg.Rat Prof. Dr. **A. WAGNER** in Berlin, Freiherr **von WEICHS** bei d. Generaldir. d. k. k. Staatsbahnen in Wien

Herausgegeben von

Dr. A. SCHÄFFLE
K. K. Minister a. D. in Stuttgart.

Achtundvierzigster Jahrgang. 1892. Erstes Heft.

Erscheint jährlich in 4 Heften im Umfang von je ca. 12 Druckbogen zum Preis von M. 16. —. Einzelhefte M. 5. —.

Inhalt des ersten Heftes.

I. Abhandlungen.

Schäffle, Dr. A., Zur wissenschaftlichen Orientierung über die neueste Handelspolitik. Mit besonderer Rücksicht auf die Pflichten des Grundeigentums in den Schutzzollfragen. Erster Artikel. Die Entstehung und der Thatbestand des geltenden Handelssystems. S. 1.
Ruhland Dr. G., Die australisch-nordamerikanische Landesgesetzgebung. Erster Artikel. S. 41.
Pflug, Aug., Die wirtschaftliche Erschliessung öder und geringwertiger Liegenschaften durch künstliche Aufforstung. S. 79.
Pfizer, G., Richteramt und Gerichtsverfassung. S. 173.

II. Miscellen.

Lohn- und Wohnstatistisches aus Mannheim und aus Basel. Nach Wörishoffer und Bücher. S. 143. — Nordböhmische Arbeiterstatistik. S. 158. — Zur zentralisierten Aufarbeitung des Urmaterials der Volkszählungen. S. 163.

III. Litteratur.

[Wielandt, Die Rechtssprechung des Grh.Bad. Verwaltungsgerichtshofes 1864—90. — Schwab, Das internationale Uebereinkommen über den Eisenbahnfrachtverkehr. — Statist. Jahrbuch für das D. Reich. — Felix, Währungsstudien mit besonderer Rücksicht auf Oesterreich-Ungarn. — Schwab, Die Entwicklung der Vermögenssteuer im Staate New-York. — Stähr, Ueber Ursprung, Wesen, Geschichte und Bedeutung des russischen Artels. — Schriften des Vereins für Sozialpolitik XLIV: Reform des ländl. Gemeindewesens in Preussen. — Schwingschögl, Der erste allgem. Beamtenverein der österr.-ung. Monarchie. — Suchsland, Die Hagelversicherungsfrage in Deutschland. — Lentner, Der Afrikanische Sklavenhandel. — Bücher, Wohnungsenquête in der Stadt Basel. — Wörischoffer, Die soziale Lage der Fabrikarbeiter in Mannheim und dessen nächster Umgebung. — Gossen, Entwicklung der Gesetze des menschlichen Verkehrs und der daraus fließenden Regeln für menschliches Handeln. — Palgrave, Dictionary of political Economy. — Marshall, Principles of economics. — Gerlach, Ueber die Bedingungen wirtschaftlicher Thätigkeit. — Cunningham, The growth of English Industry and Commerce, during the early and middle ages. — Fustel de Coulanges, The origin of property in land. — Willmann, Didaktik als Bildungslehre nach ihren Beziehungen zur Sozialforschung und zur Geschichte der Bildung. — Paulsen, System der Ethik, mit einem Umriss der Staats- und Gesellschaftslehre. — Ratzel, Anthropogeographie.

Die Zeitschrift für die gesamte Staatswissenschaft wurde als die erste Fachzeitschrift dieses Gebietes im Jahr 1844 gegründet.

Ihre rühmliche Vergangenheit bezeugt jedem Kundigen, dass ihre Geschichte enge mit der neueren Geschichte der politischen und ökonomischen Wissenschaften verwoben ist. Die bedeutendsten Gelehrten haben fort und fort für sie gearbeitet, hervorragende Werke der Sozialwissenschaft haben in derselben ihre Wurzel, die besten Kräfte mehrerer gelehrten Generationen sind durch die allen ernstforschenden Geistern offene Pforte des wissenschaftlichen Sprechsaales dieser Vierteljahresschrift erstmals in die wissenschaftliche Laufbahn eingetreten und haben darin mit den weiten Kreisen der Fachgenossen Verbindung gesucht und erhalten.

Die Zeitschrift wird nun mit dem Eintritt in den 48. Jahrgang ihres Erscheinens zwar im alten Umfang und zum gleichen Preise, doch in einer den Anforderungen der Neuzeit mehr entsprechenden Form erscheinen. Im Uebrigen wird sie aber in Zukunft bleiben, was sie bisher war; sie wird der ruhigen, leidenschaftslosen, objektiven Erforschung der Wahrheit dienen, unabhängig von jeder Voreingenommenheit und frei von allen Parteiinteressen.

Durch die erhebliche Erweiterung des Kreises ihrer Mitarbeiter wird es der Redaction ermöglicht werden, in den Abhandlungen reichste Mannigfaltigkeit aus dem Gebiete der Staats- und Sozialwissenschaft zu erzielen. Sie wird in knapp gehaltenen aber alles Bedeutende und Neue hervorhebenden Jahres-Uebersichten die ganze in den Beobachtungskreis der Zeitschrift fallende Litteraturbewegung, getrennt nach den verschiedenen Hauptzweigen der Staats- und Sozialwissenschaft, regelmässig und in möglichster Vollständigkeit zur Anschauung zu bringen suchen. Die Miscellen werden wie bisher in sorgfältiger Auswahl mannigfaltige Orientierung zu gewähren streben und es wird auch künftighin die Gesetzgebungsübersicht je über das Vorjahr gegeben werden!

Verlag der H. Laupp'schen Buchhandlung in Tübingen.

Soeben erscheint der erste Halbband des zweiten Jahrganges:

ALLGEMEINES STATISTISCHES ARCHIV

HERAUSGEGEBEN

VON

DR. GEORG VON MAYR

KAISERL. UNTERSTAATSEKRETÄR Z. D. IN STRASSBURG.

ERSTER JAHRGANG 1890/91

In 2 Halbbänden à M. 9. —.

Bei der Begründung des Allgemeinen Statistischen Archivs waltete die Absicht ob, einerseits einen bis dahin fehlenden literarischen Mittelpunkt für die wissenschaftliche statistische Thätigkeit zu schaffen und andererseits der fortlaufenden Verarbeitung des heutzutage massenhaft anfallenden statistischen Materials für einen grösseren Kreis von Gebildeten aus den verschiedensten Ständen zu dienen, welche nach Lebensstellung und Beruf das Bedürfnis empfinden, in Fühlung mit den hauptsächlichsten Ergebnissen der Statistik zu verbleiben.

Nach beiden Richtungen gestattet der nunmehr abgeschlossen vorliegende erste Jahrgang des Archivs einen Einblick in die Art und Weise, in welcher die Erreichung des gesteckten Zieles angestrebt wird.

Was zunächst das Interesse des engeren Kreises der wissenschaftlichen statistischen Thätigkeit anlangt, so ist demselben in der Hauptsache nach zwei Richtungen Rechnung getragen; durch die theoretischen Erörterungen wichtiger Fragen aus dem Gebiete der in der Statistik gegebenen exakten Gesellschaftslehre und durch eingehende Berücksichtigung der Bedürfnisse der statistischen Technik und der wichtigeren thatsächlichen Vorgänge auf diesem Gebiet.

Als Arbeiten der ersteren Art, welche für die weitesten Kreise nicht nur der Statistik sondern der gesamten Sozialwissenschaft von Bedeutung sind, erscheinen insbesondere die Beiträge von Dr. v. Inama-Sternegg: »über den statistischen Unterricht«, von Dr. v. Matlekovits: »über die Bedeutung der Verkehrsstatistik für die Wirtschaftswissenschaft und die Wirtschaftspolitik«, von Dr. Mischler: »über das Moment der Zeit in der

Verlag der H. Laupp'schen Buchhandlung in Tübingen.

Verwaltungsstatistik« und vom Herausgeber über »Statistik und Verwaltung« und »Orientierungswesen und Statistik«.

Auf dem Gebiete der statistischen Technik ist die Bevölkerungsstatistik vertreten durch einen Artikel Dr. Rauberg's »über den Stand und die neuesten Fortschritte der Technik auf dem Gebiete der Bevölkerungsstatistik« und durch die Bemerkungen Dr. Bücher's »über das Aufnahmeverfahren bei Volkszählungen«. Zur Moralstatistik hat Dr. H. v. Scheel einen Artikel »über die Technik der Kriminalstatistik in Deutschland und Italien« geliefert, und die Wirtschaftsstatistik ist vertreten durch Dr. Schumann's Artikel: »Zur Technik der Anbau- und Erntestatistik«.

In der Verarbeitung und gemeinverständlichen Vorführung der statistischen Ergebnisse — worin das Allg. Statist. Archiv seine Hauptaufgabe erkennt — stand für den ersten Jahrgang die Darlegung wichtiger bevölkerungsstatistischer Verhältnisse Deutschlands in erster Linie. In dieser Beziehung sind zu nennen die ausführliche Arbeit Dr. Brückner's: »über die Entwicklung der grossstädtischen Bevölkerung im Deutschen Reich«, die Artikel von Dr. Schumann: »über die inneren Wanderungen in Deutschland« und von Dr. Kollmann: »über die soziale Zusammensetzung der Bevölkerung im Deutschen Reich«. Dem grossen Interesse aller Gebildeten an unserer Bevölkerungsentwicklung wird durch diese drei, in trefflicher Weise sich ergänzenden Artikel, ein reiches der näheren Kenntnissnahme besonders würdiges Material dargeboten. Ausserdem liess der Herausgeber es sich angelegen sein, alsbald über die vorläufigen Ergebnisse der neuesten Volkszählungen im In- und Ausland zu berichten, wozu der erste Halbband des zweiten Jahrgangs die Fortsetzung bringen wird. Die Moralstatistik ist vertreten durch einen Artikel H. v. Scheel's »Zur Einführung in die Kriminalstatistik«, die Bildungsstatistik durch Dr. Hausmann's Beitrag »Zur Statistik der deutschen Universitäten« und die Wirtschaftsstatistik durch eine eingehende Arbeit von R. v. Kaufmann: »über die Staats- und Lokalfinanzen der Vereinigten Staaten von Nordamerika«.

Der Abschnitt des Archiv's, welcher der Erörterung der »Statistischen Ergebnisse« gewidmet ist, zeigt hienach schon im ersten Jahrgange eine beachtenswerte Fülle und Mannigfaltigkeit des Inhalts. Der zweite Jahrgang wird sich zumal in seinem ersten, soeben zum Abschluss kommenden ersten Halbband durch eine besonders eingehende Berücksichtigung wirtschafts- und sozialstatistischer Ergebnisse auszeichnen.

Der Vermittlung der Kenntnissnahme von allgemein beachtenswerten statistischen Ergebnissen dient übrigens nicht bloss der hiefür speziell bestimmte Abschnitt des Archivs, sondern nicht

minder auch der mit der Litteratur sich beschäftigende Abschnitt. Dies gilt sowohl von einzelnen grösseren Litteraturbesprechungen, als insbesondere von der Seitens des Herausgebers im zweiten Halbband begonnenen »Geordneten Bücherschau«. Diese bringt nicht nur Büchertitel, sondern will den Lesern des Archivs, möglichst unter Eingehen auf einzelne typische Zahlenergebnisse verlässlich zeigen, was in den angezeigten Schriften zu finden, oder unter Umständen nicht zu finden ist. Die volle Nutzbarmachung aller — an irgend welcher Stelle — im Archiv enthaltenen statistischen Angaben ist dadurch sicher gestellt, dass jedem Jahrgang ein ausführliches Sachregister beigegeben wird, welches es ermöglicht den gebotenen statistischen Stoff sowohl nach Materien, als nach Ländern, Städten u. s. w. aufzufinden.

In einem letzten Abschnitte »Verschiedenes« wird dem Fortgang der statistischen Gesetzgebungs- und Verwaltungsthätigkeit, sowie der Organisation der amtlichen Statistik in einer Weise Rechnung getragen, welche das Archiv zu einem unentbehrlichen Handbuch für die statistischen Behörden des In- und Auslandes macht. Der erste Jahrgang enthält als hieher gehörig insbesondere: Die für die deutsche Volkszählung vom 1. Dezember 1890 und deren reichsstatistische Ausbeutung getroffenen Bestimmungen, sodann die Bestimmungen über die Volkszählung in der österreichisch-ungarischen Monarchie — ferner eingehende Einzelnachweise über Personalien, Organisations- und Etatsverhältnisse der statistischen Aemter des Deutschen Reichs und der Einzelstaaten, sowie der staatlichen statistischen Aemter Oesterreich-Ungarns.

Der vorstehende Ueberblick des hauptsächlichen Inhalts des ersten Jahrgangs des Allgemeinen Statistischen Archivs dürfte ersehen lassen, dass dasselbe, Dank der freundlichst gewährten Unterstützung hervorragender Vertreter der amtlichen, wie der wissenschaftlichen Statistik in der Erstrebung des bei seiner Begründung gesteckten Zieles auf gutem Wege sich befindet.

Von den zahlreichen anerkennenden Besprechungen und Anzeigen des »Allg. Stat. Archivs« seien folgende hervorgehoben:

Die Deutsche Literaturzeitung begrüsst das Erscheinen des »Allgemeinen Statistischen Archivs« mit folgenden Worten: »Mit Freude und mit Dank für den Herausgeber werden die amtlichen und nichtamtlichen Statistiker, aber auch manche andere Personen und Kreise das Unternehmen des »Allgemeinen statistischen Archivs« begrüssen; jeder folgende Band wird ohne Zweifel neue Freunde werben. — In unserer nicht armen Zeitschriftenlitteratur befand sich thatsächlich eine Lücke, welche das Allgemeine statistische Archiv ausfüllen wird und zu beseitigen auch bestimmt ist. — Der vorliegende erste Halbband des Allgemeinen statistischen Archivs wird den hochgespannten Erwartungen seines Leserkreises voll entsprechen; er enthält durchgehends gute Leistungen, vorwiegend von alten bewährten Verfassern. — Die eingeführte fünfteilige Gliederung des Stoffes im Archiv erscheint als sehr zweckmässig. Unserer warmen Empfehlung des ersten Halbbandes fügen wir nur

Verlag der H. Laupp'schen Buchhandlung in Tübingen.

den einen Wunsch an: das Allgemeine statistische Archiv möge mit Ausdauer und Kritik auf der vorgezeichneten Bahn zum Segen statistischen Wissens und menschlicher Erkenntnis beharren.«

»Der Herausgeber, vor seiner Berufung als kaiserlicher Unterstaatssekretär in Elsass-Lothringen bekanntlich Leiter des königlich bayerischen statistischen Bureaus, hat es, neben Ernst Engel und Gustav Rümelin am besten unter allen neueren deutschen Statistikern verstanden, die wissenschaftliche Behandlung der Statistik mit anziehender Darstellung ihrer Probleme und Ergebnisse zu verbinden und ihr dadurch Verständnis in weiten Kreisen zu verschaffen. Für die gute Durchführung eines Unternehmens, wie das »Archiv«, welches eben diesen Zweck verfolgt, bietet daher Mayr's Name die denkbar beste Bürgschaft.« (Münchner Allg. Ztg.)

»Das Archiv will dem Mangel, der bisher in Deutschland an einem litterarischen, der Statistik gewidmeten Organ herrschte, abhelfen und will der Mittelpunkt für die wissenschaftliche statistische Forschung sein. Da die Statistik im Leben eine immer grössere Bedeutung gewinnt, ist die Herausgabe dieses Werkes ein sehr verdienstvolles Unternehmen, welches eine wohlwollende Unterstützung aus allen Kreisen verdient.« (Reform.)

»Es ist Thatsache, dass auch in unserer vieldruckenden Zeit in Deutschland ein besonderes, ausschliesslich der Statistik in ihrem gesamten Umfange gewidmetes litterarisches Organ nicht bestanden hat, und die zahlreichen wissenschaftlichen Arbeiten statistischen Inhaltes mussten daher in den verschiedensten Zeitschriften zerstreut erscheinen. Diesen Arbeiten hat Mayr in seinem Archiv nunmehr eine gemeinsame eigene Heimstätte geschaffen. . . . Damit wird nicht nur, wie der Herausgeber meint, ein allgemeineres Interesse an der Statistik geweckt und erhalten; es wird dadurch sicherlich auch in erheblichem Masse der Missstand bekämpft werden, den wir oben betont haben, es werden die hier mit wissenschaftlicher Objektivität gegebenen Mitteilungen über statistische Ergebnisse für die mit ehrlichen Waffen kämpfende Presse eine besonders wertvolle Unterstützung sein, um den tendenziösen Entstellungen bis zu einem gewissen Grade erfolgreich entgegen zu treten. Wir versprechen uns aber von dem Mayrschen Unternehmen auch nach anderen Richtungen noch günstige Einwirkung, und schon der Inhalt des ersten Bandes, der uns vorliegt, giebt uns die Ueberzeugung, dass diese Erwartung nicht getäuscht werden wird.« (Strassburger Post.)

»Der Herausgeber, eine der Koryphäen der Statistik, hat sich mit einer Anzahl bedeutender Mitarbeiter umgeben, deren vornehme Geistesrichtung eine Bürgschaft für das Gedeihen des Unternehmens ist. . . . Der überaus reiche und gediegene Inhalt des neuen Unternehmens verdient in hohem Grade die Aufmerksamkeit des gebildeten Publikums.« (Neue freie Presse.)

»The appearance of a new journal devoted to the study and improvement of statistics must always be welcome to those who are occupied in other countries with the same important branch of knowledge; and it is the more welcome when it takes places under such favourable circumstances as those connected with the volume before us We offer our congratulations to Dr Mayr on the excellent start which has been made in his new venture and we look forward with interest to his next number.« (Journ. of the Royal Stat. Soc. London.)

»The new journal is not in any sense a popular one. It is intended for the statistician, the administrator and the student of social science. It will be a repository of thorough studies by specialists of the various questions connected with statistical method and research. The American professor of political economy and social science will often turn to its pages for information, and it would be well if the practical statistician and administrator could find time to do the same.« (Pol. Science Quarterly. New-York.)

Eingehende weitere Besprechungen bringen neben weiteren deutschen Fachzeitschriften auch noch »Rassegna di scienze sociali e politiche. Firenze« und »Giornale degli Economisti. Roma«.

Verlag der H. Laupp'schen Buchhandlung in Tübingen.

Marlo, Karl, Untersuchungen über die Organisation der Arbeit oder System der Weltökonomie. 2. Auflage.

Band I: Historische Einleitung in die Oekonomie. broch. M. 9. — Band II: Geschichte der Kritik der ökonomischen Systeme. M. 12. — Band III: Allgemeine Grundsätze der Volkswirtschaft. M. 14. — Band IV: Allgemein praktischer Teil der Volkswirtschaft. M. 8. —

Aschrott, Dr. P. F., Die Amerikanischen Trusts als Weiterbildung der Unternehmer-Verbände. M. — 80. Pfg.

Baernreither, Dr. J. M., Die englischen Arbeiterverbände und ihr Recht. Ein Beitrag zur Geschichte der sozialen Bewegung der Gegenwart. I. Band. M. 9. —

Bücher, Dr. C., Die Bevölkerung von Frankfurt am Main im XIV.—XV. Jahrhundert. Sozialstatistische Studien. Erster Band. M. 15. —

— » — **Frankfurter Buchbinder-Ordnungen vom XVI. bis zum XIX. Jahrhundert.** M. 2. —

Erismann, Dr. F., Untersuchungen über die körperliche Entwicklung der Arbeiterbevölkerung in Centralrussland. gr. 8. broch. M. 2. —

Lamprecht, K., Zur Sozialgeschichte der deutschen Urzeit. M. — 60.

Laveleye, Emil von, Die sozialen Parteien der Gegenwart. Nach der 2. Auflage des Originals und mit Autorisation des Verfassers ins Deutsche übertragen von Meinh. Eheberg. M. 3. —

Meininghaus, Dr. A., Die sozialen Aufgaben der industriellen Arbeitgeber. M. 3. —

Menger, Dr. A., Das bürgerliche Recht und die besitzlosen Volksklassen. 2. Aufl. M. 2. —

Morgenstern, Dr. Fr., Die Fürther Metallschlägerei. Eine mittelfränkische Hausindustrie und ihre Arbeiter. M. 4. —

Ordega, Dr. S., Die Gewerbepolitik Russlands von Peter I. bis Katharina II. Ein Beitrag zur Geschichte des russischen Gewerbewesens. M. 3. —

Peters, H., Ein Beitrag zur Lohnreform unter Zugrundlegung der sozialökonomischen Ansichten von Rodbertus-Jagetzow. M. 1. 20

Planck, K. Chr. Halbes und ganzes Recht. Mit Einleitung von A. Gubitz. M. 3. —

Seidel, R., Der Arbeitsunterricht, eine pädagogische und soziale Notwendigkeit, zugleich eine Kritik der gegen ihn erhobenen Einwände. M. 2. —

Tait, W. C., Die Arbeiterschutzgesetzgebung in den Vereinigten Staaten. M. 3. —

Weyer, Dr. O. W., Die englische Fabrikinspektion; ein Beitrag zur Geschichte der englischen Fabrikgesetzgebung. M. 6. —

Zeyss, Dr. Richard, Adam Smith und der Eigennutz. Eine Untersuchung über die philosophischen Grundlagen der älteren Nationalökonomie. M. 3. —

Koehler, Dr. L., Das württembergische Gewerberecht von 1805–1870. gr. 8. broch. M. 6. —

Pistorius, Dr. O., Die Staatsgerichtshöfe und die Ministerverantwortlichkeit nach heutigem deutschem Staatsrecht. gr. 8. broch. M. 5. 60.

Verlag der H. Laupp'schen Buchhandlung in Tübingen.

In unserem Verlag sind erschienen:

Dr. Albert E. Fr. Schäffle's Werke:

K. K. Minister a. D.

Bau und Leben des sozialen Körpers.

Neue, teilweise umgearbeitete Ausgabe.

Vier Bände. Preis M. 44. —.

I. Teil: M. 14. — II. Teil M. 10. — III. Teil: M. 10. — IV. Teil: M. 10. —

Die national-ökonomische Theorie der ausschliessenden Absatzverhältnisse,
insbesondere des litterarisch-artistischen Urheberrechtes, des Patent-, Muster-
und Firmenschutzes nebst Beiträgen zur Grundrentenlehre. M. 4. 80.

Das gesellschaftliche System der menschlichen Wirtschaft, ein Lehr- und Hand-
buch der ganzen politischen Oekonomie einschließlich der Volkswirtschaftspolitik und
Staatswirtschaft. Dritte, durchaus neu bearbeitete Auflage. 2 Bände. M. 13. 50.

Die Grundsätze der Steuerpolitik und die schwebenden Finanzfragen Deutschlands
und Oesterreichs. M. 13. 60.

Für internationale Doppelwährung. M. 3. —

Die Inkorporation des Hypothekarkredits. M. 3. —

Der korporative Hilfsklassenzwang. Zweite durch den Entwurf eines vollständigen
Hilfsklassen-Reichsgesetzes vermehrte Ausgabe. M. 4. —.

Entwurf eines vollständigen Hilfsklassen-Reichsgesetzes. Sonder-Abdruck aus der
2. Ausgabe des „Korporativen Hilfsklassenzwanges“. M. 2. —.

Bereinigter Versicherungs- und Spardienst bei Zwangshilfsklassen. M. 2. —

Gesammelte Aufsätze. 2 Bände. à M. 6. —

Inhalt des ersten Bandes: Darwinismus und Sozialwissenschaft. — Abbruch und Neubau
der Kunst. — Vergangenheit und Zukunft der deutschen Gemeinde. — Der moderne Adelsbegriff. — Gegen
die sachliche Priorität der Unfallversicherung. — Die neueste badische Agrarenquete. — Die Kartelle. — Mensch
und Gut in der Volkswirtschaft. — Die ethische Seite der nationalökonomischen Lehre vom Werte. — Die
Anwendbarkeit der verschiedenen Unternehmungsformen. — Kornzoll, Währung und volkswirtschaftlicher
Festlandverein. — Inhalt des zweiten Bandes: Die Wiederherstellung der Baluta in Oesterreich.
— Die Handelskrisis von 1857 in Hamburg, mit besonderer Rücksicht auf das Bankwesen. — Der große
Börsenkrach des Jahres 1873. — Der konstitutionelle Bundesstaat von groß-, mittel- und kleinstaatlichen Erb-
monarchien. — Zur Theorie der Polizei. — Die römische Tabellenz und die englische Ballotfrage zur geheimen
Stimmgebung. — Zur Frage der Prüfungsansprüche an die Kandidaten des höheren Staatsdienstes. —
Zur Theorie der Deckung des Staatsbedarfes.

Die Aussichtslosigkeit der Sozialdemokratie. Drei Briefe an einen Staatsmann.
Vierte Auflage. M. 2. —

Trennung von Staat und Volkswirtschaft. Aus Anlaß des jüngsten Arbeiteraus-
standes im Kohlenbergbau. M. 3. —

Die Bekämpfung der Sozialdemokratie ohne Ausnahmegeetze. M. 1. —

Die Psychologie des Verbrechens

Ein Beitrag zur Erfahrungsseelenkunde

von

Dr. M. Krauß.

gr. 8. broch. M. 8. —

„Das vorliegende Buch gehört zu den seltenen Erscheinungen, welche in Wahrheit eine „Lücke in der Litteratur“ ausfüllen. Gerade das hochinteressante Gebiet der Kriminalpsychologie scheint für das Gros unserer Juristen außerordentlich wenig Anziehungskraft zu besitzen, und so ist es auch jetzt nicht ein Rechtsgelehrter oder Strafanstaltsbeamter, sondern ein Arzt, der die Frucht „einer fast fünf Jahrzehnte umfassenden öffentlichen Thätigkeit“ hier niedergelegt hat. Indessen der Verf. ist viel mehr als ein Arzt: er ist ausnahmsweise auch ein ausgezeichnete Psychologe, der uns in durchweg fesselnder und lichtvoller Darstellung tiefe Einblicke in die Seele des Verbrechers thun läßt, unserem Verständnisse Perspektiven eröffnet und uns häufig durch die Originalität seiner Ideen überrascht. — Möge es namentlich von den Kriminalisten fleißig gelesen werden und endlich auch bei uns in weiteren Kreisen das Interesse an dem wissenschaftlichen Studium der Verbrecherseele von Neuem beleben.“ (Vitter. Centralbl.)

Der

Anfang der Ausführung

Eine strafrechtliche Untersuchung

von

Dr. Hugo Meyer

ordentlichem Professor des Rechts in Tübingen.

Preis M. 1. —

Leibniz

als Jurist und Rechtsphilosoph

von

Dr. Gustav Hartmann

ordentl. Professor der Rechte in Tübingen.

Preis ca M. 2. —

Der Mchtsprozeß gegen Friedrich den Großen und seine Verbündeten 1757 und 1758

von

Dr. Fr. Thudichum

ordentl. Professor der Rechte in Tübingen.

Preis ca M. — 80.



Ortloff, Hermann,

Staats- und Gesellschaftsvertretung im Strafverfahren zur Umgestaltung des
Strafverfahrens im konstitutionellen Staate

Tübingen 1892

Crim. 192 xp

urn:nbn:de:bvb:12-bsb11584274-5